

9
Studien
zur Hochschulentwicklung

**Dokumente zur Geschichte
der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten
der Universitäten und Hochschulen
der DDR**

Teil I: 1945 – 1949

Zusammengestellt von: Hans-Joachim Lammel



Berlin, 1987

**ZENTRALINSTITUT FÜR HOCHSCHULBILDUNG
BERLIN**

**STUDIEN
ZUR HOCHSCHULENTWICKLUNG**

**Dokumente zur Geschichte
der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten
der Universitäten und Hochschulen der DDR**

Teil I: 1945 - 1949

Zusammengestellt von Hans-Joachim Lammel

Berlin, 1987

Zentralinstitut für Hochschulbildung

Auswahl und Zusammenstellung:

Studienrat Hans-Joachim Lammel
Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin
Abt. Geschichte des Hochschulwesens

88/23236-1

Zentralinstitut
für Hochschulbildung
- Bibliothek -

techn. Redaktion: Dagmar Reinsch

Redaktionschluß: Mai 1987

AG 674/121/87/500 - ZLO 6101/87

Herausgeber: Zentralinstitut für Hochschulbildung
Aristotelessteig 4
Berlin
DDR - 1157

Druck: VEB Kongreß- und Werbedruck, Oberlungwitz

Erscheinungsweise: aperiodisch

Versand nach festgelegtem Verteiler

II-72.14

Vorwort	13
Einleitung	15
1. Erziehungs- und bildungspolitische Forderungen in den Aufrufen der antifaschistisch-demokratischen Parteien 1945	25
2. Demokratische Erziehung und Bildung der heranwachsenden Generation gewährleisten ; Aus der Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin (Potsdamer Abkommen) (2. August 1945)	26
3. Bildungs- und Erziehungsauftrag der neu zu eröffnenden Universitäten und Hochschulen ; Aus dem Befehl Nr. 50 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über die Vorbereitung der Hochschulen auf den Beginn des Unterrichts (4. September 1945)	27
4. Vorschläge zur Förderung Begabter an der Friedrich-Schiller-Universität Jena : Dem Landesamt für Volksbildung des Landes Thüringen überreicht von Prof. Dr. Dr. P. Petersen, Jena (September 1945)	28
5. Heranbildung einer neuen Intelligenz - ein dringendes Gebot : Aus der Verordnung über die Zulassung zum Studium an Universitäten und Hochschulen (30. September 1945)	30
6. Studium auch ohne Reifezeugnis : Aus einem Artikel des Landesdirektors für Volksbildung des Landes Thüringen zur demokratischen Reform des Bildungswesens (16. Oktober 1945)	32
7. Öffnung der Hochschulen für alle befähigten Kräfte des Volkes : Aus dem Aufruf des Zentralkomitees der KPD und des Zentralaussschusses der SPD zur demokratischen Schulreform (18. Oktober 1945)	32
8. Anweisungen über die Zulassung zum Studium an der Friedrich-Schiller-Universität Jena für Bewerber mit Volksschul- und Berufsschulbildung (19. Oktober 1945)	33
9. Demokratische Erneuerung der Schulen und der Universität : Aus dem Aufruf des Provinzialvorstandes der SPD und der Bezirksleitung der KPD der Provinz Sachsen zur demokratischen Schulreform (30. Oktober 1945)	36

Dokumente zur Geschichte der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten der Universitäten und Hochschulen der DDR : Teil I: 1945 - 1949 / Lammel, H.-J. - Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin. - Berlin, 1987. - (Studien zur Hochschulentwicklung)

10. Recht auf Erziehung und Bildung - ein Grundrecht des deutschen Volkes : Aus den Richtlinien des Parteivorstandes der LDPD für die Orts- und Bezirksgruppen zur Schulreform (November 1945) 37
11. Eröffnung der Vorstudien-schule der Friedrich-Schiller-Universität (28. November 1945) 37
12. Richtlinien der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone für die Zulassung zum Studium an den im Wintersemester 1945/46 neu zu eröffnenden Universitäten (12. Dezember 1945) 38
13. Verordnung des Präsidenten der Provinz Sachsen über Förderung antifaschistischer Werktätiger zur Vorbereitung des Universitätsstudiums (14. Dezember 1945) 41
14. Vorstudienausbildung für Arbeiterstudenten : Aus dem von einer Arbeitsgemeinschaft der Lehrer der Wirtschafts-Oberschule in Leipzig entworfenen Plan der Vorstudienausbildung für Arbeiterstudenten (Januar 1946) 43
15. Söhne und Töchter des werktätigen Volkes auf die Hochschulen : Aus einem Artikel des 1. Vizepräsidenten der Landesverwaltung Sachsen zur Neueröffnung der Universität Leipzig (2. Februar 1946) 46
16. Arbeiter-Studenten auf die Universität! Aufruf der antifaschistisch-demokratischen Parteien und des FDGB, Bezirk Leipzig (2. Februar 1946) 47
17. Kernpunkte des Programms zur Erneuerung der deutschen Kultur : Aus der Rede Wilhelm Piecks auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der KPD in Berlin (3. Februar 1946) 48
18. Demokratische Erneuerung des Hochschulwesens : Aus der Rede von Dr. Josef Naas auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der KPD in Berlin (4. Februar 1946) 50
19. Demokratische Erneuerung der Studentenschaft : Aus der Diskussionsrede Oskar Hausers auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der KPD in Berlin (5. Februar 1946) 52
20. Kraftquellen kultureller Aufbauarbeit : Aus der Diskussionsrede Paul Wandels auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der KPD in Berlin (5. Februar 1946) 54
21. Zulassung hervorragend befähigter Arbeiter zum Studium : Aus der Diskussionsrede Gerhard Ellrodts auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der KPD in Berlin (5. Februar 1946) 55

22. Die besten Jungarbeiter auf die Hochschulen! Aus den Beschlüssen der ersten Delegiertenkonferenz des FDGB für die sowjetische Besatzungszone in Berlin (11. Februar 1946) 56
23. Verordnung über die Errichtung von Vorbereitungskursen für das Studium an den Hochschulen (12. Februar 1946) 56
24. Arbeiter auf die Universität : Aufruf der antifaschistisch-demokratischen Parteien und des FDGB, Bezirk Leipzig - Plakat/Merkblatt (Ende Februar 1946) 58
25. Bildungsstufe der im Wintersemester 1945/46 an der Berliner Universität immatrikulierten außerordentlichen Hörer (25. März 1946) 60
26. Die Hörer der Vorstudienchule der Friedrich-Schiller-Universität Jena am Ende des Wintersemesters 1945/46 : Aus einem Bericht des Universitätsamtes (5. April 1946) 60
27. Status der Studenten des Vorsemesters in Halle : Schreiben des Präsidenten der Provinz Sachsen an den Rektor der Martin-Luther-Universität Halle (12. April 1946) 61
28. Errichtung einer Vorstudienanstalt für Berlin und die Provinz Brandenburg : Presseinformation: Vorbereitungskurse zum Hochschulstudium (16. April 1946) 62
29. Öffnung der Hochschulen für die Befähigten aus allen Volksschichten : Aus den Grundsätzen und Zielen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, angenommen auf dem Vereinigungsparteitag von KPD und SPD, 21./22. April 1946 in Berlin (21. April 1946) 62
30. Arbeitsstatut für den Landesausschuß zur Förderung des Arbeiterstudiums des Landes Sachsen (2. Mai 1946) 63
31. Vorbereitung der 2. Vorbereitungskurse für das Hochschulstudium im Lande Sachsen : Aus dem Protokoll einer Beratung der Leiter der Vorbereitungskurse bei der Landesverwaltung Sachsen (23. Mai 1946) 64
32. Für einen demokratischen Geist an der Universität - gegen Angriffe auf das Studium der Arbeiter und Bauern : Appell des Rektors der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Prof. Dr. F. Zucker, an die Studenten - Aushang in der Universität und in den Instituten (27. Mai 1946) 66
33. Das Recht auf Bildung : Aus den Grundrechten der jungen Generation, beschlossen vom I. Parlament der FDJ in Brandenburg, 8. - 10. Juni 1946 67

34. Vorstudienausbildung - der Weg zum Studium für befähigte Werktätige : Aus den Grundlegenden Hinweisen der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung über die Zulassung zum Studium an Universitäten und Hochschulen zum Wintersemester 1946/47 (24. Juni 1946) 68
35. Amtliche Bekanntmachung über die Einrichtung von Vorstudenschulen an den Universitäten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (25. Juni 1946) 69
36. Einrichtung der Vorstudenschule unter Verantwortung des Rektors der Universität : Aus einem Schreiben des Hochschuldezernats der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern an die Rektoren der Universitäten Greifswald und Rostock (1. Juli 1946) 70
37. Kontingente, Bewerbungen und Zulassungsbedingungen für die Vorstudenschulen der Universitäten Greifswald und Rostock : Aus einem Schreiben des Hochschuldezernats der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern an die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (6. Juli 1946) 71
38. Status und Aufbau der Vorstudenschule der Friedrich-Schiller-Universität Jena : Aus der Niederschrift über eine vom Landesdirektor für Volksbildung geleitete Beratung über organisatorische und allgemeine Fragen der Vorstudenschule (13. Juli 1946) 72
39. Neuregelung der Vorstudienabteilung der Friedrich-Schiller-Universität Jena (20. Juli 1946) 72
40. Weitere Ausgestaltung des Ausbildungsganges in den Vorbereitungskursen im Land Sachsen : Aus dem Protokoll der Sitzung des Landesausschusses zur Förderung des Arbeiterstudiums und unbemittelter Studenten und Schüler (22. Juli 1946) 74
41. Aufnahme von Studienbewerbern ohne Abitur an der Hochschule für Baukunst und bildende Künste in Weimar : Aus dem Antrag des Direktors, Professor Hermann Henselmann, an das Landesamt für Volksbildung in Weimar (24. Juli 1946) 75
42. Vorstudienausbildung - Merkblatt der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung (September 1946) 76
43. Grundsätzliche Orientierungen für die Durchführung von Aufnahmeprüfungen : Aus der Anweisung über die Durchführung der Prüfungen zur Aufnahme in die Vorstudienanstalt Berliner Hochschulen (3. September 1946) 78

44. Vorschlag für eine einheitliche Gestaltung der Vorstudienausbildung : Aus dem von der Vorstudienanstalt Berliner Hochschulen erarbeiteten Entwurf einer Anweisung über die Errichtung und Gestaltung von Vorstudienanstalten in der sowjetischen Besatzungszone (29. Oktober 1946) 80
45. Vorbereitung zur Gründung der Vorstudien­schule der Universität Greifswald : Aus dem Bericht des Leiters der Vorstudien­schule, Prof. Dr. Otto Wegner, über die Vorbereitungsarbeiten (11. November 1946) 83
46. Stellung der Vorstudien­schule in ihrem Verhältnis zur Universität : Schreiben des Hochschuldezernats der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern an die Rektoren der Universitäten Greifswald und Rostock (26. November 1946) 85
47. Wochenstundentafeln der Vorstudienausbildung 1946 (Auswahl) 86
48. Einheitliche Vorstudienausbildung gewährleisten : Beschluß der Konferenz der Volksbildungsminister der Länder bzw. Provinzen der sowjetischen Besatzungszone (19. Dezember 1946) 88
49. Finanzielle Sicherstellung der Vorstudienausbildung : Aus den Richtlinien für die Gewährung von Unterstützungen aus dem Fonds zur Förderung des Arbeiterstudiums ... des Landes Sachsen (1947) 89
50. Grundanliegen der Vorstudienausbildung konsequent verwirklichen : Aus dem Schreiben des Leiters der Abt. Volksbildung der SMA Mecklenburg an den Minister für Volksbildung des Landes Mecklenburg zur Bestätigung der Hörer der Vorstudien­schule (3. Januar 1947) 90
51. Zielstrebige Förderung des Studiums der Werktätigen : Aus der Vorlage der Abt. Hochschulen und Wissenschaft der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung für die Konferenz der Volksbildungsminister der Länder und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone am 18. und 19. März 1947 (10. März 1947) 91
52. Vorstudienausbildung - eine hochschulpolitische Notwendigkeit : Aus einer Stellungnahme der Abt. Hochschulen und Wissenschaft der DZVV zu Angriffen gegen das Arbeiter- und Bauernstudium (11. April 1947) 93
53. Dem werktätigen Volk und der heranwachsenden Generation den Zugang zu Bildung und Kultur erschließen : Aus der Entschlie­ßung des 2. Kongresses des FDGB zu den kulturellen Aufgaben des FDGB (17. - 19. April 1947) 94

54. Vorschlag zur Eingliederung der Vorstudien Schulen in die Universitäten und Hochschulen : Aus dem Bericht und den Vorschlägen des Ministeriums für Volksbildung des Landes Thüringen für die Zentraltagung der Leiter der Vorstudienanstalten (23. Mai 1947) 95
55. Für einen neuen, fortschrittlichen Geist an den Hochschulen : Aus dem Bericht des Zentralrates an das II. Parlament der FDJ (23. Mai 1947) 96
56. Hochschulprogramm der FDJ, angenommen vom II. Parlament der FDJ in Meißen, 23. - 26. Mai 1947 98
57. Auf dem Wege zur einheitlichen Gestaltung der Vorstudienausbildung : Aus dem Programm für die Arbeitsbesprechung der für die Vorstudienanstalten verantwortlichen Regierungsvertreter und der Leiter der Vorstudienanstalten über die einheitliche Gestaltung der Vorstudienanstalten am 28. und 29. Mai 1947 in Berlin 99
58. Anzahl der Vorstudienanstalten, ihr Verhältnis zur Universität und die finanzielle Sicherstellung ihrer Arbeit : Aus den Berichten der Vertreter der Landesregierungen auf der Konferenz der Leiter der Vorstudienanstalten und Vertreter der Landesregierungen am 28. und 29. Mai 1947 in Berlin 99
59. Anzahl und soziale Zusammensetzung der Studierenden an den Vorstudienanstalten : Nach einer die Berichte der Vertreter der Landesregierungen zusammenfassenden Statistik der Abt. Hochschulen und Wissenschaft der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung 101
60. Distanzierte Positionen zur Vereinheitlichung der Vorstudienausbildung : Aus dem Bericht des Referats Arbeiterstudium des Ministeriums für Volksbildung des Landes Sachsen zu den Ergebnissen der Beratung zur einheitlichen Gestaltung der Vorstudienanstalten (31. Mai 1947) 102
61. Vorstudienausbildung - ein wichtiger Beitrag zur Demokratisierung des Hochschulwesens : Aus den Resolutionen des 1. Studentenkongresses der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 19. bis 22. Juni 1947 in Halle (22. Juni 1947) 104
62. Begabte Kräfte des Volkes in alle deutschen Hochschulen : Erklärung der am 1. Studentenkongreß der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands teilnehmenden Studentenvertreter von Hochschulen in der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone (22. Juni 1947) 105

63. Neue Auswahlgrundsätze für die Zulassung zum Studium :
Aus den Bestimmungen für die Aufnahme von Studenten
in die Universitäten und Hochschulen der sowjetischen
Besatzungszone für das Wintersemester 1947/48
(22. Juli 1947) 105
64. Vorschläge für die Vereinheitlichung der Vorstudien-
ausbildung : Aus den Vorschlägen der Abt. Hochschulen
und Wissenschaft der DZVV für die einheitliche Rege-
lung in der Frage der Vorstudienanstalten (bzw. Vor-
semester) (25. Juli 1947) 106
65. Arbeiterstudenten werben für das Arbeiterstudium :
Hinweise der Vorstudienabteilung der Universität
Jena für ihre Studenten, die während der Ferien in
Betrieben ihres Heimatortes für das Studium werben
(1947) 107
66. Vollständigen Ausbau der Vorbereitungskurse sicher-
stellen : Aus einem Schreiben des Chefs der Verwal-
tung der SMA Land Sachsen, Generalmajor Dubrovskij,
an den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen, Max
Seydewitz (16. September 1947) 110
67. Wissenschaftlicher Nachwuchs aus den Reihen des werk-
tätigen Volkes : Aus dem Referat Walter Ulbrichts auf
dem II. Parteitag der SED (23. September 1947) 111
68. Schritte zur Verwirklichung der Rechte der jungen
Generation : Aus der Resolution des II. Parteitages
der SED zur Jugendfrage (24. September 1947) 111
69. Vorbereitungskurse im Land Sachsen konstituieren
sich als Vorstudienanstalten : Rundschreiben Nr. 8
des Referats Arbeiterstudium an die Vorsitzenden
der Kreiskommissionen zur Förderung des Arbeiter-
studiums (7. Oktober 1947) 113
70. Umgestaltung des Ausbildungsganges an der Vorstudien-
Abteilung Jena : Verfügung des Ministers für Volks-
bildung des Landes Thüringen (9. Oktober 1947) 113
71. Abschlußprüfung an der Vorstudien-
schule Erfurt : Aus einem Bericht des Leiters der Vorstudien-
schule (24. November 1947) 114
72. Richtlinien für die Vorstudien-
schulen der Univer-
sitäten und Hochschulen : Aus dem von der Abt.
Hochschulen und Wissenschaft der Deutschen Verwal-
tung für Volksbildung der Konferenz der Volksbil-
dungsminister unterbreiteten Richtlinienentwurf
(November 1947) 115

73. Einheitliche Grundsätze für die Vorstudienausbildung an den Universitäten und Hochschulen : Aus der von der Konferenz der Volksbildungsminister beschlossenen Fassung der Richtlinien für die Vorstudienabteilungen der Universitäten und Hochschulen (2. Dezember 1947) 116
74. Richtlinien für die Vorstudienabteilungen der Universitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (16. Dezember 1947) 117
75. Vorschläge zur Umsetzung der Richtlinien für die Vorstudienabteilungen im Lande Sachsen : Aus der Niederschrift über eine Besprechung in der Abt. Hochschulen und Wissenschaft des Ministeriums für Volksbildung in Dresden (18. Dezember 1947) 121
76. Anordnung des Ministers für Volksbildung über den Anschluß der sächsischen Vorstudienanstalten an die Hochschulen des Landes Sachsen (6. Januar 1948) 122
77. Vereinheitlichung der Vorstudienausbildung in Berlin : Aus einem Schreiben der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung an die Deutsche Zentralverwaltung des Verkehrs (29. Januar 1948) 124
78. Übernahme der Hörer der Vorstudienhochschulen Keilhau und Erfurt durch die Vorstudienabteilung Jena : Aus dem Bericht über eine Besprechung von Vertretern des Ministeriums für Volksbildung des Landes Thüringen mit dem Direktor der Vorstudienabteilung der Friedrich-Schiller-Universität Jena (4. Februar 1948) 124
79. Bildung und Erziehung der neuen Intelligenz auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus : Aus der Entschließung der 7. Tagung des Parteivorstandes der SED "Intellektuelle und Partei" (11. Februar 1948) 125
80. Eingliederung der Vorstudienanstalt der Hochschule für Baukunst und bildende Künste in die Vorstudienabteilung Jena : Aus dem Protokoll der Dozenten-sitzung der Hochschule für Baukunst und bildende Künste Weimar (26. Februar 1948) 127
81. Konferenz der Volksbildungsminister beschließt Novellierung der Richtlinien für die Vorstudienabteilungen (12. April 1948) 128
82. Erweiterte und erläuterte Bestimmungen für die Zulassung zum Studium : Aus den Bestimmungen für die Aufnahme von Studenten in die Universitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (12. April 1948) 131

	<u>Seite</u>
83. Öffnung der Hochschulen für das werktätige Volk : Aus der Rede Otto Grotewohls auf dem Ersten Kultur- tag der SED in Berlin (5. Mai 1948)	133
84. Reform des Hochschulwesens : Aus der Rede Anton Ackermanns auf dem Ersten Kulturtag der SED in Berlin (7. Mai 1948)	134
85. Entschiedene Förderung des Arbeiter- und Bauern- studiums : Aus der Diskussionsrede Paul Wandels auf dem Ersten Kulturtag der SED in Berlin (7. Mai 1948)	136
86. Befähigte demokratische Kräfte an die Vorstudien- abteilungen der Hochschulen : Aus der Diskussions- rede Wilhelm Hausers auf dem Ersten Kulturtag der SED in Berlin (7. Mai 1948)	137
87. Demokratische Reform des Bildungswesens - Ausgangs- punkt der Entfaltung des kulturellen Lebens : Aus der Entschließung des Ersten Kulturtages der SED in Berlin (7. Mai 1948)	139
88. Fachliche Reife - eine Voraussetzung für bevorzugte Zulassung zum Hochschulstudium : Schreiben der Deutschen Verwaltung für Volksbildung an die Direk- toren der Vorstudienabteilungen der Universitäten und Hochschulen (17. Juni 1948)	141
89. Gegen reaktionäre Widerstände - für konsequente Förderung des Studiums der Arbeiter und Bauern : Memorandum der Vollversammlung der Vorstudienab- teilung der Universität Rostock (18. Juni 1948)	142
90. Kollegen von den Betrieben! Sendet uns Arbeiter- studenten! Werbeblatt der Hörervertretung der Vorstudienanstalt Leipzig (Juni 1948)	144
91. Ablehnende Positionen einzelner Hochschullehrer zur Eingliederung der Vorstudienabteilung in die Universität : Aus dem Entwurf für eine Stellung- nahme des Senats der Martin-Luther-Universität Halle zu den Richtlinien für die Vorstudienab- teilungen (Juli 1948)	146
92. Für die Einheit der Berliner Universität : Reso- lution der Vertreter der SED, des FDGB, der FDJ und der Gruppe katholischer Schüler im Hörerrat der Vorstudienabteilung der Universität Berlin (5. Juli 1948)	147

	<u>Seite</u>
93. Heranbildung einer neuen Intelligenz aus den Reihen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes : Aus dem Referat Walter Ulbrichts auf der ersten Staatspolitischen Konferenz der SED in Werder a. d. Havel (23. Juli 1948)	147
94. Leistungssteigerung im Studium - ein Beitrag zur Erfüllung des Zweijahrplanes : Beschluß der Vollversammlung der Vorstudienabteilung der Friedrich-Schiller-Universität Jena (10. November 1948)	148
95. Heranbildung von Fachkräften für den sozialistischen Aufbau : Aus dem Referat Walter Ulbrichts auf der 1. Parteikonferenz der SED (25. Januar 1949)	149
96. Förderung von Wissenschaft und Forschung - Entwicklung einer neuen demokratischen Intelligenz : Aus der EntschlieÙung der 1. Parteikonferenz der SED zur Durchführung der kulturellen Aufgaben im Rahmen des Zweijahrplanes (28. Januar 1949)	151
97. Arbeiter, Bauern und Aktivisten des demokratischen Aufbaus an die Hochschulen : Aus den Bestimmungen für die Aufnahme von Studenten in die Universitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands für das Jahr 1949 (26. April 1949)	153
98. Vorstudieneinrichtungen : Übersicht und Eröffnungsdaten	155
99. Hörer von Vorstudieneinrichtungen im Spiegel der Statistik	156
100. Leiter von Vorstudienabteilungen der Universitäten und Hochschulen, die sich beim Aufbau und bei der Entwicklung der Vorstudienausbildung für Arbeiter, Bauern und andere Werktätige Verdienste erwarben	158
101. Studierende an Vorstudieneinrichtungen	159

Vorwort

Im Verlaufe der zurückliegenden 30 Jahre - beginnend mit der von Arno Mertens 1956 vorgelegten Staatsexamensarbeit "Die Vorgeschichte der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1945 - 1949" - wurden als Bestandteil wissenschaftlicher Darstellungen, insbesondere von Staatsexamens- und Diplomarbeiten sowie Dissertationen, einige wenige Dokumente zur Geschichte der Vorstudieneinrichtungen und der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten (ABF) der Universitäten und Hochschulen veröffentlicht. Ihre Auswahl stand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem jeweils bearbeiteten Thema; so vermitteln sie nur einen partiellen Einblick in Aufbau und Entwicklung dieser Bildungsstätten im Prozeß der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und der sozialistischen Umgestaltung des Hochschulwesens unseres Landes.

Mit der vorliegenden Publikation wird erstmals eine Sammlung wesentlicher Dokumente zur Geschichte der ABF und ihrer Vorläufer vorgestellt. Sie erhebt keinen Anspruch auf eine vollständige Widerspiegelung der zentral von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung gegebenen Orientierungen zum Auf- und Ausbau der Vorstudieneinrichtungen, der von der SED, den gesellschaftlichen Organisationen und Volksbildungsorganen sowie von der SMAD in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland und nicht zuletzt unmittelbar an den Universitäten und Hochschulen entwickelten Aktivitäten zur Ausgestaltung und Festigung dieser Institutionen. Die bewußte Begrenzung der Quellenpublikation soll anregen, an den Universitäten und Hochschulen Forschungen zur Geschichte des Arbeiter- und Bauernstudiums, der Vorstudieneinrichtungen und ABF zu intensivieren.

Die Zusammenstellung der Texte und Dokumente erfolgte unter dem Gesichtspunkt, den Beitrag zu skizzieren, den die Vorstudieneinrichtungen und später die ABF der Universitäten und Hochschulen bei der Verwirklichung der Wissenschafts- und Hochschulpolitik der SED leisteten. Dargeboten wird eine Auswahl von Beschlüssen der Partei der Arbeiterklasse und anderer gesellschaftlicher Organisationen, programmatischer Reden, rechtlicher Normative staatlicher Organe sowie anderer Zeitdokumente, die den Kampf um die revolutionäre Veränderung des Charakters der Hochschule veranschaulichen. Presseartikel wurden, bis auf einige Ausnahmen, nicht

verfolgt. Die vorgestellten Zeugnisse sollen Wissenschaftlern, Studenten und anderen an der Geschichte des Hochschulwesens der DDR Interessierten einen im Vergleich zu bisher vorliegenden Einzeldarstellungen umfassenderen Überblick über die Errichtung und Entwicklung der Vorstudieneinrichtungen und späteren ABF ermöglichen. Sie bieten zugleich Grundlagen, eine Reihe von Aussagen zur Entwicklung dieser Institutionen in bisherigen hochschulhistoriographischen Veröffentlichungen richtigstellen zu können.

Von den hier wiedergegebenen 61 Archivdokumenten werden 49 erstmals veröffentlicht. Texte und Dokumente sind chronologisch angeordnet und fortlaufend nummeriert. Sofern es sich um Wiederholungen handelt oder die nicht wiedergegebenen Textteile ohne sachliche Relevanz sind, wurden in den Dokumenten und Texten Kürzungen vorgenommen. Auf vollständige Wiedergabe einer Reihe von Dokumenten wurde wegen ihres Umfangs wie auch im Interesse der Veröffentlichung einer möglichst großen Anzahl verzichtet.

Stillschweigend korrigiert wurden Ungenauigkeiten im Text (offensichtliche Schreib- und Druckfehler). Notwendige Korrekturen sowie einige wenige erläuternde Hinweise erfolgen in einer Anmerkung beim jeweiligen Dokument.

Für die Förderung der Arbeit an dieser Quellenpublikation sowie für hilfreiche Hinweise danke ich dem Leiter der Abteilung Geschichte des Hochschulwesens im Zentralinstitut für Hochschulbildung, Prof. Dr. sc. phil. Roland Köhler, sowie den Mitarbeitern dieser Abteilung. Besonderer Dank gilt den Leitern der Universitäts- und Hochschularchive, ohne deren aktive Unterstützung die Herausgabe der Publikation vor dem 40. Jahrestag der Gründung der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten der Universitäten und Hochschulen der DDR nicht möglich gewesen wäre.

Hans-Joachim Lammel

Einleitung

Im Verlaufe des Jahres 1946 entstanden auf dem Gebiet der heutigen DDR Bildungseinrichtungen zur Vorbereitung befähigter Söhne und Töchter des werktätigen Volkes auf ein Hochschulstudium. Ihre Gründung, ihre ideologisch-weltanschauliche und organisatorische Festigung und ihr Ausbau zu Stützpunkten der Arbeiterklasse in den Hochschulen war Bestandteil der zielstrebigen und konsequenten Wissenschafts- und Hochschulpolitik der KPD/SED.

Bereits im Sommer 1945 hatten Kommunisten gemeinsam mit revolutionären Sozialdemokraten, fortschrittlichen Wissenschaftlern und anderen aufbauwilligen Kräften an den Universitäten und Hochschulen, in den Provinzial- und Länderverwaltungen und in der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung (DZVV) mit den Vorbereitungen für die Neueröffnung der Universitäten und Hochschulen begonnen. Leitlinie ihres Handelns waren die programmatischen Grundlagen, die die KPD in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 auch für die Umwandlung der Universitäten und Hochschulen in antifaschistisch-demokratische Bildungsstätten des Volkes gegeben hatte. Die KPD trat dafür ein, das Erziehungswesen von faschistischem und reaktionärem Gedankengut zu säubern und an den Schulen, den Universitäten und Hochschulen die junge Generation im Geiste des Humanismus, der revolutionären Demokratie, des sozialen Fortschritts, des Friedens und der Völkerverständigung zu erziehen. Diese Orientierung stimmte mit dem völkerrechtlichen Auftrag überein, den die Staaten der Antihitlerkoalition in den Politischen Grundsätzen des Potsdamer Abkommens zur Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Demokratisierung des Erziehungswesens in Deutschland erteilt hatten. Grundlegende Rahmenbedingungen für die Aufnahme des Lehr- und Forschungsbetriebs an den Hochschulen hatte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) in Ausübung ihrer Regierungsgewalt in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im September 1945 mit dem Befehl Nr. 50 geschaffen. Sie waren auf die Ausmerzung faschistischer und militaristischer Ideen im Erziehungs- und Bildungswesen, auf die Säuberung des Lehrkörpers von faschistischen Elementen und auf die Heranbildung einer jungen Intelligenz gerichtet, die aktiv bei der demokratischen Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens mitwirkt und sie fortsetzt. Dieser Befehl schuf zugleich wesentliche Grundlagen für die

Gewährleistung einer einheitlichen Entwicklung der Universitäten und Hochschulen im Prozeß der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und für die koordinierende Funktion der DZVV. In wachsendem Maße nahm sie in der Folge durch ihre mit den Volksbildungsministern der Länderregierungen beratenen und mit der SMAD abgestimmten normativen Regelungen zentralen Einfluß auf einheitliches Vorgehen der staatlichen Organe in den Territorien sowie der Leitungsgremien an den Universitäten und Hochschulen bei der Verwirklichung der Hochschulpolitik der SED.

Die Demokratisierung der Studentenschaft, die Veränderung ihrer sozialen Struktur und ihres politischen Charakters war eine der entscheidenden Fragen der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung der Hochschulen, ihrer Umwandlung in Bildungsstätten des Volkes. Sie stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der Heranbildung einer neuen Intelligenz, die einen bedeutenden Beitrag zur revolutionären Umgestaltung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und beim Aufbau eines neuen Deutschland zu leisten hatte. Die geistigen Potenzen des werktätigen Volkes zu erschließen, diese neue Intelligenz im Bündnis und mit Hilfe demokratischer und antifaschistischer Angehöriger der alten Intelligenz aus den befähigten Kräften aller Schichten des Volkes heranzubilden war Bestandteil der Hochschulpolitik der Partei der Arbeiterklasse. Diese Zielsetzung fand ihren Niederschlag bereits im September 1945 in den von der DZVV erlassenen Bestimmungen für die Zulassung zum Studium an den Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen.

Im Oktober 1945 unterbreiteten KPD und SPD ihren gemeinsamen Aufruf zur demokratischen Reform des Bildungswesens. Sie orientierten auf die Schaffung eines einheitlichen Schulsystems und auf die demokratische Erneuerung des Schul- und Hochschulwesens als Bestandteil des Prozesses der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Damit untrennbar verbunden war die Forderung, das Bildungsprivileg der besitzenden Schichten zu brechen. Die Arbeiterklasse, seit einem Jahrhundert Vorkämpfer für eine Umgestaltung und Demokratisierung des Bildungswesens, begann unter Führung der in Aktionseinheit handelnden Arbeiterparteien und im Bündnis mit allen demokratischen Kräften entschlossen mit der Beseitigung der Bildungsschranken in allen Bereichen des Bildungswesens. Sie

begann zu verwirklichen, was progressive Kräfte in der Vergangenheit im Einheitsschulgedanken, in Nationalerziehungsplänen und in Schulreformversuchen postuliert hatten: höhere Bildung für die Kinder aller Klassen und Schichten des Volkes, Erziehung zu Demokratie und Fortschritt, Humanität und Friedensliebe. Durch Aufhebung herkömmlicher Aufnahmebedingungen war bei den Zulassungen zum Hochschulstudium zu gewährleisten, daß allen Befähigten, die durch Hitlerfaschismus und reaktionäre Bildungsprivilegien am Studium gehindert worden waren, die Tore der Hochschulen geöffnet werden. Befähigte Studienbewerber, denen aus politischen, sozialen oder rassistischen Gründen der Erwerb höherer Bildung verwehrt worden war, wurden im Wintersemester 1945/46 auch ohne Reifezeugnis bevorzugt zum Studium zugelassen; Förderkurse in den Hochschulen vermittelten ihnen wesentliche Grundlagen der Allgemeinbildung und vertieftes fachliches Wissen. In nennenswerter Größenordnung an der Berliner Universität vollzogen, war dies einer der ersten Schritte in Richtung auf die Demokratisierung der Studentenschaft.

Der Aufruf zur demokratischen Schulreform initiierte unter den Werktätigen in den Betrieben und in den demokratischen Organisationen die Bewegung "Arbeiter und Bauern auf die Universität!". Die aufzubauende Einheitsschule konnte auf absehbare Zeit noch keinen Beitrag zu einer grundlegenden Veränderung der Sozialstruktur der Studentenschaft leisten. Erforderlich war, im Prozeß der demokratischen Erneuerung der Hochschule neue Wege des Zugangs zu den Hochschulen zu beschreiten. Im unmittelbaren Zusammenhang mit der Eröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena und in Vorbereitung der Neueröffnung weiterer Universitäten entstanden in den Provinzen und Ländern Pläne für die Einrichtung spezieller Bildungsstätten an den Hochschulen. Sie sollten in kurzer Frist befähigten jungen Werktätigen die für ein Studium erforderlichen fachlichen Voraussetzungen vermitteln. In Thüringen und in der Provinz Sachsen sicherten im Herbst 1945 die demokratischen staatlichen Organe diese Pläne juristisch, schufen die formalen Voraussetzungen für diese Bildungsgänge und wiesen Wege, Werktätigen das Studium auch praktisch zu ermöglichen.

Bestrebungen und Vorhaben, jungen Werktätigen den Weg in die Hochschulen zu bahnen, erhielten von der Ersten Zentralen Kulturtagung

der KPD (Februar 1946) entscheidende Anstöße. Die KPD hatte auf dieser Tagung ihr umfassendes Programm für die antifaschistisch-demokratische Erneuerung der deutschen Kultur dargelegt. Kernstück dieser Erneuerung war die demokratische Reform des Schul- und Hochschulwesens. Verbunden mit einer Analyse der Lage an den Hochschulen gingen von dieser Tagung Anregungen und Hinweise für die Gewinnung und Einbeziehung der alten Intelligenz in den demokratischen Neuaufbau und für die Heranbildung einer neuen Intelligenz aus den Reihen des werktätigen Volkes aus. Vorgeschlagen wurde dazu, hervorragend begabte Werktätige sofort in die Hochschulen aufzunehmen und für junge Werktätige Lehrgänge mit abschließendem Examen zur Vorbereitung auf ein Hochschulstudium einzurichten. Die im gemeinsamen Aufruf zur demokratischen Schulreform gegebene Orientierung, befähigten Kräften des werktätigen Volkes den Weg in die Hochschulen zu öffnen, wurde von der KPD weiterentwickelt. An die Stelle von Förderkursen in den Hochschulen trat die Vorstudienausbildung.

Unmittelbar nach der Kulturtagung der KPD setzte in den Provinzen, Ländern und in Berlin die Realisierung der Pläne und Vorhaben zur Errichtung von Vorstudieneinrichtungen ein. Im Lande Sachsen wurden im März 1946 in industriellen Zentren "Vorbereitungskurse für das Studium an den Hochschulen" eingerichtet und in Halle/S. sowie in Berlin im Mai die "Vorsemaster" bzw. die "Vorstudienanstalt Berliner Hochschulen" eröffnet. In Jena vollzog sich im Juli 1946 mit der Neuregelung der "Vorstudienabteilung der Universität" die volle Zuwendung auf die Aufgabe, jungen Werktätigen in großer Zahl das Studium zu ermöglichen. Im November/Dezember 1946 nahmen an den Universitäten Greifswald und Rostock "Vorstudien Schulen" ihre Tätigkeit auf. Außerhalb des Verantwortungsbereichs der DZVV war im Frühjahr 1946 von der Deutschen Zentralverwaltung des Verkehrswesens für junge antifaschistische Mitarbeiter der Reichsbahn in Kleinmachnow bei Berlin eine Vorstudienanstalt zur Vorbereitung auf die Sonderreifeprüfung an der Technischen Universität Berlin eingerichtet worden.

Dieser Entwicklung trug die DZVV in den "Grundlegenden Hinweisen für die Zulassung zum Studium" im Wintersemester 1946/47 Rechnung. Sie fixierte juristisch für befähigte junge Werktätige ohne Reifezeugnis den Weg zur Hochschule über die "Vorstudien Schule" und

gab diesen Institutionen die Vollmacht, abschließende Examen durchzuführen und die Studienreife zu erteilen. Die Vorstudienausbildung stellte keine gesonderte Bildungsform dar; als Bestandteil des Hochschulwesens diente sie der Vorbereitung befähigter Kräfte aus dem Volk, insbesondere aus der Arbeiter- und Bauernschaft, auf das Studium. Die SMAD unterstützte diese Bemühungen der antifaschistisch-demokratischen Organe und förderte mit Ratschlägen und auch mit kritischen Hinweisen den Ausbau der Vorstudieneinrichtungen zu einem wirkungsvollen Instrument der demokratischen Reform des Hochschulwesens. Die Vorstudieneinrichtungen waren eine Errungenschaft der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Unter den konkreten historischen Bedingungen unseres Landes fanden mit ihrer Eröffnung auf der Basis hochschulpolitischer Grundpositionen der KPD/SED Erfahrungen der Sowjetunion bei der sozialistischen Umgestaltung des Hochschulwesens und bei der Heranbildung einer sozialistischen Intelligenz ihre spezifische Umsetzung und Anwendung.

Diesen konkreten historischen Bedingungen entsprangen zugleich Unterschiede im Herangehen der für das Bildungswesen zuständigen staatlichen Organe in den Provinzen und Ländern an die Lösung der Aufgabe, den Hochschulen in wachsendem Maße befähigte junge Menschen aus dem werktätigen Volke zuzuführen. Ungeachtet der 1946/47 anzutreffenden unterschiedlichen Bezeichnungen dieser neuen Bildungsstätten wiesen sie in der Mehrzahl der Länder und in Berlin nicht nur hinsichtlich des Ausbildungszieles, des Ausbildungsganges und der Ausbildungsdauer, sondern auch in ihrem Verhältnis zur Universität Gemeinsamkeiten auf. An den Universitäten Jena, Greifswald und Rostock waren sie Teil der Universität und dem Rektor unterstellt, an den Universitäten Halle und Berlin waren sie bei Unterstellung unter die Hochschulabteilung des Volksbildungsministeriums bzw. der DZVV mit der Universität vielfältig organisatorisch verbunden. Im Lande Sachsen waren sie mit verkürzter Ausbildungszeit als schulische Einrichtungen der Erwachsenenbildung in Nähe der Volkshochschulen angelegt.

Ausdruck konsequenter Förderung des Studiums der Werktätigen an den Hochschulen war der im Frühjahr 1947 von der Konferenz der Volksbildungeminister der Länder beschlossene Zulassungsgrundsatz,

Studienbewerber aus Kreisen der Arbeiter- und Bauernschaft bei fachlicher und charakterlicher Eignung solange bevorzugt zum Studium zuzulassen, bis die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft weitgehend der Sozialstruktur des Volkes entspricht. Dieser Beschluß bestimmte in der Folge maßgebend die Zulassungspolitik der DZV. Die konkreten historischen Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung und Festigung der antifaschistisch-demokratischen Verhältnisse berücksichtigend fand er in den Zulassungsbestimmungen der Jahre 1947 bis 1949 seine juristische Prägung. Diesen Beschluß der Ministerkonferenz begleiteten weitere Entscheidungen. Sie sind Ausdruck der Politik der SED, im Bündnis mit allen demokratischen Kräften die demokratische Entwicklung an den Hochschulen voranzubringen. Die Bildung von "Kommissionen zur Förderung des Studiums der Arbeiter und Bauern" in allen Ländern, die unter Vorsitz der Vertreter des FDGB die Aktivitäten der gesellschaftlichen Organisationen bei der Werbung, Auswahl, fachlichen Förderung und sozialen Unterstützung der Arbeiter- und Bauernstudenten koordinierten, dienten der weiteren Entwicklung des Arbeiter- und Bauernstudiums ebenso wie die Entschlüsse zur materiellen Sicherung des Studiums der Werktätigen.

Insbesondere der FDGB und die FDJ hatten 1946/47 in grundlegenden Beschlüssen auf den Prozeß der demokratischen Erneuerung der Hochschule und mit konkreten Maßnahmen auf die Förderung des Arbeiter- und Bauernstudiums Einfluß genommen. Über die Propagierung des Studiums der Werktätigen hinaus leisteten sie entscheidende Beiträge zur Gewinnung befähigter Werktätiger für die Aufnahme des Studiums, zur politisch-weltanschaulichen Bildung und Erziehung der Arbeiter- und Bauernstudenten und zu ihrer materiellen und finanziellen Unterstützung. FDGB und FDJ hatten hohen Anteil an der Durchsetzung des Arbeiter- und Bauernstudiums an den Universitäten und Hochschulen gegen den Widerstand reaktionärer und konservativer politischer Kräfte.

Neben grundlegenden Maßnahmen zur Förderung des Studiums der Werktätigen, der Schaffung juristischer Voraussetzungen für eine bevorzugte Zulassung befähigter Söhne und Töchter des werkstätigen Volkes und der Fürsorge für die materielle Sicherung ihres Studiums hatte die DZV von Beginn an auf eine einheitliche Durchführung der Vorstudienausbildung an den Universitäten und Hochschulen

hingewirkt. Unterstützt von der Mehrzahl der für diese Bildungsstätten in den Ländern zuständigen Staatsorgane schlug die DZVV vor, die Institutionen der Vorstudienausbildung generell als Einrichtungen der Hochschulen weiterzuentwickeln. Die von den Konferenzen der Volksbildungsminister Ende 1947 und im Frühjahr 1948 dazu gefaßten Beschlüsse bildeten die Grundlage für entsprechende Richtlinien der DZVV. Die Bildungsstätten, die berufen waren, jungen Arbeitern und Arbeiterinnen, werktätigen Bauern den Weg in die Hochschulen zu ebnen, wurden unter Berücksichtigung des 1948 erreichten realen Standes des Prozesses der politischen und ideologischen Erneuerung der Hochschulen als Vorstudienabteilungen in die Hochschulen eingegliedert. In Jena, Greifswald und Rostock war diese Eingliederung in die Universitäten bereits 1946 erfolgt, in Halle und Berlin wurde sie 1948 gegen den Widerstand einzelner Hochschulangehöriger vollzogen. Im Lande Sachsen regelte eine Anordnung des Ministers für Volksbildung die organisatorische Zusammenfassung der bestehenden Vorstudienanstalten zu Vorstudienabteilungen bei der Leipziger Universität, der Technischen Hochschule Dresden und der Bergakademie Freiberg; als weitgehend eigenständige Bildungsstätten blieben die sieben Vorstudienanstalten bestehen. Unmittelbar nach Gründung der Brandenburgischen Landeshochschule Potsdam nahm zu Beginn des Jahres 1949 eine weitere Vorstudienabteilung ihre Tätigkeit auf.

Entsprechend den Orientierungen des II. Parteitages der SED auf die Festigung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der demokratischen Intelligenz, zur Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses für Staat und Wirtschaft insbesondere aus den Reihen der werktätigen Jugend und zur Verbreiterung des Arbeiter- und Bauernstudiums wurden mit der Eingliederung der Vorstudienabteilungen in die Universitäten und Hochschulen Positionen der Arbeiterklasse in diesen Bildungsstätten weiter ausgebaut und gefestigt. Besondere Aufmerksamkeit widmete die Partei der Bildung und Erziehung der Studierenden an den Vorstudienabteilungen auf der Grundlage der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse. Obgleich der Anteil der Absolventen der Vorstudienrichtungen unter den Studierenden zunächst gering war - 1949 erreichte er einen Anteil von nahezu 20 Prozent -, entwickelten sich in den Betriebsgruppen der SED, in den Organisationen der

Gewerkschaft, der FDJ und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft an den Hochschulen Arbeiter- und Bauernstudenten zum politisch führenden Kern innerhalb der Studentenschaft. Die Vorstudienabteilungen entfalteten sich zu einem Element des Sozialismus an den Hochschulen.

Als Teil der sich verschärfenden Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus, als Teil politischer, ideologischer und ökonomischer Angriffe gegen das weitere Voranschreiten des revolutionären Prozesses in unserem Land kämpften 1948 reaktionäre Kräfte in den bürgerlich-demokratischen Parteien mit Unterstützung imperialistischer Massenmedien gegen die Hochschulpolitik der SED, die Zulassungsbestimmungen der DZVV, die Eingliederung der Vorstudienabteilungen in die Hochschulen, gegen das Arbeiter- und Bauernstudium. Die Vorstudienabteilungen nahmen aktiven Anteil an den von der SED geführten offensiven Auseinandersetzungen mit Gegnern einer antifaschistisch-demokratischen Erneuerung der Hochschulen.

Die SED orientierte auf die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Verhältnisse auf politisch-ideologischem, ökonomischem und geistig-kulturellem Gebiet. Sie legte im Mai 1948 auf dem Ersten Kulturtag der SED ihre kulturpolitische Konzeption für die antifaschistisch-demokratische Erneuerung und die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft dar und formulierte unmittelbar zu lösende kulturpolitische Aufgaben. Die Partei unterstrich die Bedeutung der demokratischen Umgestaltung der Universitäten und Hochschulen als einem Eckpfeiler der Erneuerung des Bildungswesens, orientierte auf die Schaffung eines engen Bündnisses der Arbeiterklasse mit der fortschrittlichen Intelligenz und auf die Heranbildung einer neuen Intelligenz, insbesondere aus den Reihen der Arbeiter und Bauern. Sie bekräftigte ihre Entschlossenheit, Söhnen und Töchtern des werktätigen Volkes in weit stärkerem Maße den Zugang zu den Hochschulen zu bahnen. Ein massenhafter Zugang von Kindern des werktätigen Volkes zum Studium über die Oberschule war noch nicht möglich. Deshalb wurde auf dem Ersten Kulturtag der SED der weitere Ausbau der Vorstudienabteilungen an den Hochschulen gefordert. Die Partei wandte sich unmittelbar an das werktätige Volk, an die gesellschaftlichen Organisationen und die Belegschaften der Betriebe, befähigte, in der Arbeit bewährte, mit der

Arbeiterklasse eng verbundene und gesellschaftlich aktive Arbeiter und Arbeiterinnen an die Vorstudienabteilungen zu entsenden.

Den 1948 eingeleiteten Übergang zur planvollen Gestaltung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, den Beschluß über den Zweijahrplan zur Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft verband die SED mit Orientierungen auf eine zielstrebige und umfassende Heranbildung von Fachkräften für den wirtschaftlichen Aufbau einschließlich der an den Hochschulen auszubildenden wissenschaftlichen Kräfte für Wirtschaft und Staat, Bildungs- und Gesundheitswesen. Die wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben des Wiederaufbaus waren eng miteinander verbunden; sie zielten auf die Steigerung des allgemeinen Bildungs- und Kultur-niveaus des Volkes, auf die Förderung von Wissenschaft, Forschung und Kunst, auf die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Werktätigen mit der fortschrittlichen Intelligenz und die Heranbildung einer neuen Intelligenz. Die SED beauftragte auf ihrer 1. Parteikonferenz im Januar 1949 die Deutsche Wirtschaftskommission, Maßnahmen zur Förderung von Wissenschaft und Forschung und zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Intelligenz einzuleiten.

Teil dieser umfassenden, auf den Ausbau und die Entwicklung des wissenschaftlichen Potentials und seiner materiell-technischen Basis, die Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die Anerkennung und Würdigung hervorragender wissenschaftlicher und künstlerischer Leistungen und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Intelligenz gerichteten Maßnahmen waren konsequente Schritte, der Heranbildung einer neuen fortschrittlichen Intelligenz und der Entwicklung des Arbeiter- und Bauernstudiums entscheidende Impulse zu verleihen. Gegenüber dem Wintersemester 1945/46 war bis zum Wintersemester 1949/50 der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder von 12 auf 33 Prozent angestiegen. Das gleiche Recht auf Bildung für die Kinder der Arbeiter und werktätigen Bauern aber war noch nicht verwirklicht, die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft spiegelte noch nicht die soziale Struktur der Gesellschaft wider. In Verbindung mit einer bedeutenden Erhöhung der Aufnahme von jungen Werktätigen zur Vorstudienausbildung im Jahre 1949 war die Umwandlung der Vorstudienabteilungen in Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten und deren Eingliederung in

den Verband der Universitäten und Hochschulen ein revolutionärer Vorgang innerhalb des Hochschulwesens beim Übergang von der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zur sozialistischen Revolution.

In der Phase der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung des Hochschulwesens unseres Landes hatten die Vorstudieneinrichtungen einen wesentlichen Beitrag geleistet, um in kurzer Frist solche Werktätigen zum Studium zu führen, denen der Faschismus diesen Weg versperrt hatte. In wachsendem Maße bahnten sie vor allem Kindern von Arbeitern und Bauern den Weg zur Hochschule, die ihnen zuvor durch das Bildungsprivileg der besitzenden Klassen nicht zugänglich war. Die Arbeiterklasse, das werktätige Volk und seine Machtorgane schufen unter der Führung der SED die rechtlichen Bedingungen und die praktischen Voraussetzungen, die ihnen ein Studium und die aktive Mitwirkung bei der Demokratisierung der Hochschule ermöglichten. Hunderte von Absolventen der Vorstudieneinrichtungen standen in den politischen und ideologischen Auseinandersetzungen in den Hochschulen an vorderster Front. Eine grundlegende Veränderung der sozialen Zusammensetzung und des politischen Charakters der Studentenschaft begann sich abzuzeichnen. Durch ihre Leistungen im Studium bewiesen die Absolventen der Vorstudieneinrichtungen am praktischen Beispiel die Unhaltbarkeit der bürgerlichen Begabtentheorie.

1. Erziehungs- und bildungspolitische Forderungen in den Aufrufen
der antifaschistisch-demokratischen Parteien 1945

Aus dem Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei
Deutschlands vom 11. Juni 1945

... Die unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben auf diesem Wege
sind gegenwärtig vor allem:

...

3. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes... Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten. Systematische Aufklärung über den barbarischen Charakter der Nazi-Rassentheorie, über die Verlogenheit der "Lehre vom Lebensraum", über die katastrophalen Folgen der Hitlerpolitik für das deutsche Volk. Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung...

In: Dokumente zur Geschichte der SED, Band 2: 1945 - 1971. - Berlin : Dietz Verlag, 1986. - S. 13

Aus dem Aufruf des Zentralaussschusses der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands vom 15. Juni 1945

... Deshalb fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

...

5. Volkstümlicher Kulturaufbau. Erziehung der Jugend im demokratischen, sozialistischen Geiste. Förderung von Kunst und Wissenschaft...

In: Dokumente zur Geschichte der SED, Band 2: 1945 - 1971. - Berlin : Dietz Verlag, 1986. - S. 20

Aus dem Gründungsaufwurf der Christlich-Demokratischen Union
Deutschlands vom 26. Juni 1945

... Durch die verderblichen Lehren des Rassenhasses und der Völkerverhetzung hat Hitler weite Teile der Jugend vergiftet. Sie muß wieder zur Erkenntnis wahrer sittlicher Werte geführt werden. Wissenschaft und Kunst sollen sich frei entfalten und die Lehren echter Humanität, deren deutsche Kündler der ganzen Menschheit

gehören, sollen den sittlichen Wiederaufbau unseres Volkes tragen helfen...

In: Dokumente der CDU, Band 1. - Berlin : Union Verlag, 1956. - S. 20

Aus dem Gründungsaufwurf der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands vom 5. Juli 1945

... Als nächste Ziele dieser jahrelang zu leistenden schweren Arbeit erkennen wir folgende:

...

11. Erziehung der Jugend zu Menschen, die durch ihre Persönlichkeit, ihre sittliche Bildung, ihre Berufstüchtigkeit und durch eine für ihr Volk und für die Menschheit aufgeschlossene Gesinnung befähigt sind zum Dienst an Vaterland und Menschheit.
12. Erneuerung des Unterrichtswesens, insbesondere auch der Hochschulen mit dem Ziele des ungehinderten Aufstiegs der Tüchtigen aus allen Schichten des Volkes...

In: LDPD in der Übergangsperiode 1945 - 1961. - Dokumente, gesammelt von M. Bogisch, Teil I. - Berlin : Buchverlag Der Morgen, 1976. - S. 32/33

2. Demokratische Erziehung und Bildung der heranwachsenden Generation gewährleisten : Aus der Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin (Potsdamer Abkommen) (2. August 1945)

...

A. Politische Grundsätze

1. Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt, und zwar von jedem in seiner Besatzungszone sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen...

6. Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen

Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.

7. Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird...

In: Das Potsdamer Abkommen : Dokumentensammlung. - Berlin : Staatsverlag der DDR, 1984. - S. 185, 186

3. Bildungs- und Erziehungsauftrag der neu zu eröffnenden Universitäten und Hochschulen: Aus dem Befehl Nr. 50 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über die Vorbereitung der Hochschulen auf den Beginn des Unterrichts (4. September 1945)

Zwecks Neuaufnahme der Lehr- und Forschungstätigkeit der Hochschulen befehle ich:

I. Dem Direktor der Deutschen Verwaltung für Volksbildung und den Präsidenten der Provinzen und Länder sowie den Bürgermeistern der Städte auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands:

1. Maßnahmen zur Vorbereitung der Hochschulen zwecks Neuaufnahme des Unterrichts durchzuführen, wobei nazistische und militaristische Lehren aus dem Unterricht und der Erziehung der Studenten völlig zu beseitigen sind und die Ausbildung solcher Kräfte zu sichern ist, die fähig wären, demokratische Grundsätze in die Praxis umzusetzen...

II. Die Neuaufnahme der Tätigkeit der Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungsinstitute hat nur auf meinen Befehl hin zu erfolgen...

In: Dokumente der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zum Hoch- und Fachschulwesen 1945 - 1949 / Handel, G.; R. Köhler. - Institut für Hochschulbildung, Berlin. - Berlin, 1975. - S. 18, 19. - (Studien zur Hochschulentwicklung, 57)

4. Vorschläge zur Förderung Begabter an der Friedrich-Schiller-Universität Jena : Dem Landesamt für Volksbildung des Landes Thüringen überreicht von Prof. Dr. Dr. Peter Petersen, Jena (September 1945)

Mit dem neuen Semester werden unsere Landesuniversität in größerer Zahl Studierende aufsuchen, die ohne eigenes Verschulden eine ungenügende Vorbildung besitzen. Viele werden ein sogenanntes Notabitur einer höheren Schule vorlegen, d. h., sein Inhaber hat nur einen Bruchteil der Primajahre, in vielen Fällen nur die Unterprima durchlaufen - noch dazu oft unterbrochen durch Luftangriffe und Kälteferien. Für andere liegen zwischen Abitur und Studienbeginn bis zu 7 - 8 Militär- und Kriegsjahre, in denen wichtigstes Schulwissen verloren gegangen ist. Noch andere werden eine mittlere Reife nachweisen und danach eine wertvolle Berufsausbildung der allerverschiedensten Art. Daneben bleibt die seit über 20 Jahren bewährte "Förderung Hochbegabter" erhalten, eine Prüfung, zu der jeder zugelassen werden kann, der über 25 Jahre alt ist, sich in Leben und Beruf bewährt hat und ein bestimmtes Fachstudium ergreifen möchte.

Gerade diese letzte Gruppe soll nun bedeutsam erweitert werden. In den Jahren nach 1933 ist eine große Zahl wertvoller junger Menschen nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen nicht zum Studium gekommen, ja überhaupt nicht zum Besuch einer höheren Schule. Sie haben Nebenwege aller Art einschlagen müssen, sich selber fortgebildet, Kurse verschiedenster Art besucht und sind in ihrer Arbeit gereift. Mit ihren unverbrauchten geistigen Kräften werden sie sich in 1 bis 2 Jahren bei guter Anleitung die wissenschaftliche Vorbildung verschaffen können, um sich dann ebenfalls ganz einem Studium zu widmen, das ihrer Begabung und Neigung entspricht.

Schon bei Überprüfung der ersten rund 100 Anmeldungen hoben sich deutlich 3 Gruppen heraus:

- a) solche, die ihre Lücken in einem halben Jahr ausfüllen können;
- b) andere, die ein volles Jahr intensiver Schularbeit daransetzen müssen, um in ihrem Fach mit Erfolg studieren zu können;
- c) eine letzte Gruppe, die durchschnittlich 2 Jahre wird aufwenden müssen.

Diese Ausbildung soll nun allen 3 Gruppen an der Universität Jena in einer "Vorschule der Studien" erteilt werden. Sie wird angeschlossen an die "Erziehungswissenschaftliche Universitätsanstalt", Leiter: Prof. Dr. Dr. Peter Petersen.

Alle unter a, b, c Aufgeführte werden gleichzeitig an der Friedrich-Schiller-Universität als Vollstudierende bzw. als Hörer immatrikuliert werden. Die unter a und b Aufgeführten werden in der Mehrzahl ein Notabitur vorlegen und werden demnach sofort vollimmatrikuliert. Sie können also mit ihrem Fachstudium sofort beginnen, sind aber verpflichtet, nach einem halben Jahr bzw. nach einem Jahr den Nachweis zu erbringen, daß sie ihre Lücken ausgefüllt haben. Da fast jeder Fall etwas anders liegt, so ist eine individuelle Beratung und Studienleitung nötig. Viele von denen, die zu Gruppe b gehören, und alle unter c erhalten Hörscheine, können demnach gleichfalls schon an den Vorlesungen und Übungen teilnehmen. Nach einer Abschlußprüfung werden ihnen alle Semester auf das Studium angerechnet.

Die Studierenden der 3 genannten Kategorien werden in der "Studien-Vorschule" so zu Gruppen zusammengefaßt, daß eine gründliche Förderung gewährleistet ist. Die Ausbildung wird halbjährlich 20 - 21 Wochen mit im Höchstfalle 20 Wochenstunden währen. Die Studiengebühren betragen vierteljährlich 75,- RM. Sie werden in jedem Falle ermäßigt oder erlassen, wo neben der Begabung Bedürftigkeit und Würdigkeit nachgewiesen sind.

Vor allem ist ein neuer Weg gewiesen, Begabten aus den Kreisen der Arbeiter und Handwerker, der kleinen Bauern und Angestellten auch ohne Besuch einer höheren Schule ein Universitätsstudium zu ermöglichen. Gleichsam als Staatsstipendiaten sollen sie sich jedem Studium zuwenden dürfen, für das sie Begabung aufweisen. Die Voraussetzung ist die Bewährung in der "Studien-Vorschule". Während dieser Jahre werden sie sachverständig beraten, außerdem sich selbst in den Vorlesungen und Übungen erproben, zu denen sie ja vom ersten Semester an zugelassen sind.

Quelle: Friedrich-Schiller-Universität Jena, Universitätsarchiv,
R 1

5. Heranbildung einer neuen Intelligenz - ein dringendes Gebot:
Aus der Verordnung über die Zulassung zum Studium an Universitäten und Hochschulen (30. September 1945)

Die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone erläßt im Zusammenhang mit dem Befehl Nr. 50 des Chefs der sowjetischen Besatzungstruppen über den Neuaufbau der Universitäten und Lehranstalten mit Hochschulcharakter folgende Verordnung über die Zulassung zum Studium an den Universitäten und Hochschulen:

I.

Durch das Hitler-Regime ist Deutschland auf den tiefsten Stand seiner Geschichte gebracht worden. Man kann nicht bestreiten, daß hierin ein Beweis für das Versagen der deutschen Intelligenz vor und während der Herrschaft des Faschismus liegt. Die Heranbildung einer neuen Intelligenz ist ein dringendes Gebot der Stunde. Neuartig müssen die Ausbildungsmethoden, neuartig die Auswahlgrundsätze bei der Zulassung zum Studium sein. Durch den Nazismus wurden viele wertvolle Kräfte am Studium verhindert. Die Praxis der Reifeprüfungen der Kriegsjahre bietet keine Gewähr für tatsächliche Hochschulreife. Die Schulreform kann unmittelbar keine Besserung dieses Zustandes herbeiführen, sie kann erst nach Jahren brauchbaren Nachwuchs für die Universitäten und Hochschulen hervorbringen. So sind Maßnahmen, die mit den herkömmlichen Methoden brechen, unvermeidlich.

Die begabte deutsche Jugend aller Schichten des Volkes muß zur Erneuerung und Stärkung der geistigen Kräfte Deutschlands herangezogen werden. Dazu muß das Studium an den Universitäten und Hochschulen heute auch ohne Reifezeugnis möglich sein. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß Bildungslücken durch Sonderkurse an den Universitäten und Hochschulen mit aller Dringlichkeit beseitigt werden. Für manche Fächer wird dazu die Erweiterung der Fachkenntnisse, für andere wieder Verbreiterung der Allgemeinbildung notwendig sein.

Der deutschen Jugend aller Schichten soll die Entfaltung und Steigerung ihrer geistigen Kräfte mit allen verfügbaren Mitteln ermöglicht werden. Es knüpfen sich daran große Erwartungen: Die jungen Menschen in Deutschland sollen ihren Beitrag liefern, um aus Universitäten und Hochschulen die geistigen Geburtsstätten

der neuen demokratischen deutschen Intelligenz zu machen.

II.

Die Zulassung zum Studium ohne Reifeprüfung erfolgt

- 1) auf Vorschlag einer Kommission, die an jeder Universität oder Lehranstalt mit Hochschulcharakter vom Finanzträger für jede Fakultät gesondert zu bilden ist. Diese Kommission besteht aus 2 Mitgliedern der in Frage kommenden Fakultät und 3 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, unter denen mindestens eine einen akademischen Grad haben soll. Der Bewerber hat sich einer zwanglosen Prüfungsaussprache vor der Kommission zu unterziehen, auf Grund welcher nach einer Abstimmung über die Zulassung entschieden wird.
- 2) auf Grund erwiesener wissenschaftlicher Leistungen auf dem gewählten Studiengbiet. Die Beurteilung der Leistungen erfolgt durch die Fakultät...

V.

Die Universitäten und Lehranstalten mit Hochschulcharakter haben Sonderkurse allgemeinbildender und fachlicher Art einzurichten. Zur Durchführung dieser Kurse kann erforderlichenfalls auf das Lehrpersonal der höheren Schulen zurückgegriffen werden. Diesen Sonderkursen haben sich auch die Absolventen der höheren Schule, die im Besitz eines ordnungsgemäßen Reifezeugnisses sind, zu unterziehen, sofern es ihre akademischen Lehrer auf Grund der Beurteilung während des I. Semesters für nötig halten. Die Personen, welche ohne Reifezeugnis zugelassen werden, haben sich ausnahmslos an diesen Kursen zu beteiligen, mit Ausnahme der auf Grund von II,2 zugelassenen Personen. Das Ergebnis dieses Besuches der Sonderkurse wird durch eine Prüfung festgestellt, von deren Erfolg die weitere Zulassung zum Studium abhängig gemacht wird...

Quelle: Staatsarchiv Dresden, Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Nr. 1315, Bl. 3 und 3b

6. Studium ohne Reifezeugnis : Aus einem Artikel des Landesdirektors für Volksbildung des Landes Thüringen zur demokratischen Reform des Bildungswesens (16. Oktober 1945)

... Wie kann man ohne Abitur studieren?

Die Nazis haben das Bildungsniveau der höheren Schulen durch Verkürzung der Ausbildungszeit, durch HJ- und Kriegseinsatz wie durch ihre allgemeine bildungs- und kulturfeindliche Haltung vollkommen heruntergewirtschaftet. Heute ist nur noch ein geringer Bildungsunterschied zwischen einem Volksschüler und einem höheren Schüler mit "Not-Abitur" feststellbar.

An der Universität Jena wird ein Vorsemester eingerichtet. Es dient den höheren Schülern zum Aufholen des Versäumten. Es hilft den Volksschülern, die Universitätsreife zu erlangen...

Der Weg ist frei, es liegt jetzt an der Masseninitiative gerade der Werktätigen, für ihre Kinder den Weg zur Hochschule zu beschreiten. Ziel ist, daß auch die Studentenschaft in ihrer sozialen Zusammensetzung der sozialen Struktur des deutschen Volkes entspricht. Das deutsche Volk besteht in seiner Mehrzahl aus Werktätigen. Also muß die Studentenschaft in ihrer Mehrzahl Söhne und Töchter Werktätiger umfassen. Das ist der Weg zur wahren Demokratisierung der Hochschule.

Wolf, W.: Das Gesicht der neuen Bildungsstätten. - In: Thüringer Volkszeitung. - Weimar 1(1945-10-16) = 55

7. Öffnung der Hochschulen für alle befähigten Kräfte des Volkes : Aus dem Aufruf des Zentralkomitees der KPD und des Zentrallausschusses der SPD zur demokratischen Schulreform (18. Oktober 1945)

... Alle Antifaschisten und wahrhaft demokratischen Kräfte Deutschlands werden ohne Zweifel mit uns für folgende Grundforderungen einer deutschen Schulreform eintreten:

1. Die heranwachsende Generation des deutschen Volkes, berufen, die demokratische Erneuerung Deutschlands zu festigen und zu Ende zu führen, muß, frei von nazistischen und militaristischen Gedanken, in einem neuen Geiste, im Geiste einer kämpferischen Demokratie, der Freundschaft unter den friedliebenden Völkern, zum selbständigen, aufrechten, freiheitlichen und fortschrittlichen Denken und Handeln erzogen werden...

3. Alle Bildungsprivilegien einzelner Schichten müssen fallen. Das Ziel der demokratischen Schulreform ist die Schaffung eines einheitlichen Schulsystems, in dem die geistigen, moralischen und physischen Fähigkeiten der Jugend allseitig entwickelt, ihr eine hohe Bildung vermittelt und allen Befähigten ohne Rücksicht auf Herkunft, Stellung und Vermögen der Eltern der Weg zu den höchsten Bildungsstätten des Landes frei gemacht wird...

8. Die geistige Erneuerung unseres Volkes würde auf halbem Wege stehenbleiben, würde sie nicht auch eine gründliche Reform des gesamten Hochschul- und Universitätswesens umfassen. Der neue Geist eines wahrhaft fortschrittlichen Humanismus und einer kämpferischen Demokratie muß in den Hochschulen Einzug halten. Das erfordert die Rückberufung aller von der Hitlerregierung vertriebenen Dozenten und Professoren, die Zulassung solcher neuen befähigten Kräfte zur Lehrertätigkeit, die durch wissenschaftliche Leistungen und als aufrechte Kämpfer gegen Hitler ihre Berufung bewiesen haben, Lehrer der studierenden Jugend zu sein.

Auf dem Wege weitgehender Hilfe mittels Förderkursen und Sonderregelungen in den Hochschulen muß allen Befähigten, die durch den Hitlerfaschismus und durch reaktionäre Bildungsprivilegien bisher vom Studium ferngehalten wurden, auch unter Aufhebung herkömmlicher Aufnahmebedingungen der Weg in die Hochschulen und Universitäten erschlossen werden...

In: Um die Erneuerung der deutschen Kultur : Dokumente zur Kulturpolitik 1945 - 1949 / Dietrich, G. - Berlin : Dietz Verlag, 1983. - S. 95, 96

8. Anweisungen über die Zulassung zum Studium an der Friedrich-Schiller-Universität J e n a für Bewerber mit Volksschul- und Berufsschulbildung (19. Oktober 1945)

§ 1

Nach § 20 der Hochschulzulassungsvorschriften vom 1. Oktober 1945 ist die erforderliche Vorbildung für die Zulassung zum Studium auch dargetan durch erfolgreiche Ablegung der Begabtenprüfung mit der Maßgabe, daß der Bewerber bis zum Bestehen dieser Prüfung als Hörer geführt wird und daß die vor der erfolgreichen Ablegung der Prüfung abgeleisteten Semester nachträglich voll anerkannt werden.

Es handelt sich bei dieser Begabtenprüfung nur um eine vorläufige Maßnahme für die Übergangszeit. In Zukunft führt der Weg zur Universität ausnahmslos über die Einheitsschule, die nach Durchführung der Schulreform allen offen steht und die Fähigen bis zur Universität bringt.

§ 2

Über den Zugang zur Universität durch die Bildungs- und Prüfungseinrichtungen der Volkshochschulen neuen Typs werden noch nähere Vorschriften ergehen (Ziff. 4 der vorläufigen Richtlinien für die Erwachsenenbildung vom 6. August 1945 - Mitteilungsblatt des Landesamts für Volksbildung, S. 5).

§ 3

Zugelassen zur Begabtenprüfung werden Berufstätige, die

- a) aus der werktätigen Bevölkerung, besonders aus der Arbeiterschaft und der Bauernschaft stammen,
- b) die Volksschule und Berufsschule besucht haben,
- c) in ihren schulischen Leistungen oder beruflichen Arbeitsleistungen besonders geistige Fähigkeiten und Neigungen erkennen lassen,
- d) eine Berufsausbildung erstreben, die nur auf der Universität erworben werden kann (Ärzte, Volksrichter, Lehrer, Wissenschaftler),
- e) nach ihrer Lebens- und Berufserfahrung die Gewähr für ernste Studienarbeit bieten,
- f) im allgemeinen nicht jünger als 20 Jahre und nicht älter als 35 Jahre sind,
- g) überzeugte Demokraten sind,
- h) den Nachweis erbringen, daß die Universitätsausbildung finanziell, sei es durch eigene berufliche Ersparnisse, sei es durch Patenschaften des Landes, des Kreises, der Gemeinde, eines Betriebes, einer Gewerkschaft oder Privater, gesichert ist.

§ 4

Meldungen sind zu richten an die Leitung der Vorstudien- schule an der Universität in Jena. Beizufügen sind:

- a) das letzte Zeugnis der Volksschule und der Berufsschule,
- b) Beurteilung der Berufstüchtigkeit durch den Betrieb oder die Gewerkschaft,

- c) ein Lebenslauf mit der Begründung des Wunsches zu studieren,
- d) wenn möglich Nachweis der Patenschaft,
- e) Nachweis über die antifaschistisch-demokratische Einstellung,
- f) polizeiliches Führungszeugnis.

§ 5

Die Vorstudien-schule prüft die Meldungen. Die Entscheidung trifft eine Prüfungskommission nach Anhören des Kandidaten. Diese Kommission besteht aus dem Kurator, 2 Vertretern der zuständigen Fakultät und 4 Bürgern, die vom Block der antifaschistischen Parteien der Stadt Jena benannt werden.

§ 6

Nach der Zulassung zum Studium besuchen die Studierenden die Vorstudien-schule. Sie können außerdem Vorlesungen besuchen mit der Maßgabe, daß ihnen die bis zum Bestehen der Prüfung abgeleisteten Semester nachträglich voll angerechnet werden.

§ 7

Nähere Anweisungen erläßt die Leitung der Vorstudien-schule mit Genehmigung des Landesamtes für Volksbildung.

§ 8

Schüler(innen) höherer Lehranstalten können nach wie vor nur studieren, wenn sie die Reifeprüfung bestanden haben oder bis spätestens zum 9. Mai 1945 den Reifevermerk oder Vorsemestervermerk erworben haben und bis zum Abschluß des zweiten Semesters die Sonderreifeprüfung erfolgreich ablegen.

Weimar, den 19. Oktober 1945

Land Thüringen
Landesamt für Volksbildung

gez. Wolf
Landesdirektor

IV. C. 36. 317/45

Quelle: Friedrich-Schiller-Universität Jena, Universitätsarchiv,
BB 136

9. Demokratische Erneuerung der Schulen und der Universität :

Aus dem Aufruf des Provinzialvorstandes der SPD und der Bezirksleitung der KPD der Provinz Sachsen zur demokratischen Schulreform (30. Oktober 1945)

... Der Provinzialvorstand der SPD und die Bezirksleitung der KPD haben den gemeinsamen Aufruf unserer zentralen Leitungen in folgenden Punkten für die Provinz Sachsen konkretisiert, und sie erwarten, daß auch auf diesem Gebiet wie in allen anderen Fragen die Liberal-Demokratische Partei und die Christlich-Demokratische Union mit den beiden Arbeiterparteien zusammenarbeiten.

Wir sind davon überzeugt, daß es uns bei der gemeinsamen Durchführung dieser Vorschläge gelingen wird, die grundsätzliche demokratische Erneuerung der deutschen Schulen zu erreichen. Damit werden wir die Voraussetzungen schaffen für die Erziehung unserer jungen Generation im Geiste der Achtung vor den Menschen, der Völkerverständigung und des Friedens.

Dann werden wir eine Jugend haben, wie wir sie zum Aufbau eines besseren Deutschlands brauchen...

7. Besondere Aufmerksamkeit werden die beiden Parteien der Reinigung der höheren Schulen, der Hochschulen und der Universitäten von allen militaristischen, faschistischen und reaktionären Lehrkräften widmen. Wir wollen nur solche Professoren und Dozenten an den Hochschulen unterrichten lassen, die uns die Garantie dafür geben, daß die deutsche Jugend auch an den Hochschulen im antifaschistischen, antimilitaristischen und im demokratischen Sinne erzogen wird.

Die alten traditionellen reaktionären Aufnahmebedingungen für diese Volksbildungsstätten müssen beseitigt werden.

Die Fähigkeiten der Studierenden und nicht die finanzielle Lage der Eltern sollen entscheiden, wer Universitäten und Hochschulen besucht.

Alle Behörden, Organisationen, die Freien Gewerkschaften und vor allem auch die Betriebe in der Provinz Sachsen werden aufgefordert, Stipendien für begabte junge Menschen zur Verfügung zu stellen, um diesen den Besuch der Universitäten usw. zu ermöglichen...

In.: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1 : Mai 1945 bis April 1946. - Berlin : Dietz Verlag, 1959. - S. 239, 240

10. Recht auf Erziehung und Bildung - ein Grundrecht des deutschen Volkes : Aus den Richtlinien des Parteivorstandes der LDPD für die Orts- und Bezirksgruppen zur Schulreform (November 1945)

... Wir erstreben eine Erneuerung des Unterrichtswesens, auch der Hochschulen, mit dem Ziele des ungehinderten Aufstiegs der Tüchtigsten aus allen Schichten des Volkes. Unter dem Aufstieg der Tüchtigsten verstehen wir, daß der Begabte durch Inanspruchnahme aller Bildungsmöglichkeiten alle seine Gaben entwickeln kann, ohne von der geldlichen Unterstützung des Erziehungsberechtigten abhängig zu sein. Wir zählen das Recht auf Erziehung und Bildung zu den Grundrechten des deutschen Volkes...

In: LDPD in der Übergangsperiode 1945 - 1961 : Dokumente, Teil I / Bogisch, M. - Berlin : Buchverlag Der Morgen, 1976. - S. 45

11. Eröffnung der Vorstudien-schule der Friedrich-Schiller-Universität (28. November 1945)

Die Vorstudien-schule hat am Donnerstag mit dem Lehrbetrieb begonnen. Damit beginnt überhaupt etwas gänzlich Neues, wie Professor P e t e r s e n am Mittwochnachmittag bei der Eröffnung ausführte. Er sagte u. a. zu den etwa 40 Anwesenden, daß wohl nur wenige die Bedeutung dieser Stunde im vollen Umfang erkennen werden. Die Eröffnung der Vorstudien-schule sei tatsächlich ein h i s t o r i s c h e r Augenblick. Es sei ein Grundstein zur wirklichen Volksuniversität. Jedem, der die geistigen Voraussetzungen besitzt, wird in Zukunft dieser Weg zur Hochschule offenstehen. Damit entsteht auch ein neuer Typus der Studierenden, der S c h ü l e r - S t u d e n t. Als regelrechter Schüler nimmt er jeden Vormittag am Unterricht teil, und daneben hat er die Möglichkeit, Vorlesungen als Student zu hören. Natürlich erfordert das zweifache Arbeit, doch muß man berücksichtigen, daß doch der größte Teil der Studierenden über 20 Jahre alt ist und bereits im Berufsleben gestanden hat. Außerdem bringen alle den unbedingten Willen zur Arbeit mit...

Ein neuer Weg zur Wissenschaft. - In: Thüringer Volkszeitung. - Weimar 1(1945-12-04) = 96

12. Richtlinien der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung
in der sowjetischen Besatzungszone für die Zulassung zum Stu-
dium an den im Wintersemester 1945/46 neu zu eröffnenden Uni-
versitäten (12. Dezember 1945)

W 184/45

Grundlegende Hinweise

über die Zulassung zum Studium an Universitäten und Hochschulen
Die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjeti-
schen Besatzungszone gibt im Zusammenhang mit dem Befehl Nr. 50
des Chefs der sowjetischen Besatzungstruppen über den Neuaufbau
der Universitäten und Lehranstalten mit Hochschulcharakter folgen-
de Richtlinien für die Zulassung zum Studium an den Universitäten
und Hochschulen:

I.

Durch das Hitler-Regime ist Deutschland auf den tiefsten Stand
seiner Geschichte gebracht worden. Man kann nicht bestreiten, daß
hierin ein Beweis für das Versagen der deutschen Intelligenz vor
und während der Herrschaft des Faschismus liegt. Die Heranbildung
einer neuen demokratischen Intelligenz ist ein dringendes Gebot der
Stunde. Dieser Forderung müssen die Ausbildungsmethoden und die
Auswahlgrundsätze bei der Zulassung zum Studium genügen. Durch den
Nazismus wurden viele wertvolle Kräfte am Studium verhindert. Die
Praxis der bisherigen Reifeprüfungen der Kriegsjahre bietet außer-
dem keine Gewähr für tatsächliche Hochschulreife. Die beabsichtigte
Schulreform wird erst später neuen Nachwuchs für die Universitäten
und Hochschulen hervorbringen. So sind Maßnahmen, die mit den her-
kömmlichen Methoden brechen, unvermeidlich. Damit die begabte deut-
sche Jugend aller Schichten des Volkes zur Erneuerung und Stärkung
der geistigen Kräfte Deutschlands herangezogen wird, muß das Stu-
dium an den Universitäten und Hochschulen heute auch ohne Reife-
zeugnis möglich sein. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß Bildungs-
lücken durch Sonderkurse an den Universitäten und Hochschulen mit
aller Dringlichkeit beseitigt werden. Für manche Fächer wird dazu
die Erweiterung der Fachkenntnisse, für andere wieder Verbreite-
rung der Allgemeinbildung notwendig sein.

II.

Die Zulassung zum Studium entscheidet der Finanzträger zusammen mit dem Rektor der Universität oder Hochschule auf Vorschlag einer Kommission, die vom Finanzträger an jeder Universität oder Hochschule zu bilden ist. Diese Kommission besteht aus einem Mitglied der vom Bewerber gewählten Fakultät, das vom Rektor der betreffenden Universität oder Hochschule vorgeschlagen und vom Finanzträger bestätigt wird, und drei Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die vom Finanzträger berufen werden, und von denen mindestens eine einen akademischen Grad haben soll.

III.

Antrag auf Zulassung zum Studium kann gestellt werden:

- 1.) für Studenten, die vor dem 1. Mai 1945 an einer Universität oder Lehranstalt mit Hochschulcharakter immatrikuliert waren, mit Ausnahme der unter IV genannten;
- 2.) für Personen, die im Besitz eines die Reife zum Hochschulstudium zuerkennenden Zeugnisses sind, mit Ausnahme der unter IV genannten;
- 3.) für Personen über 18 Jahre alt ohne Reifezeugnis, wenn es für die Heranbildung einer neuen, demokratischen Intelligenz geboten ist, der Antragsteller jedoch aus sozialen, politischen oder rassistischen Gründen nicht die Möglichkeit hatte, eine höhere Lehranstalt zu besuchen bzw. auf dem üblichen Wege ein Reifezeugnis zu erwerben. Der Antragsteller muß sich bei der unter II genannten Kommission einer Prüfung unterziehen, durch welche dessen allgemeine Befähigung und geistige Entwicklungsmöglichkeit ermittelt werden soll;
- 4.) von Personen ohne Reifezeugnis aufgrund erwiesener wissenschaftlicher Leistungen auf dem gewählten Studienggebiete. Die Beurteilung der Leistungen erfolgt durch die Fakultät.

IV.

Zum Studium an Universitäten und Hochschulen werden nicht zugelassen:

- 1.) Personen, welche der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehört haben, und darüber hinaus auch solche, welche sich aktiv für die Interessen der Nazipartei eingesetzt haben. Dies gilt jedoch nicht

- a) für diejenigen ehemaligen Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen, die wegen ihres politischen Verhaltens aus diesen Organisationen ausgeschlossen oder wegen ihrer politischen Haltung ihrer Freiheit beraubt oder unter Anklage gestellt worden sind oder die nachweisbar unter Einsatz ihrer Person am Kampf gegen den Nazismus teilgenommen haben;
- b) für lediglich nominelle Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen, die nach dem 1. Januar 1920 geboren sind, sofern sie jetzt bereits die Gewähr bieten, daß sie für den demokratischen Neuaufbau von Wert sind.

Die unter a) und b) genannten Ausnahmen können Antrag auf Zulassung zum Studium stellen, die in der Prüfungskommission gesondert zu behandeln sind.

2.) Personen, welche aktive oder Reserveoffiziere in Heer, Luftwaffe, Marine oder Polizei gewesen sind, mit Ausnahme derjenigen, die aktiv gegen den Nazismus gekämpft haben oder eine klare antifaschistische Haltung nachweisen können.

Da durch Zerstörungen während des Krieges die Kapazität der Universitäten und Hochschulen verkleinert ist, weniger Lehrkräfte und infolge der Armut des Landes vorerst nur geringe Finanzmittel zur Verfügung stehen und in Zukunft der Bedarf an studierten Kräften für viele Fächer geringer ist, sind der Anzahl der Studenten für die verschiedenen Fakultäten natürliche Grenzen gesetzt. Bei der Auswahl unter den Antragstellern soll sich die in II genannte Kommission in erster Linie von dem Grundsatz leiten lassen, daß die neuen Studenten den Grundstock für eine demokratische Intelligenz bilden müssen, und daß allen geeigneten Kräften aus dem Volke, die gemäß III/3 zum Studium zugelassen werden können, Vorzug gegeben wird.

V.

Die Universitäten und Hochschulen haben Sonderkurse allgemeinbildender und fachlicher Art einzurichten. Zur Durchführung dieser Kurse kann erforderlichenfalls auf das Lehrpersonal der höheren Schulen zurückgegriffen werden. Diesen Sonderkursen haben sich auch die Absolventen der höheren Schule, die im Besitz eines ordnungsgemäßen Reifezeugnisses sind, zu unterziehen, sofern es ihre akademischen Lehrer aufgrund der Beurteilung während des 1. Seme-

sters für nötig halten. Die Personen, welche ohne Reifezeugnis zugelassen werden, haben sich an diesen Kursen zu beteiligen mit Ausnahme der aufgrund III/4 zugelassenen Personen. Das Ergebnis dieses Besuches der Sonderkurse wird durch eine Prüfung festgestellt, von deren Erfolg die weitere Zulassung zum Studium abhängig gemacht wird.

VI.

Dem Studium an Universitäten und Hochschulen geht ein Kurs zur demokratischen Erziehung der Studenten voraus. Die Leitung und Durchführung solcher Kurse muß durch den Finanzträger genehmigt werden. Die Dauer des Kursus muß mindestens 20 Stunden betragen.

Quelle: Friedrich-Schiller-Universität Jena, Universitätsarchiv, BB 136

13. Verordnung des Präsidenten der Provinz Sachsen über Förderung antifaschistischer Werktätiger zur Vorbereitung des Universitätsstudiums (14. Dezember 1945)

1. Um bis zum Wirksamwerden der Einheitsschule durch die Schulreform begabten jungen Menschen aus sozial schlechtgestellten Schichten des Volkes die Möglichkeit zu geben, sich durch ein Universitätsstudium Voraussetzungen zu schaffen, einen ihren geistigen Fähigkeiten entsprechenden Beruf zu ergreifen, werden an der Universität Halle zwei Vorsemeister eingerichtet.

2. Zur Teilnahme an diesen Vorsemeestern kann sich jeder junge Mensch melden, der

- a) kein aktiver Nazi oder Militarist gewesen ist und bereits durch aktive Mitarbeit bei Jugendausschuß oder anderen antifaschistischen Organisationen gezeigt hat, daß er am Neuaufbau Deutschlands mithelfen will,
- b) eine ausreichende Allgemeinbildung nachweisen kann.

3. Die Entscheidung, wer an diesen Vorsemeestern teilnimmt, liegt bei einer Prüfungskommission, die sich zusammensetzt aus:

- a) dem Leiter der Universitätsabteilung in der Provinzialverwaltung,
- b) zwei Vertretern des Lehrkörpers der Universität,
- c) einem Gewerkschaftsvertreter,

d) einem Vertreter des Jugendausschusses der Provinz Sachsen.
Die Prüfungskommission wird vom Präsidenten der Provinz berufen.

4. Ziel der Vorsemerster ist es, den Teilnehmern einen Bildungsstand zu vermitteln, der der Abiturreife gleichwertig ist. Dies ist nach Abschluß der Semester durch eine Prüfung nachzuweisen, deren Bestehen zum Vollstudium an der Universität berechtigt. Bei Nichtbestehen kann nach einem weiteren Semester die Prüfung einmal wiederholt werden.

5. Unterhalts- und Studienkosten während der Vorsemerster wie auch während des Studiums werden aus einem Stipendienfonds bestritten, deren Mittel aufgebracht werden aus

- a) Etatmitteln der Provinzialverwaltung,
- b) Stipendien der Gewerkschaften und politischen Organisationen,
- c) Stipendien der Kreis-, Stadt- und Landgemeinden,
- d) Stipendien der Betriebe,
- e) Stipendien von Privatpersonen.

6. Es steht den Stiftern von Stipendien sowie den politischen Parteien, dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Jugendausschuß und den Volksbildungsämtern der Kreise und kreisfreien Städte offen, von sich aus Teilnehmer zu den Vorsemerstern namhaft zu machen. Die Entscheidung über die Zulassung dieser Teilnehmer liegt auch hier bei der Prüfungskommission.

Halle (Saale), den 14. Dezember 1945

Akt.Z.: Vb/5391/Va

Der Präsident der Provinz Sachsen

Hübener

Bruschke, Vizepräsident

In: Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen. - Halle (Saale)
2(1946-02-16) = 2; 3; 4; 5. - S. 31

14. Vorstudienausbildung für Arbeiterstudenten: Aus dem von einer Arbeitsgemeinschaft der Lehrer der Wirtschafts-Oberschule in Leipzig entworfenen Plan der Vorstudienausbildung für Arbeiterstudenten (Januar 1946)

... Bereits vor mehreren Monaten reichte unser Kollege Först Vorschläge ein, nach denen strebsame junge Leute in der Lage sein sollten, entweder durch eine Abendschule oder eine Fernschule neben ihrer beruflichen Tätigkeit die Jahre zwischen Volksschule und Hochschulreife zu überbrücken. Diese Pläne wurden grundsätzlich überall gebilligt, jedoch wurde (vom Volksbildungsamt in Leipzig - H.-J. L.) vorgeschlagen, sie zur Grundlage für die Vorbereitung zum Arbeiterstudium auszubauen...

Das Problem

Schon seit längerer Zeit können ganz hervorragend begabte Jugendliche auch ohne Hochschulreife-Prüfung auf der Hochschule aufgenommen werden. Um die Fälle hervorragender Begabung handelt es sich natürlich beim Problem der Arbeiterfakultät nicht. Es sind nur Ausnahmen, die auch heute noch Wege finden werden, sofort zur Universität zu kommen - diese hervorragend Begabten. Es handelt sich bei unseren Plänen um größere Gruppen von durchweg gut begabten Arbeitern und Arbeiterinnen, die möglichst schnell über eine Hochschule in die akademischen Berufe (z. B. Arzt, Fachlehrer, Jurist, Wirtschaftler usw.) kommen sollen...

Eine Meinungsverschiedenheit, ob überhaupt eine Vorausbildung notwendig ist oder nicht, gibt es heute kaum mehr. Die Frage ist aber:

1. welche allgemeine Vorbildung soll er erhalten?
2. wer soll ausbilden - die Schule oder Hochschule?
3. wie lange dauert das Vorstudium?
4. wie weit ist dabei auf das spätere Fach- oder Berufsgewerbe Rücksicht zu nehmen?
5. welche Arbeitszeiterleichterungen sollen ihm gewährt werden?
6. wer trägt die Kosten für den Lebensunterhalt der Schüler?
7. ist bereits während der Vorbildung eine Verbindung mit der künftigen Hochschule herzustellen?

Ist das Vorstudium zu kurz, so könnte es leicht dazu kommen, daß

das allgemeine Wissen so gering bleibt, daß der zukünftige Arbeiter-Wissenschaftler zu einer Art "Einspur-Akademiker" wird, der nirgendwo mitreden kann, soweit es sich nicht um sein eigentliches Fachgebiet handelt. Er wird leicht Minderwertigkeitsgefühle bekommen, was auf jeden Fall verhindert werden muß. Andererseits würde eine zu lange Vorbereitungszeit ihm Lust und Kraft zu seiner eigentlichen Aufgabe nehmen, ganz abgesehen von der vordringlichen politischen Forderung, die Arbeiter so schnell wie irgend möglich in die entsprechenden Berufe zu bringen.

Die Hochschulen können ungenügend vorgebildete Studenten nicht übernehmen, wenn sie nicht ihre geistige Höhe preisgeben wollen. Studenten an die Hochschulen heranzubringen ist Aufgabe der Schule...

Der beste Weg wäre wohl die Schaffung einer besonderen Abteilung im Rahmen der Volkshochschule. Diese Abteilung - der russischen Arbeiter-Fakultät vergleichbar - würde die zukünftigen Arbeiterstudenten vorschulen, mit dem Ziel, sie zu einer Hochschulreife zu bringen...

Wie wir bereits früher ausführten, muß die Ausbildungszeit - falls sie neben der (wenn auch verkürzten) Berufsarbeit erfolgen soll - mindestens 3 Jahre sein...

Ein Ausweg wäre nur, wenn für einen einmaligen besonderen Schnelllehrgang die Teilnehmer daran überhaupt von jeder beruflichen Arbeit entbunden werden. Sie würden dann ... ganztägig intensiv beschult...

Im einzelnen möchten wir vorschlagen:

1. Sonder-Lehrgang (Schnell-Vorbildung von Arbeiterstudenten).

Mitte Februar 1946 beginnt eine erste größere Gruppe von Arbeitern und Arbeiterinnen mit der Vorstudienausbildung. Die Teilnehmerzahl je Klasse ist auf 25 beschränkt. Wir schlagen vor, in Leipzig etwa 10 - 12 Parallelklassen gleichzeitig einzurichten, also sofort mit etwa 250 - 300 Schülern zu beginnen. Die Teilnehmer sind von den antifaschistischen Parteien und der Gewerkschaft sorgfältig auszuwählen und wirtschaftlich sicher zu stellen. Auf eine Aufnahmeprüfung wird verzichtet..., denn das ganze vorgeschlagene Vorsemester kann gleichzeitig als eine Art Prüfung angesehen werden...

Wir schlagen vor, diese erstmalige Sonderschulung wie folgt zu organisieren. Ab Mitte Februar 1946 wird ein Vorsemeester eingerichtet. Dies läuft etwa 16 Wochen. Der Lehrplan für dieses Einführungs-Halbjahr soll in erster Linie einen Ausgleich der verschiedenen Vorbedingungen schaffen und etwa vorhandene vordringliche Bildungslücken schließen...

Schluß dieses Vorsemeesters am 15. Juni 1946. Danach setzt die eigentliche Vorstudienausbildung ein... Nachdem der Arbeiterstudent sich spätestens in den letzten Wochen des Vorsemeesters entschieden hat, welches Fachgebiet er zukünftig einschlagen will, wird er für die eigentliche Vorstudienausbildung einer der vier Fach- und Berufsgruppen zugeteilt:

1. Sprachwissenschaft und Philosophie
2. Mathematik, Physik und Technik
3. Medizin, Biologie und Chemie
4. Volks- oder Betriebswirtschaftslehre, Soziologie und Politik.

... Die Arbeiterschüler lassen sich bereits mit Beginn des Sommersemesters 1946 immatrikulieren. Sie hören und hören auf der Universität, der Wirtschaftshochschule oder einer anderen Hochschule die jeweiligen 4 - 6stündigen Haupt-Einführungsvorlesungen ihrer Fachgebiete. Im Rahmen des Lehrplanes sind u. a. wöchentlich 4 Stunden Kolloquium angesetzt. Wir denken uns das so, daß hier der in der Hochschule gehörte Vorlesungsstoff fortlaufend nochmals durchgearbeitet wird, damit der Arbeiterstudent folgen kann und somit wirklich gleich von Anbeginn an wirklich ernstlichen Nutzen davon hat. Er wächst dadurch vor allem schnell und sicher in die Hochschule hinein, und es kann an eine Verkürzung des eigentlichen Studiums gedacht werden. Dies Kolloquium wird am besten von einem Hochschulassistenten geleitet...

2. Normal-Lehrgänge (Spätnachmittags-Schule, evtl. auch frühe Morgenstunden).

... Der Lehrplan für diese Vorstudienausbildung der Arbeiterstudenten ist auf 6 Halbjahre zugeschnitten. Im Gegensatz zu der Schnellausbildung bleibt der Schüler wenigstens vorerst beruflich tätig, wenn auch seine Arbeitsstunden um mindestens soviel gekürzt werden müssen, daß er durchschnittlich höchstens 6 Stunden

beruflich tätig ist. Es wäre zu erwägen, und wir halten es für sehr wünschenswert, daß auch dieser zukünftige Arbeiter-Wissenschaftler in den letzten zwei Semestern seiner 3jährigen Vorbildung bereits vollkommen von der Berufsarbeit befreit wird, und daß er wie die Teilnehmer an dem Schnell-Lehrgang schon die Möglichkeit hat, gleichzeitig neben der Schule in den letzten beiden Halbjahren die Hauptvorlesung seines Fachgebietes auf der Hochschule zu hören...

Quelle: Karl-Marx-Universität Leipzig, Universitätsarchiv,
ABF Nr. 1

15. Söhne und Töchter des werktätigen Volkes auf die Hochschulen!
Aus einem Artikel des 1. Vizepräsidenten der Landesverwaltung Sachsen zur Neueröffnung der Universität Leipzig (2. Februar 1946)

... In die Hörsäle der Universität Leipzig und in die der anderen Hochschulen des Landes Sachsen müssen Söhne und Töchter solcher Schichten einziehen, die auf Grund ihrer sozialen Herkunft und Lage fortschrittlich denken, die der Faschismus nicht angekränkelt hat und die nicht von Kindheit an im reaktionären Geiste oder gar im Standesdünkel erzogen wurden. Das sind die Söhne und Töchter der sächsischen Arbeiter, Bauern und Angestellten.

Unter den heutigen Verhältnissen aber stößt eine solche neue Studentenschaft auf bedeutende Schwierigkeiten. Einmal gibt es unter den 19- bis 20jährigen jungen Menschen aus diesen Kreisen nicht sehr viele, die die Reifeprüfung für das Hochschulstudium besitzen. Schon in den nächsten Wochen müssen deshalb bei der Universität Leipzig und bei den anderen zu eröffnenden Hochschulen Vorbereitungskurse eingerichtet werden, die diesen Arbeiterstudenten in sechsmonatiger angestrenzter Arbeit das notwendige Wissen und die wissenschaftliche Reife zum Studium an der Hochschule vermitteln...

Eine andere Schwierigkeit liegt auf wirtschaftlichem Gebiet. Viele dieser neuen Studenten können aus eigener Kraft nicht die Mittel aufbringen, die für ein 4- bis 5jähriges Studium notwendig sind. Der Staat ist heute noch nicht imstande, die Kosten für eine jahrelange Ausbildung tausender unbemittelter Jugendlicher

an den Hochschulen zu übernehmen...

Aber die Hochschulen brauchen frisches antifaschistisches Blut. Um hier nun die wirtschaftlichen Schranken zu überwinden, muß die praktische Volkssolidarität in Wirksamkeit treten, eine Volkssolidarität, die es den befähigten jungen Berg- und Fabrikarbeitern, den Söhnen und Töchtern von Kleinbauern, von Handwerkern und Angestellten ermöglicht, schon in den nächsten Wochen den halbjährigen Vorbereitungskursus an der Universität zu beziehen und sie dann für das 4- bis 5jährige Hochschulstudium wirtschaftlich freistellt...

Aus: Fischer, K.: Neues Leben an den Hochschulen. - In: Sächsische Volkszeitung. - Leipzig 2(1946-02-02) = 28

16. Arbeiter-Studenten auf die Universität! Aufruf der antifaschistisch-demokratischen Parteien und des FDGB, Bezirk Leipzig (2. Februar 1946)

Die demokratische Neuordnung Deutschlands macht auch eine Änderung der Zusammensetzung der jetzigen Studentenschaft nötig. Der Besuch der höheren Schule, die Möglichkeit zur wissenschaftlichen Arbeit war im wesentlichen ein Vorrecht des Besitzes. Wir wollen heute den bisher zurückgehaltenen Schichten die Möglichkeit geistiger Arbeit geben, um damit an der geistigen Führung des Staates auch die bisher ausgeschalteten beteiligen zu können.

Zwei Wege werden zur Universität führen.

1. Die Arbeiterfakultät, die neben dem Beginn des Universitätsstudiums das nötige geistige Wissen vermitteln wird.
2. Die Begabtenprüfung, die die allgemeine geistige Reife zum Besuch der Vorlesung feststellen soll.

Es sind an der Universität Leipzig bereits Kommissionen gebildet, die diese Prüfungen vornehmen sollen.

Jetzt kommt es darauf an, daß aus allen Betrieben, aus allen Werkstätten begabte junge Männer und Mädchen ausgesucht werden, die diesen neuen Weg beschreiten wollen.

Die Betriebe oder Einzelinteressenten melden die in Frage kommenden Adressen bei dem Volksbildungsamt der Stadt Leipzig unter dem Kennwort: Arbeiterstudium.

Tausende junge Arbeiter und Arbeiterinnen sollen aus ganz Sach-

sen neu zur Landesuniversität stoßen.

Spenden und Freistellen werden an das Volksbildungsamt der Stadt Leipzig gemeldet. Von jedem Arbeiterstudenten muß ein ausführlicher Lebenslauf vorliegen unter besonderer Berücksichtigung seiner politischen Vergangenheit, seiner Eltern und seiner Tätigkeit im Kriege.

Kommunistische Partei Deutschlands, Kreisleitung Leipzig
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand
Leipzig

Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreis Leipzig
Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, Bezirk Leipzig
Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Leipzig

In: Sächsische Volkszeitung. - Leipzig 2(1946-02-02) = 28

17. Kernpunkte des Programms zur Erneuerung der deutschen Kultur :
Aus der Rede Wilhelm Piecks auf der Ersten Zentralen Kultur-
tagung der KPD in Berlin (5. Februar 1946)

... Es sei mir gestattet, einige der wichtigsten Kernpunkte dieses Programms darzulegen, wobei die demokratische Schulreform einen besonders breiten Raum einnehmen wird.

Erstens: An die Spitze stellen wir die Forderung, daß der wissenschaftlichen Forschung und dem künstlerischen Schaffen unbedingte Freiheit und jede materielle Unterstützung zugesichert werden muß...

Drittens: Wir werden uns mit allen Kräften dafür einsetzen, daß die bisherige Fernhaltung der breiten Massen unseres Volkes von der kulturellen Betätigung und von dem Genuß der durch das kulturschöpferische Wirken erzeugten Werte beseitigt wird. Unser Volk hat ein Recht darauf, daß Kunst und Wissenschaft ihre bildenden Kräfte allen Gliedern unseres Volkes spenden. Schon Fichte und Pestalozzi hatten dafür gekämpft, daß mit dem Bildungsprivileg der sogenannten gehobenen Stände gebrochen wird. Fichte schrieb darüber: Bisher wurde "Bildung nur an die sehr geringe Minderzahl der eben daher gebildet genannten Stände gebracht, die große Mehrzahl aber, auf welcher das gemeine Wesen recht eigentlich

ruht, das Volk, wurde von der Erziehungskunst fast ganz vernachlässigt und dem blinden Ungefähr übergeben. Wir wollen durch die neue Erziehung die Deutschen zu einer Gesamtheit bilden, die in allen ihren einzelnen Gliedern getrieben und belebt sei durch dieselbe eine Angelegenheit."

Seither haben immer wieder die überragenden Dichter und Denker in unserem Volke die gleiche Forderung erhoben, die sich besonders die Führer und Vertreter der Arbeiterbewegung zu eigen gemacht haben. Der bekannte Pädagoge Robert Reißmann hat durchaus recht, wenn er erklärt: "Der stürmische Drang nach Aufklärung in unserer Arbeiterbevölkerung, die hohe, fast übertriebene Schätzung des Wissens in diesen Kreisen, das rührende Bemühen, sich oft unter den erschwerendsten Umständen weiterzubilden - das sind Zeugnisse für das unverwüstliche Freiheitsstreben des Menschengesistes, das auch das Sklaventum eines einseitigen, lähmenden Tagewerks nicht aufzuheben vermag."

Es wäre für unser Volk und besonders für seine Kultur besser gewesen, wenn die maßgebenden und herrschenden Kreise unseres Volkes von der gleichen Erkenntnis, die Reißmann hier bekundet, durchdrungen gewesen wären und die entsprechenden Folgerungen daraus gezogen hätten. Leider aber schlugen sie solche Stimmen in den Wind und pochten weiterhin und pochen heute noch auf ihr durch nichts zu rechtfertigendes Bildungsprivileg. Demgegenüber erklären wir, daß wir jetzt endlich auch auf diesem Gebiet ganze Arbeit leisten werden...

Viertens: Wir wissen, daß dieses Vorhaben nur dann Erfolg haben kann, wenn uns die bereits angedeutete Aufgabe, die Reform unseres Bildungswesens, gelingt...

Darum haben wir zusammen mit unserer Bruderpartei, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in unserem gemeinsamen Aufruf zur Schulreform vom Oktober vorigen Jahres folgendes Bildungsziel der Schule aufgestellt: "Die heranwachsende Generation des deutschen Volkes, berufen, die demokratische Erneuerung Deutschlands zu festigen und zu Ende zu führen, muß, frei von nazistischen und militaristischen Gedanken, in einem neuen Geiste, im Geiste einer kämpferischen Demokratie, der Freundschaft unter den friedliebenden Völkern, zum selbständigen, aufrechten, freiheitlichen und fortschrittlichen Denken und Handeln erzogen werden." ...

Als wichtigstes Mittel zur Durchführung dieser demokratischen Schulreform betrachten wir die Niederlegung der Bildungsschranken und die Schaffung gleicher Aufstiegsmöglichkeiten für alle Kinder. In der kommenden demokratischen Einheitsschule wird der Übergang von der Grundschule in die darauf aufbauende Mittelschule und die Zulassung zum Hochschulstudium künftig nicht mehr von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern abhängig sein, von deren gesellschaftlicher Stellung oder von der weltanschaulichen und konfessionellen Zugehörigkeit des betreffenden Schülers, sondern ausschließlich von dessen Begabung und Leistung...

Nur so haben wir die Gewähr, daß in den künftigen Schulen ein Geschlecht heranwächst, dem das Verständnis für die Aufbauarbeit erschlossen wird, die wir heute unter so großen Anstrengungen und Schwierigkeiten, Opfern und Entbehrungen durchführen und die es überhaupt erst ermöglicht, das Bildungswesen aufrechtzuerhalten.

Dann wird sich in diesen Schulen die Jugend für diese Aufbauarbeit begeistern und sich mit all den Wissensschätzen, Kenntnissen und Fertigkeiten ausrüsten, die erforderlich sind, um das von uns begonnene Werk fortzusetzen und zu vollenden...

In: Um die Erneuerung der deutschen Kultur : Erste Zentrale Kulturtagung der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 3. bis 5. Februar 1946. - Berlin : Verlag Neuer Weg, 1946. - S. 21 - 28

18. Demokratische Erneuerung des Hochschulwesens : Aus der Rede von Dr. Josef Naas auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der KPD in Berlin (4. Februar 1946)

... Und hier möchte ich zu den Grundzügen der Hochschulpolitik der Kommunistischen Partei einige Bemerkungen machen.

Ebenso wie für unsere Schule verlangen wir von der Universität eine demokratische Grundhaltung, und zwar in ihrer Einstellung zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen, in ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit und von den Professoren und den Studenten.

Im einzelnen verstehen wir darunter, daß die Universität zunächst einmal die Aufgaben löst, die ihr aus den gesellschaftlichen Bedürfnissen erwachsen: Lehrer, Richter, Ärzte, Forscher und Wissenschaftler ausbildet und erzieht, die auf ihren Gebieten

Köner sind und die ebenso sicher wie zuverlässig die demokratischen Interessen vertreten. Die Universität hat auch in den vergangenen Jahren die fachliche Berufsausbildung gepflegt, die wir jedoch heute nicht als ausreichend ansehen können; das hat Gründe gehabt, die innerhalb und außerhalb der Universität lagen. Heute müssen wir an die fachliche Ausbildung erhöhte Anforderungen stellen, damit wir den gegenwärtigen Tiefstand überwinden...

Wir hoffen, daß Wissenschaftler und Werktätige sich auf diesem Wege enger zueinander finden, und daß in naher Zukunft ein fester, dauerhafter Bund zustande kommt, der Bund der Werktätigen und der Intelligenz. In diesem Zusammenhang möchte ich noch betonen, daß in den Arbeiten der vergangenen Monate zur Wiedereröffnung der Universität Berlin gerade in den Kreisen der Universität die anfänglich reservierte Haltung mehr und mehr überwunden wurde und daß unter Führung des Rektors, Herrn Professor Dr. Stroux, ein fortschrittlicher Geist einzieht und immer weitere Kreise gewinnt. In diesem Bemühen wird die Universität auf die volle Unterstützung durch die Kommunistische Partei rechnen können.

Dieser fortschrittliche Geist in den Kreisen unserer Professoren hat auch schon bei dem Bemühen seine Früchte getragen, der Universität neue Studenten aus den werktätigen, sozial und politisch benachteiligten Schichten zuzuführen. Die Universität hat weithin volles Verständnis für diese Notwendigkeit gezeigt. Es muß andererseits auch ausgesprochen werden, daß manche Professoren immer wieder Gelegenheit gesucht haben, um diesen Schritt, die begabten Arbeiterkinder zur Universität zu führen, zu erschweren oder zu verhindern. Aber diese Schwierigkeiten werden uns nicht schwach machen und uns nicht abschrecken, diese große Aufgabe zu einer endgültigen Lösung zu bringen.

Von unseren heutigen Studenten erwarten wir, daß sie von sich aus alles tun, um uns in dieser Aufgabe zu unterstützen. Die beste Unterstützung erblicken wir darin, wenn sie mit Eifer und Ernst ihr Studium betreiben, damit in Zukunft der Student wieder die Kenntnisse und Fähigkeiten besitzt, die draußen im Leben von ihm gefordert werden. Dazu gehört allerdings auch eine überzeugt positive Haltung zu den heutigen demokratischen Bestrebungen...

Im Rahmen der Neugestaltung unserer Hochschulen sind in den vergangenen Monaten Stimmen laut geworden, die die Errichtung eigener

Hochschulen für die Werktätigen forderten. Man wünschte eine Arbeiteruniversität, eine Akademie der Arbeit, ein Arbeitertheater. Wir Kommunisten sind der Ansicht, daß die Arbeiterschaft für sich und ihre Kinder keine Sonderinstitutionen braucht, sondern die Tore unserer Universitäten, Hochschulen und Theater sich ihnen heute weit öffnen müssen, daß sie ihr natürliches Recht auf Bildung, das eine der primären Forderungen unseres Volkes sein muß, in den normalen, allgemeinen Institutionen erfüllt finden...

In: Um die Erneuerung der deutschen Kultur : Erste Zentrale Kulturtagung der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 3. bis 5. Februar 1946. - Berlin : Verlag Neuer Weg, 1946. - S. 65 - 68

19. Demokratische Erneuerung der Studentenschaft : Aus der Diskussionsrede Oskar Hausers auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der KPD in Berlin (5. Februar 1946)

... Auf der einen Seite haben es sich die studentischen Arbeitsgemeinschaften im Jugendausschuß zur Aufgabe gemacht, die geistige Erneuerung der studierenden Jugend mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern, auf der anderen Seite sind die werktätigen Schichten unseres Volkes innerhalb der Studentenschaft durch die Zulassung von Nichtabiturienten zu den Hochschulen und Universitäten und durch ein weitgehendes Stipendienwesen heute stärker vertreten. Diesen Nichtabiturienten wird auch durch Förderkurse, die im Rahmen der Hochschule eingerichtet worden sind, geholfen.

Trotzdem zeigt die Zusammensetzung der Studierenden auch heute noch kein wahres Spiegelbild der sozialen Struktur unseres Volkes. Dabei muß beachtet werden, daß trotz des zweifelhaften Wertes des Abiturs der letzten Jahre das Hochschulstudium für jeden, der nicht die Höhere Schule absolviert hat, eine ungemein hohe Belastung bedeutet. Die verhältnismäßig wenigen Meldungen von Nichtabiturienten zum kommenden Semesterbeginn der Berliner Universität zeigen klar, daß viele junge Menschen, die bestimmt nicht weniger begabt sind als andere, doch vor den erhöhten Anforderungen zurückschrecken. Erst wenn die ersten Abiturienten der neu zu schaffenden Einheitsschule an die Hochschulen kommen werden, wird jenes Prinzip, das uns als Ziel vorschwebt, daß einzig und allein die Begabung den Ausschlag für den Hochschulbesuch gibt, restlos durchgeführt werden können.

Bis dahin werden noch einige Jahre vergehen. Erlauben Sie mir deshalb, im Namen der hier anwesenden Studenten Ihnen einen Vorschlag zu unterbreiten. Wir haben ihn in den Rahmen einer Resolution gekleidet, die folgenden Wortlaut hat:

Die Einheitsschule wird in Zukunft allen Angehörigen unseres Volkes eine umfassende Bildung vermitteln und besonders Begabten den Besuch einer Hochschule ermöglichen.

In der Zwischenzeit muß eine Lösung gefunden werden, um an der Universität und den Hochschulen das werktätige Element zu verstärken.

Eine dieser Zwischenlösungen ist die Zulassung von Nichtabiturienten.

Trotzdem gibt die Zusammensetzung der Studierenden auch heute noch kein wahres Abbild von der sozialen Struktur unseres Volkes.

Deshalb schlagen wir vor:

1. Besonders begabte 16- bis 18jährige Jugendliche mit Volksschulbildung in einem ein- bis zweijährigen Lehrgang mit abschließendem Examen auf das Universitäts- und Hochschulstudium vorzubereiten.
2. Für Jugendliche von 18 Jahren an eine halbjährige Ausbildung, die sie besonders auf jene Fachrichtung vorbereitet, welche sie nachher an der Universität oder Hochschule studieren wollen. Diesen Jugendlichen soll im Rahmen der Förderkurse an der Universität bzw. den Hochschulen dann die Möglichkeit gegeben werden, eventuell noch vorhandene Bildungslücken zu schließen. Für diese beiden Kategorien von Schülern muß, soweit es ihre finanzielle Lage erfordert, sowohl der kostenlose Besuch der Schule ermöglicht als auch Stipendien zur Verfügung gestellt werden.

In Stadt und Land müssen sich die Jugendausschüsse, die Gewerkschaften und die antifaschistisch-demokratischen Parteien voll und ganz dafür einsetzen, solche begabten Jugendlichen ausfindig zu machen, die für den Besuch dieser Schulen in Frage kommen.

In: Um die Erneuerung der deutschen Kultur : Erste Zentrale Kulturtagung der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 3. bis 5. Februar 1946. - Berlin : Verlag Neuer Weg, 1946. - S. 108/109

20. Kraftquellen kultureller Aufbauarbeit : Aus der Diskussionsrede Paul Wandels auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der KPD in Berlin (5. Februar 1946)

... Wir wissen, daß die neue Kultur nur durch neue Menschen geschaffen werden kann. Das bedeutet keineswegs - das möchte ich vom Standpunkt unserer Partei aus kategorisch erklären - eine Ignorierung der alten Kräfte der Intelligenz. Dazu werde ich später noch etwas sagen. Aber auch sie müssen umlernen, sie müssen in diesem Sinne eine neue Intelligenz werden. Es ist aber zweifellos, daß wir diese große kulturelle Aufbauarbeit vorwiegend mit neuen Kräften schaffen; denn die Aufgaben sind zu gewaltig, und es ist kein Prozeß von Tagen und Monaten, sondern von vielen Jahren. Hier gibt es zwei Kraftquellen, die bisher nicht erschlossen sind. Zuerst unser schaffendes Volk! Dazu will ich nicht viel sagen, denn es gibt programmatische Erklärungen und auch schon einige praktische Schritte, die eine Garantie dafür schaffen, daß jetzt aus den Tiefen unseres Volkes, der Arbeiter, der Bauern, des Mittelstandes, der Handwerker, sich ein neuer Kraftstrom in die Intelligenz ergießt.

Die zweite Kraftquelle ist die Jugend. Wiederholt wurde uns die Bedeutung dieser Frage schon vor Augen geführt. Ich möchte hier nur eins betonen: es handelt sich nicht so sehr darum, daß die Jugend Objekt unserer kulturellen Erziehung ist, sondern daß sie wirklich mit ganzer Kraft das Neue mitgestaltet als die Kraft, die den Zusammenbruch und Umbruch am tiefsten erlebt. Ich möchte hier allerdings sagen: Wir wollen die Jugend weder täglich anklagen, wir werben aber auch nicht um sie, indem wir ihr schmeicheln. Wir wollen ihr helfen, damit sie den Platz einnehmen kann, der ihr zusteht, auch in der schöpferischen Gestaltung auf allen Gebieten der Kunst...

In: Um die Erneuerung der deutschen Kultur : Erste Zentrale Kulturtagung der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 3. bis 5. Februar 1946. - Berlin : Verlag Neuer Weg, 1946. - S. 121/122

21. Zulassung hervorragend befähigter Arbeiter zum Studium : Aus der Diskussionsrede Gerhard Ellrodts auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der KPD in Berlin (5. Februar 1946)

Gestatten Sie mir ... ein Wort zum Arbeiterstudium! Wir fordern dieses Arbeiterstudium nicht nur, um damit einen Akt der Gerechtigkeit zu vollziehen, weil der Arbeiter bisher vom Bildungsprivileg der herrschenden Klasse, vom Studium ausgeschlossen war. Wir fordern das Studium der Arbeiter vielmehr deshalb, weil wir der Meinung sind, daß Angehörige der Arbeiterklasse in die Intelligenz unseres Volkes gehören, erstens, weil wir alle begabten Kräfte brauchen, und zweitens, weil damit Angehörige derjenigen Klasse maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung aller Dinge bekommen, die durch ihren Aufstieg die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt...

Gegen das sofortige Arbeiterstudium ohne vorhergehende Ausbildung, ohne Abitur werden verschiedene Einwände geltend gemacht, unter anderem, daß eben die Vorbildung zu gering sei, daß damit die Gefahr bestehe, daß das Niveau unserer Universitäten absinke. Ich glaube aber, gerade heute ist der günstigste Zeitpunkt dafür, daß wirklich intelligente junge Arbeiter auch ohne die genannten Voraussetzungen die Universität besuchen. Denn es ist wohl die Feststellung erlaubt, daß gerade das Niveau derjenigen Studenten, die durch die Höhere Schule gegangen sind, niemals so niedrig war wie heute, erstens infolge der Verachtung alles Geistigen und der Bildung durch den Nazismus, zweitens deshalb, weil ein großer Teil der Studenten nur ein Notabitur gemacht hat oder weil zwischen Abitur und Aufnahme des Hochschulstudiums mehrere Jahre Krieg liegen. Natürlich soll das kein Zustand von Dauer sein und werden. Wir werden wieder zu einer ordnungsmäßigen Vorbildung für das Universitätsstudium kommen. Aber jetzt ist es ohne weiteres möglich, daß Arbeiter sofort mit dem Studium beginnen, daneben dann das, was ihnen an Vorwissen fehlt, nachholen, und daß andere vielleicht in Halbjahreskursen zum nächsten Semesterbeginn vorgebildet werden.

In: Um die Erneuerung der deutschen Kultur : Erste Zentrale Kulturtagung der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 3. bis 5. Februar 1946. - Berlin : Verlag Neuer Weg, 1946. - S. 151

22. Die besten Jungarbeiter auf die Hochschulen! Aus den Beschlüssen der ersten Delegiertenkonferenz des FDGB für die sowjetische Besatzungszone in Berlin (11. Februar 1946)

... Der FDGB hat im Rahmen der demokratischen Erneuerung Deutschlands eine große Verantwortung gegenüber der werktätigen Jugend. Noch mehr als bisher müssen wir das Gesicht der Jugend zuwenden. Ihre Seele war vergiftet mit den verderblichen Irrlehren des Nationalsozialismus. Sie steht zum größten Teil ohne Ideale da.

Unsere Aufgabe muß es sein, der werktätigen Jugend neue Ideale zu geben, an deren Verwirklichung sie mit Begeisterung arbeitet.

I. Beim Wiederaufbau der Heimat, bei der Verbesserung der Lebenshaltung unseres Volkes kommt der werktätigen Jugend entscheidende Bedeutung zu. Die Durchführung der gewaltigen Aufgaben, die heute vor den Gewerkschaften stehen, ist nur unter stärkster Anteilnahme der werktätigen Jugend möglich. Deshalb muß unsere Sorge sein, der werktätigen Jugend Arbeit und eine gründliche Berufsausbildung zu geben sowie die besten Jungarbeiter auf Schulen und Hochschulen zu schicken, um fähige Betriebsleiter, Ingenieure usw. zu erhalten.

Die Opfer, Entbehrungen und Anstrengungen der Jungarbeiter werden im Interesse ihrer Zukunft gebracht. Sie dürfen nicht dem Gewinnstreben kapitalistischer Unternehmer zugute kommen, sondern müssen dem Aufbau der neuen Wirtschaft dienen.

Die Jungarbeiter erwarten von den Gewerkschaften die Hilfe und Unterstützung bei der Wahrnehmung ihrer besonderen wirtschaftlichen und sozialen Interessen...

In: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1: Mai 1945 bis April 1946. - Berlin: Dietz Verlag, 1959. - S. 496, 497

23. Verordnung über die Errichtung von Vorbereitungskursen für das Studium an den Hochschulen (12. Februar 1946)

§ 1

In den Städten Chemnitz, Dresden, Görlitz, Leipzig, Plauen und Zwickau sind Vorbereitungskurse für das Studium an den Hochschulen einzurichten.

§ 2

Mit der Durchführung dieser Kurse werden die Volksbildungsämter der genannten Städte beauftragt. Sie erhalten ihre Anweisungen von der Landesverwaltung - Ressort Volksbildung, Abteilung Schulwesen -.

§ 3

Die Kurse beginnen am 1. März 1946 und enden am 30. September 1946.

§ 4

(1) Zu den Kursen sind Teilnehmer aus den werktätigen Schichten zuzulassen, die von einer der demokratischen Parteien, den Gewerkschaften, Jugend- und Frauenausschüssen vorgeschlagen werden.

(2) Nicht zuzulassen sind ehemalige Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen, HJ-Führer und Offiziere.

§ 5

Ober die Zulassung zu den Kursen entscheidet eine Kommission, die von den Leitern der Volksbildungsämter der genannten Städte berufen wird.

§ 6

Die Kurssteilnehmer verbleiben im Produktionsprozeß, jedoch haben die Betriebe ihnen jede Erleichterung zum Besuche der Kurse zu gewähren. Die Arbeitszeit im Betrieb soll 30 Stunden wöchentlich nicht überschreiten.

§ 7

An Unterrichtsfächern sind für die Kurse vorgesehen:

- a) Deutsch (Literatur, Grammatik)
- b) Mathematik
- c) Physik und Chemie
- d) eine Fremdsprache (Russisch, Englisch oder Französisch)

§ 8

Die Kurse schließen mit einer Prüfung ab, deren Bestehen zum Hochschulstudium berechtigt.

§ 9

Die Durchführungsbestimmungen erläßt die Landesverwaltung
- Ressort Volksbildung, Abteilung Schulwesen -.
- Präs. 3 A I 1514/46 -

Landesverwaltung Sachsen

Der Präsident

Volksbildung

Dr. h. c. Friedrichs

K. Fischer, Erster Vizepräsident

In: Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen, veröffentlicht durch die Landesverwaltung Sachsen. - Dresden 2(1946-02-26).- S. 3

24. Arbeiter auf die Universität : Aufruf der antifaschistisch-demokratischen Parteien und des FDGB, Bezirk Leipzig - Plakat/
Merkblatt (Ende Februar 1946)

Die demokratische Neuordnung Deutschlands macht auch eine Änderung der Zusammensetzung der jetzigen Studentenschaft nötig. Der Besuch der höheren Schule, die Möglichkeit zur wissenschaftlichen Arbeit war praktisch ein Vorrecht des Besitzes. Wir wollen heute den bisher zurückgehaltenen Schichten die Möglichkeit geistiger Arbeit geben, um damit an der geistigen Führung des Staates auch die bisher ausgeschalteten beteiligen zu können.

Zwei Wege werden zur Universität führen:

1. Die Begabtenprüfung, die die allgemeine geistige Reife zum Besuch der Vorlesung feststellt.
2. Die Arbeiterfakultät, die dem künftigen Arbeiterstudenten die notwendigen Kenntnisse vermittelt und ihn so an das eigentliche Studium heranzuführt.

Es sind in der Universität bereits Kommissionen gebildet, die diese Prüfungen vornehmen sollen.

Jetzt kommt es darauf an, daß aus allen Betrieben, aus allen Werkstätten begabte junge Männer und Mädchen ausgesucht werden, die diesen neuen Weg benutzen wollen.

Studium und Lebensunterhalt werden von den Betrieben, Stadt und Staat gemeinsam getragen.

Die Betriebe oder Einzelinteressenten werden aufgefordert, die in Frage kommenden Adressen bei dem Volksbildungsamt der Stadt

Leipzig und der Universität unter dem Kennwort:

"Arbeiter auf die Universität" anzugeben.

Möglichst viele junge Arbeiter oder Arbeiterinnen sollen aus ganz Sachsen neu zur Landesuniversität stoßen.

Spenden und Freistellen werden an das Volksbildungsamt der Stadt Leipzig erbeten. Von jedem Arbeiterstudenten muß ein ausführlicher Lebenslauf vorliegen unter besonderer Berücksichtigung seiner politischen Vergangenheit, der Herkunft seiner Eltern und seiner Tätigkeit im Kriege.

Kommunistische Partei Deutschlands,
Kreisleitung Leipzig
Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Bezirksvorstand Leipzig
Christlich-Demokratische Union Deutschlands,
Bezirk Leipzig
Liberal-Demokratische Partei Deutschlands,
Kreis Leipzig
Freier Deutscher Gewerkschaftsbund,
Bezirk Leipzig

Arbeiter! Studiert vor allem
Volkswirtschaft und Jura!

Quelle: Karl-Marx-Universität Leipzig, Universitätsarchiv,
Plakatsammlung E, Nr. 327

25. Bildungsstufe der im Wintersemester 1945/46 an der Berliner Universität immatrikulierten außerordentlichen Hörer
(25. März 1946)

Fakultät bzw. Fachschaft	Volksschule	Mittlere Reife	Reifevermerk
Jura	14	20	54
Staatswissenschaft	11	7	20
Veterinärmedizin	3	3	44
Landwirtschaft	7	2	25
Medizin	21	24	105
Zahnmedizin	-	2	13
Philosophie	22	42	58
Mathematik/Naturwissenschaften	13	20	54
Theologie	-	1	8
Insgesamt	91	121	381

Quelle: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Verwaltungsarchiv, Nr. 2128/2

26. Die Hörer der Vorstudien­schule der Friedrich-Schiller-Universität Jena am Ende des Wintersemesters 1945/46 : Aus einem Bericht des Universitätsamtes (5. April 1946)

I. Bis zum Abschluß des Wintersemesters 45/46 sind auf Grund des Colloquiums 36 ehemalige Volks-, Berufs- und Fachschüler zur Vorstudien­schule zugelassen worden und haben dort am Unterricht teilgenommen.

Diese echten Vorstudien­schüler sind verteilt auf 2 Klassen. Klasse I umfaßt solche Schüler, die nur Volks- und Berufsschule besucht haben, ohne fremdsprachliche Kenntnisse, Klasse II solche, die fremdsprachliche und mathematische Vorkenntnisse haben.

Klasse I umfaßt 23 Schüler,
Klasse II umfaßt 13 Schüler.

II. Von diesen 36 echten Vorstudenschülern haben sich 19 gleichzeitig immatrikulieren lassen und an der Universität Vorlesungen ihrer Fachrichtung gehört.

III. Mit Reifevermerk haben an der Vorbereitung zum Abitur 246, mit Vorsementervermerk 17 Schüler teilgenommen, zusammen 263. Davon hat der weitaus größte Teil in diesen Tagen das Abitur gemacht und hat damit die Ausbildung an der Vorstudenschule beendet...

Die Vorstudenschüler mit Reifevermerk und Vorsementervermerk waren, von geringen Ausnahmen abgesehen, bereits an der Universität immatrikuliert und haben ein Semester ihrer Fachrichtung absolviert...

Quelle: Friedrich-Schiller-Universität Jena, Universitätsarchiv, BB 025

27. Status der Studenten des Vorsementers in Halle : Schreiben des Präsidenten der Provinz Sachsen an den Rektor der Martin-Luther-Universität Halle (12. April 1946)

Um aufgetretene Mißverständnisse zu klären, wird darauf hingewiesen, daß die nach der obigen Verordnung (Verordnung des Präsidenten der Provinz Sachsen vom 14. Dezember 1945 - H.-J. L.) zu den Vorsementern Einberufenen den ordentlichen Studierenden in allen Rechten und Pflichten gleichgestellt sind.

So ist ihnen insbesondere, wie den übrigen Studenten, der Studen-tenausweis auszustellen.

Der Leiter der Vorsementer ist angewiesen, sich mit Ihnen zwecks Zuteilung von Unterrichtsräumen in Verbindung zu setzen.

Quelle: Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Universitätsarchiv, Rep. 4, Nr. 1156

28. Errichtung einer Vorstudienanstalt für Berlin und die Provinz Brandenburg : Presseinformation: Vorbereitungskurse zum Hochschulstudium (16. April 1946)

Die Deutsche Verwaltung für Volksbildung richtet mit dem Magistrat der Stadt Berlin für Berlin und die Provinz Brandenburg Vorbereitungskurse zum Hochschulstudium ein. In ihnen sollen begabte junge Menschen vorwiegend im Alter von 16 - 26 Jahren, die bisher trotz Eignung aus sozialen, politischen oder rassistischen Gründen keine zum Studium ausreichende Vorbildung erhalten konnten, bis zur Hochschulreife ausgebildet werden. Bewerbungen sind bis zum 1. Mai möglichst über die antifaschistischen Parteien, den FDGB, die Jugendausschüsse oder den Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands zu leiten oder direkt dem Referat für Studentenangelegenheiten (der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung - H.-J. L.) einzureichen.

Vorbereitungskurse zum Hochschulstudium. - In: Kleine Berliner Chronik. - Berliner Zeitung. - Berlin 2(1946-04-16) = 89, S. 2

29. Öffnung der Hochschulen für die Befähigten aus allen Volksschichten : Aus den Grundsätzen und Zielen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, angenommen auf dem Vereinigungsparteitag von KPD und SPD, 21./22. April 1946 in Berlin (21. April 1946)

... Die Arbeiterklasse allein hat ein großes geschichtliches Ziel: den Sozialismus. Ihr gehört daher im Bunde mit den Werktätigen die Zukunft.

Die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit lehren, daß die Arbeiterklasse nur dann die Führung im Aufbau der neuen, freien, unteilbaren deutschen Republik haben wird und zur Umgestaltung der gesamten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Beziehungen, zum Aufbau des Sozialismus nur schreiten kann, wenn sie die Spaltung in ihren eigenen Reihen überwindet, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands schafft und das ganze werktätige Volk um sich sammelt.

Die Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands ist daher das unaufschiebbare Gebot der Stunde!

Von diesen Erwägungen ausgehend, wird die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auf dem Boden folgender Grundsätze und Ziele gebildet:

I. Gegenwartsforderungen

...

11. Demokratische Reform des gesamten Bildungs- und Erziehungswesens. Aufbau der Einheitsschule. Erziehung der Jugend im Geiste einer fortschrittlichen Demokratie, der Freundschaft unter den Völkern und einer wahren Humanität. Jeder Deutsche hat das Anrecht auf Bildung nach seinen Anlagen und Fähigkeiten. Trennung der Kirche von Staat und Schule. Kulturelle Erneuerung Deutschlands; Förderung von Literatur, Kunst und Wissenschaft...

In: Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 2 : 1945 - 1971. - Berlin : Dietz Verlag, 1986. - S. 33 - 35

30. Arbeitsstatut für den Landesausschuß zur Förderung des Arbeiterstudiums des Landes Sachsen (2. Mai 1946)

A. Arbeitsgebiete:

- 1.) Die Kommission behandelt alle Fragen der Mittelbeschaffung, der Planung und Durchführung der Werbemaßnahmen für den Studienfonds
- 2.) Sie entscheidet über die Vergebung der Mittel aus dem Studienfonds
- 3.) Ihr unterliegt die politische und fachliche Betreuung aller aus dem Fonds unterstützter Studenten, Teilnehmer an den Vorbereitungskursen und Schüler
- 4.) Sie führt die politische und fachliche Prüfung der Bewerber für die studentischen Vorbereitungskurse durch und beschließt über die Zulassung.

B. Arbeitsweise:

- 1.) Die Kommission wird einberufen und geleitet durch den Vertreter des FDGB,
- 2.) Beschlüsse werden durch Stimmenmehrheit gefaßt,
- 3.) Die Kommission kann sich, wenn nötig, zur Durchführung ihrer Arbeiten der Bezirksausschüsse bedienen; sie kann Fachvertreter zur Beratung heranziehen.

- Anträge auf Studienunterstützung sind an die Bezirkskommissionen zu stellen und von diesen zu prüfen und zu bearbeiten. Zur Beschlußfassung sind sie der Landeskommission vorzulegen,
- 4.) Mit der Durchführung der Arbeiten können einzelne Mitglieder betraut werden. Zur intensiveren Arbeitsweise kann eine engere Kommission gebildet werden. Beschlüsse können allein von der gesamten Kommission gefaßt werden,
 - 5.) Die Kommission kann sich zur Durchführung ihrer Arbeiten auch bestehender sozialer Einrichtungen der allgemeinen Studentenschaft, z. B. des Studentenwerkes und der Studentenausschüsse bedienen,
 - 6.) Die Kommission zieht beratend für die politische und fachliche Betreuung die politischen Vertreter der Studenten und bei den Vorbereitungskursen die bei diesen eingerichteten Hörerräte hinzu,
 - 7.) Mit der technischen Durchführung der Beschlüsse und mit den laufenden technischen Arbeiten sind der Vertreter der Landesverwaltung Sachsen beim Landesausschuß und die Vertreter der städtischen Volksbildungsämter bei den Bezirksausschüssen beauftragt.

Quelle: Staatsarchiv Dresden, Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Nr. 1362, Bl. 350

31. Vorbereitung der 2. Vorbereitungskurse für das Hochschulstudium im Lande Sachsen : Aus dem Protokoll einer Beratung der Leiter der Vorbereitungskurse bei der Landesverwaltung Sachsen
(23. Mai 1946)

... Bei dem Lehrplanentwurf für den 2. Vorbereitungskurses sind gewisse Änderungen vorzunehmen. Die Frage der zeitlichen Abgrenzung ist wichtig. Wir müssen fragen, kommen wir mit 7 Monaten aus? Stofflich sind wir festgelegt, es muß ein gewisses Maß von Wissen vermittelt werden. Wir können die Leute aus dem Produktionsprozeß herausnehmen. Ist damit die Möglichkeit gegeben, daß sie zeitlich das Bildungsziel erreichen? Sicher wird durch Freistellung von der Arbeit eine vertiefende Wirkung erreicht.

Wir müssen auch die Frage der Spezialisierung stellen. Durch Kräftekonzentration spart man Kräfte. Soll man die Kurse aber in einen

sprachlichen und einen naturwissenschaftlichen Zug trennen? Wenn man die Ausbildung auf verwandte Fächer konzentriert, spart man auch Kräfte.

Herr Dr. Braunschweig (Leiter des Vorbereitungskurses in Görlitz - H.-J. L.) sagt, daß man versuchen muß, im 2. Vorbereitungskursus ein höheres Niveau zu erreichen.

Herr Vorbeck (Stadtschulrat in Zwickau - H.-J. L.) fragt, ob die Arbeiterstudenten an der Hochschule an einem Vorbereitungssemester teilnehmen müssen. Herr Häntzsche (Leiter des Referates Arbeiterstudium bei der Landesverwaltung Sachsen - H.-J. L.) verneint dies, die Studenten beginnen sofort mit dem Studium. Herr Vorbeck und Herr Dr. Schaller (Leiter des Vorbereitungskurses in Leipzig - H.-J. L.) sind der Ansicht, daß ein sprachlicher Zug eine Belastung bedeutet. Man muß fragen, was die Leute studieren wollen. Sie wollen entweder Naturwissenschaft oder Jura und Volkswirtschaft studieren. Deshalb soll man einen wirtschaftswissenschaftlichen und einen naturwissenschaftlichen Zug einrichten...

Herr Dr. Döge (Dozent beim Vorbereitungskursus in Dresden - H.-J. L.) ist der Ansicht, daß die Freistellung von der Arbeit unbedingt nötig ist. Von großem Vorteil wäre es auch, wenn eine Verlängerung des Kurses auf ein Jahr erfolgen würde. Dadurch träte dann auch eine Unterbrechung durch Ferien ein, denn das fortwährende angestregte Arbeiten in 7 Monaten ist kaum durchzuhalten.

Herr Kirsten (Leiter des Vorbereitungskurses in Chemnitz - H.-J. L.) spricht gegen die Herausnahme der Schüler aus dem Arbeitsverhältnis...

Herr Vorbeck berichtet, daß die Freistellung von der Arbeit in Zwickau konsequent abgelehnt würde. Allerdings ist die Verlängerung des Kurses nötig...

Herr Dr. Braunschweig schließt sich diesen Ausführungen an...

Herr Dr. Schaller sagt, daß Leipzig auf dem entgegengesetzten Standpunkt stünde, und zwar von Anfang an. Von 250 Teilnehmern arbeiten in Leipzig nur noch etwa 20. Alle anderen sind aus schulischen Gründen vom Betrieb völlig freigestellt. Leipzig sieht eine politische Notwendigkeit darin, möglichst schnell viele Arbeiterstudenten auf die Universität zu bringen, deshalb die Beschränkung auf 7 Monate, deshalb aber auch die Freistellung von der Arbeit...

Es wird festgestellt, daß die Kommission sich bis auf Leipzig einig ist, vorzuschlagen, die Kurssteilnehmer im Arbeitsprozeß zu belassen, die Arbeitszeit soll auf 20 - 24 Stunden begrenzt werden. Die Kursdauer soll 11 Monate betragen...

Eine Teilung der Ausbildung in einen wirtschaftswissenschaftlichen und einen naturwissenschaftlichen Zug muß eintreten...

Quelle: Karl-Marx-Universität Leipzig, Universitätsarchiv,
ABF Nr. 1

32. Für einen demokratischen Geist an der Universität - gegen Angriffe auf das Studium der Arbeiter und Bauern : Appell des Rektors der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Prof. Dr. F. Zucker, an die Studenten - Aushang in der Universität und in den Instituten⁺ (27. Mai 1946)

Kommilitoninnen! Kommilitonen!

Unabdingbare Voraussetzung aller akademischen Zusammenarbeit ist, daß alle Studierenden, ob mehr oder weniger fortgeschritten in Wissen und Können, sich gegenseitig als gleichberechtigt und gleichstehend anerkennen und sich demgemäß im Umgang zu einander verhalten. Es ist nicht neu, daß Studium ohne Reifezeugnis einer höheren Schule unter Durchführung eines von der vorgesetzten Behörde geregelten Zulassungsverfahrens möglich ist; neu ist, daß dies jetzt einer weit größeren Zahl als bisher ermöglicht wird, und zwar unter Auferlegung einer bis zu 2 Jahren ausgedehnten Vorbereitung zur Ergänzung der Kenntnisse und Anbahnung wissenschaftlichen Verständnisses.

Mit allem Ernst und allem Nachdruck fordere ich Sie auf, denen, die sich mühevoll in die Voraussetzungen wissenschaftlichen Studiums einarbeiten und in das ganze akademische Wesen hineinfinden müssen, im vorbezeichneten Sinn mit umso größerer Rücksicht

+ Mit Beginn des Sommersemesters 1946 hatten mehr als 200 Werk-tätige, die aus den pädagogischen Fachschulen (Neulehrerkurse) des Landes Thüringen für ein Universitätsstudium ausgewählt worden waren, das Studium und die Ausbildung an der Vorstudien-schule der Universität aufgenommen. Dies war für reaktionäre Kräfte innerhalb der Studentenschaft Anlaß für verstärkte Angriffe gegen das Arbeiter- und Bauernstudium. H.-J. L.

zu begegnen. Diese Aufforderung ist weit mehr als eine Wiederholung meiner in der allgemeinen Universitätsversammlung an Sie gerichteten Bitte, mich in der schweren Aufgabe der Universitätsführung zu unterstützen. Sie verlangt die entscheidende Mithilfe - ich sage: die entscheidende Mithilfe - an der endlichen Herstellung der wirklichen Einheit unseres Volkes, sie verlangt die Erfüllung erster nationaler Pflicht.

Quelle: Friedrich-Schiller-Universität Jena, Universitätsarchiv, BB 136

33. Das Recht auf Bildung : Aus den Grundrechten der jungen Generation, beschlossen vom I. Parlament der FDJ in Brandenburg, 8. - 10. Juni 1946

... Das demokratische Recht auf Bildung wird garantiert durch den unentgeltlichen Besuch und die Gewährung von ausreichenden Stipendien für Minderbemittelte an Mittel-, Fach- und Hochschulen sowie den Universitäten;

die Gewährung einer besonderen Beihilfe für befähigte Jugendliche, die für den Unterhalt der Geschwister bzw. erwerbsunfähiger Eltern zu sorgen haben;

den Ausbau des Berufsschulwesens;

die Durchführung von Vorbereitungskursen für befähigte Jugendliche, die unter Hitler keine Möglichkeit zum Studium hatten;

die Schaffung von Volkshochschulen und Jugendbibliotheken für die Stadt- und Landjugend...

In: Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend : Erster Band. - Berlin: Verlag Neues Leben, 1960. - S. 57

34. Vorstudienausbildung - der Weg zum Studium für befähigte
Werkstätige : Aus den Grundlegenden Hinweisen der Deutschen
Zentralverwaltung für Volksbildung über die Zulassung zum
Studium an Universitäten und Hochschulen zum Wintersemester
1946/47 (24. Juni 1946)

Die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung gibt ... folgende
Richtlinien über die Zulassung zum Studium an den Universitäten
und Hochschulen:

I.

... Damit die begabte deutsche Jugend aller Schichten des Volkes
zur Erneuerung und Stärkung der geistigen Kräfte Deutschlands
herangezogen wird, muß das Studium an den Universitäten und Hoch-
schulen heute noch ohne Reifezeugnis möglich sein...

II.

Die Zulassung zum Studium entscheidet der Finanzträger zusammen
mit dem Rektor der Universität oder Hochschule auf Vorschlag einer
Kommission, die vom Finanzträger von jeder Universität oder Hoch-
schule zu bilden ist...

III.

Antrag auf Zulassung zum Studium kann gestellt werden:

...

3.) von Personen ohne Reifezeugnis, wenn der Antragsteller bisher
aus sozialen, politischen oder rassistischen Gründen nicht die Mög-
lichkeit hatte, eine höhere Lehranstalt zu besuchen bzw. auf dem
üblichen Wege ein Reifezeugnis zu erwerben. Der Antragsteller muß
eine "Vorstudien-schule" absolviert haben. Sie spricht die Befähig-
ung zum Hochschulstudium aus...

IV.

... Bei der Auswahl unter den Antragstellern soll sich die in II
genannte Kommission in erster Linie von dem Grundsatz leiten las-
sen, daß die neuen Studenten den Grundstock für eine demokrati-
sche Intelligenz bilden müssen und daß allen geeigneten Kräften
aus dem Volke, die gemäß III/3 zum Studium zugelassen werden kön-
nen, Vorzug gegeben wird...

Quelle: Staatsarchiv Dresden, Landesregierung Sachsen, Ministe-
rium für Volksbildung, Nr. 1315, Bl. 7 - 8b

35. Amtliche Bekanntmachung über die Einrichtung von Vorstudien-
schulen an den Universitäten des Landes Mecklenburg-Vorpommern
(25. Juni 1946)

An den Universitäten Greifswald und Rostock werden in nächster Zeit Vorstudien Schulen für Studienbewerber ohne Reifezeugnis eingerichtet. Die Vorstudien Schulung dauert acht Monate. Sie umfaßt folgende Fachgruppen: 1. Kulturkundliche Gruppe (Deutsch, Geschichte, Erdkunde). 2. Mathematisch-naturkundliche Gruppe (Mathematik, Physik, Chemie, Biologie). 3. Sprachkundliche Gruppe (Russisch, Englisch, Französisch). 4. Juristisch-wirtschaftswissenschaftliche Gruppe.

Die schriftliche Meldung für Bewerber über 18 Jahre ist zu richten an die Landesverwaltung, Abt. Kultur und Volksbildung, Hochschuldezernat.

Der Meldung sind beizufügen: 1. Abschriften der schulischen Abschlußzeugnisse. 2. Polizeiliches Führungszeugnis. 3. Ausführlicher Lebenslauf mit Angaben über soziale Herkunft und politische Betätigung des Bewerbers und seiner Eltern. 4. Politische Leumundszeugnisse von demokratischen Organisationen. 5. Angaben über die Fachrichtung, die der Bewerber zu studieren beabsichtigt. Es werden den Teilnehmern in gewissem Umfange Staatsstipendien gewährt werden. Nach Beendigung der Vorstudien Schule im März 1947 kann die Reifeprüfung abgelegt werden. Auf Grund der Prüfung seiner Personalunterlagen erhält der Bewerber schriftlichen Bescheid über seine Zulassung zur Vorstudien Schule.

Schwerin, den 25. Juni 1946

Der Präsident
des Landes Meckl.-Vorpommern,
Abt. Kultur und Volksbildung,
Hochschuldezernat.

In: Landeszeitung. - Schwerin 1(1946-06-27) = 63

36. Einrichtung der Vorstudien­schule unter Verantwortung des Rektors der Universität : Aus einem Schreiben des Hochschul­dezernats der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern an die Rektoren der Universitäten Greifswald und Rostock (1. Juli 1946)

... Bis zur endgültigen Regelung der Fachgruppenzusammensetzung, die erst nach Eingang der Bewerbungen erfolgen kann, bitte ich Sie, folgende Sofortmaßnahmen durchzuführen:

- 1.) Es ist mir ein Leiter der Vorstudien­schule vorzuschlagen, der in weltanschaulicher Hinsicht dem Kreis der Werktätigen nahe stehen muß.
- 2.) Für jede der in Aussicht genommenen 4 Fachgruppen sind bis zur Genehmigung durch die Landesverwaltung je 2 kommissari­sche Gruppendozenten durch Rektor und Kurator zu beauftragen, die nach Möglichkeit mit den Anforderungen des akademischen Studiums vertraut sind, die aber soviel pädagogisch-psycho­logische Umsicht und Reife besitzen, wie von einem Lehrer der Vorstudien­schule zu fordern sind. Auch sie müssen weltanschau­lich den Schülern nahe stehen...
- 4.) Der in Vorschlag zu bringende Leiter hat sofort mit den Fach­dozenten in einer Konferenz Vorarbeiten für die Aufstellung eines Lehrplans zu treffen. Ausgewählte Abschnitte des Lehr­stoffes der letzten 3 Jahre einer Oberschule sind als Lehr- und Bildungsgut in den einzelnen Fächern anzusehen. Der Lehr­planentwurf ist mir nach dem Ergebnis der Konferenz sofort vorzulegen...
- 6.) Für die Vorstudien­schule ist ein eigener Haushaltsplan in Vorbereitung, nach dessen Fertigstellung nähere Anweisungen über Besoldung der Lehrkräfte, Stipendien u. a. ergehen wer­den.
- 7.) Die Vorstudien­schüler sind in engster Anlehnung an das Univer­sitätsleben zu bringen.

Quelle: Staatsarchiv Schwerin, Ministerium für Volksbildung,
Nr. 2614, Bl. 4/5

37. Kontingente, Bewerbungen und Zulassungsbedingungen für die Vorstudien­schulen der Universitäten Greifswald und Rostock :
Aus einem Schreiben des Hochschuldezernats der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern an die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (6. Juli 1946)

Im Einvernehmen mit der SMA des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Abt. Volksbildung, ist mit den Vorbereitungen für den Aufbau einer Vorstudien­schule an den Universitäten Rostock und Greifswald begonnen worden. Die Kurse sind für 4 Fachgruppen mit einer Zeitdauer von 8 Monaten geplant. Der Beginn der Kurse ist für den 1. 8. bzw. 1. 9. 1946 anzusetzen. Durch Zeitungsankündigungen ist die Öffentlichkeit auf diese Möglichkeit hingewiesen worden. Es sind bisher ca. 30 Bewerbungen eingegangen. Für Rostock ist ein Kontingent von 150 Schülern vorgesehen, für Greifswald ein Kontingent von 300 Schülern angesetzt worden. Sobald die Bewerbungen in größerem Umfange hier vorliegen, entscheidet ein Prüfungsausschuß, an dem sämtliche demokratische Organisationen beteiligt sind, unter Vorsitz eines Vertreters der Landesverwaltung über die Zulassung der Bewerber.

Als Bedingung für die Zulassung für die Vorstudien­schule sind die gleichen gestellt worden, wie sie das Merkblatt der Deutschen Zentralverwaltung vorsieht. Um von der Finanzabteilung unseres Landes die Gewähr für die finanzielle Durchführung dieser Lehrgänge zu erhalten, muß zunächst noch ein schriftlicher Befehl der SMA abgewartet werden, der von den Sachbearbeitern der SMA in Aussicht gestellt worden ist...

Quelle: Staatsarchiv Schwerin, Ministerium für Volksbildung,
Nr. 2614, Bl. 9

38. Status und Aufbau der Vorstudienſchule der Friedrich-Schiller-Universität Jena : Aus der Niederschrift über eine vom Landesdirektor für Volksbildung geleitete Beratung über organisatorische und allgemeine Fragen der Vorstudienſchule (13. Juli 1946)

... Ergebnis der Beſprechung:

I. Der innere Aufbau der Vorstudienſchule

1. Es gibt nur eine Vorstudienſchule.
2. Die Vorstudienſchule iſt ein Teil der Universität und damit dem Rektor derſelben unterſtellt.
Sie beſteht aus
 - a) den drei Aufbauklassen
 - b) den ſieben Anfängerklassen
 - c) dem Abendkurs (Abiturienten).
3. Das beſtehende Klassensystem ſoll beibehalten werden.
Es wird durch Kurse aufgelockert...

Quelle: Friedrich-Schiller-Universität Jena, Universitätsarchiv,
R 1

39. Neuregelung der Vorstudienabteilung der Friedrich-Schiller-Universität Jena (20. Juli 1946)

1. Die Vorstudienabteilung der Friedrich-Schiller-Universität Jena iſt ein Teil der Universität. Sie wird im Auftrage des Rektors durch die ſozialpädagogiſche Fakultät geleitet. Der Direktor der Vorstudienabteilung gehört der ſozialpädagogiſchen Fakultät an.
2. Der Zweck der Vorstudienſchule iſt, Studenten mit Volksschulbildung ſowie nicht abgeſchlossener Oberſchulbildung universitätsreif zu machen.
Es gibt in Jena nur eine Vorstudienſchule unter einer Leitung.
3. Das beſtehende Klassensystem ſoll zunächſt beibehalten werden.
Es wird durch Kurse aufgelockert.
4. Die Studenten der Vorstudienſchule können Vorleſungen belegen. Sie ſollen, damit das Semester angerechnet wird, pro Semester eine Vorleſung belegen. Da, wo die Belegung wenigſtens einer Vorleſung durch die Arbeitsanſpannung in der Vorstudienſchule unmöglich erſcheint, wird das Uni-verſitätsamt über die Anrechnung des Semesters entſcheiden.

5. Lehrplan der Vorstudienabteilung: Für die sozialpädagogische Fakultät, für künftige Naturwissenschaftler und Volkswirtschaftler wird innerhalb der Ausbildung der Vorstudienabteilung eine moderne Fremdsprache als genügend erachtet. Prüfungen werden zu Ende eines jeden Semesters in den Fächern einzeln abgenommen. Es gibt also keine einmalige Abschlußprüfung, sondern mehrere Prüfungen. Geprüft wird in folgenden Fächern:
Erste Fremdsprache, zweite Fremdsprache, Mathematik, Deutsch, Geschichte, Geographie, Physik, Chemie, Biologie.

Prüfungen müssen in drei Hauptfächern abgelegt werden, davon liegen fest: 1 Fremdsprache und Deutsch, das dritte Hauptfach ist wahlfrei, und in zwei Nebenfächern, diese sind wahlfrei. Die Auswahl der Fächer muß unter Berücksichtigung des gewählten Studiums erfolgen.

Wer nicht in Mathematik als Haupt- und Nebenfach prüfen lassen will, muß wenigstens 2 Semester lang Mathematik als Nebenfach innerhalb der Vorstudienchule hören.

6. Gebühren für die Vorstudienchule werden auf Antrag erlassen. Darüber entscheidet ein Ausschuß unter Vorsitz des Direktors der Vorstudienabteilung. Ihm gehören an: 2 Dozentenvertreter und 2 Studentenvertreter der Vorstudienabteilung.

Erlaß der Sozialgebühren erfolgt auf Antrag bei der Kuratelverwaltung. Diese zahlt jedoch im Falle eines Erlasses der Sozialbeiträge aus eigenen Mitteln an die Studentenhilfe.

7. Obige Bestimmungen gelten ab 13. 7. 1946.

Weimar, den 20. Juli 1946
Land Thüringen
Landesamt für Volksbildung
gez. Wolf
Landesdirektor

Quelle: Friedrich-Schiller-Universität Jena, Universitätsarchiv,
R 2, Bl. 135

40. Weitere Ausgestaltung des Ausbildungsganges in den Vorbereitungskursen im Land Sachsen : Aus dem Protokoll der Sitzung des Landesausschusses zur Förderung des Arbeiterstudiums und unbemittelter Studenten und Schüler (22. Juli 1946)

...

1.) Laufender Vorbereitungskursus

1. Freistellung von der Arbeit

Es ist die Anweisung herausgegeben worden, ab 1. 8. die Leute von der Arbeit freizustellen. Es wurde unterdessen mitgeteilt, daß die Leute unter der Voraussetzung, daß die Kurse Ende August/Anfang September zu Ende seien, sofort von der Arbeit freigestellt werden müssen.

2. Stundenerhöhung

Die Leiter der Vorbereitungskurse sind angewiesen worden, die Kurse auf 36 Stunden zu erhöhen, wobei die naturwissenschaftlichen Fächer, besonders Mathematik, Physik und Chemie, besonders berücksichtigt werden sollen...

4. Studienrichtungen

Die einzelnen Meldungen sind eingegangen. Ca. 60 % wollen Jura und Volkswirtschaft studieren, auch liegen eine Menge Meldungen für Medizin vor.

5. Abgangsmeldungen

Von Görlitz, Plauen und Dresden sind Abgangsmeldungen zu verzeichnen. Leider ist immer wieder ein starkes Abwandern festzustellen.

6. Abschlußprüfungen

Den einzelnen Leitern der Vorbereitungskurse sind Anweisungen für die Abschlußprüfungen gegeben worden. Termin

für die schriftliche Prüfung: 12. - 17. 8. 46

mündliche " 2. - 7. 9. 46

Vorbereitungen für den II. Vorbereitungskursus

a) Aufnahmemeldungen

Die Meldungen gehen bereits laufend ein. Die einzelnen Vorsitzenden der Kreiskommissionen sind angewiesen worden, eine Vorprüfung vorzunehmen. Die einzelnen Bewerber müssen einen Fragebogen ausfüllen. Es ist den Kreiskommissionen ein Exemplar dieses Bewerbungsbogens zugeschickt worden mit der Bitte

um Vervielfältigung. Der politische Teil ist derselbe wie im Unterstützungsantrag. Es wird besonders auf den Bericht über Bildungsgang und politische Entwicklung verwiesen sowie auf die Frage des Berufszieles, worin sich der Bewerber klar äußern muß, was ihn zu der gewählten Studienrichtung veranlaßt hat.

b) Dauer des Vorbereitungskurses

Der Lehrgang ist auf 12 Monate erhöht worden und nicht, wie in der letzten Sitzung beschlossen, auf 9. Allerdings soll eine Staffelung eintreten. Es ist damit zu rechnen, daß im I. Vorbereitungskursus die Bedingungen teils nicht erfüllt werden. Es ist damit nicht gesagt, daß diese Leute unbefähigt sein sollen, aber infolge der kurzen Zeit haben sie das Ziel nicht erreicht. Wenn man den Eindruck hat, daß diese Leute die Fähigkeiten haben, so soll man ihnen ermöglichen, im II. Vorbereitungskursus in eine Sonderklasse hinüberzuwechseln bis zum Beginn des Sommersemesters.

Außerdem soll man besonders begabten Menschen nach ca. 8 Wochen aus den Normalklassen der 12-Monate-Vorbereitungskurse die Möglichkeit geben, mittels einer Begabtenklasse in kürzerer Zeit fertig zu werden...

Quelle: Staatsarchiv Dresden, Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Nr. 1362, Bl. 319 u. 319b

41. Aufnahme von Studienbewerbern ohne Abitur an der Hochschule für Baukunst und bildende Künste in Weimar : Aus dem Antrag des Direktors, Professor Hermann Henselmann, an das Landesamt für Volksbildung in Weimar (24. Juli 1946)

Auf der Rektoren-Konferenz in Berlin am 18./19. VII. 46 wurde auch die Zulassung derjenigen Studienbewerber diskutiert, die aus rassistischen, politischen oder sozialen Gründen nicht im Besitz des Abiturs sind. Aus der Diskussion war die Neigung erkennbar, die Betreffenden zunächst ein halbes Jahr bis zu zwei Jahren Vorbereitungskurse besuchen zu lassen, wonach sie zum eigentlichen Studium zugelassen werden... Ich schlage für die von mir geleitete Hochschule folgendes vor:

Für die ersten beiden Semester nach Kriegsende werden ausnahmsweise diese Studienbewerber ohne Abitur nach der Zulassung durch den Finanzträger und auf Empfehlung der Prüfungskommission zum sofortigen Studium zugelassen, unter der Bedingung, daß die Betroffenen nach Ablauf von zwei Semestern sich einer Prüfung unterziehen, in der sie den Nachweis erbringen, daß sie die entsprechenden Bildungslücken aufgefüllt haben.

Ich gehe dabei von dem Gesichtspunkt aus, daß z. B. zwischen einem begabten Arbeiterstudenten, der bereits eine entsprechende Praxis hinter sich hat, und einem Abiturienten aus den letzten Jahren des Nazismus in Bezug auf das Allgemeinwissen keine erheblichen Unterschiede bestehen. Ein längeres Vorstudium würde einen großen Teil der Bewerber abschrecken und der angestrebten Demokratisierung der Hochschule im Wege stehen...

Quelle: Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, Hochschularchiv, Nr. I/01/843, Bl. 321

42. Vorstudienausbildung : Merkblatt der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung (September 1946)

Die von der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung zur Vorbereitung auf das Hochschulstudium eingerichtete Berliner "Vorstudienanstalt" ist bestimmt für junge Menschen vorwiegend im Alter von 18 bis 27 Jahren mit Wohnsitz in Berlin oder der Mark Brandenburg, die bisher trotz Eignung aus sozialen, politischen oder rassischen Gründen eine zum Hochschulstudium befähigende Vorbildung nicht erwerben konnten und im übrigen folgende Bedingungen erfüllen:

- 1.) mindestens abgeschlossene Volksschulbildung, höchstens Mittlere Reife,
- 2.) überdurchschnittliche Begabung,
- 3.) demokratisch-antifaschistische Haltung,
- 4.) Bewährung in demokratischen Organisationen,
- 5.) Entscheidung für ein bestimmtes Studienfach bzw. Berufsziel.

Die Vorstudienanstalt ist nicht bestimmt für

- a) Inhaber von Reifevermerk- oder Luftwaffenhelferzeugnissen,
- b) Schüler, die gegenwärtig eine Oberschule - gleichgültig in welcher Klasse - besuchen.

Der Unterricht in der Vorstudienanstalt ist an den besonderen Erfordernissen des Studienfaches ausgerichtet, für das sich der einzelne Hörer entschieden hat. Die gesamte Vorstudienausbildung dauert in der Regel für Hörer mit Volksschulbildung mindestens 3 Semester, für Inhaber der Mittleren Reife mindestens 2 Semester. Bei 40 Unterrichtsstunden wöchentlich sind die Hörer vollbeschäftigt, so daß eine neben dem Vorstudium liegende Tätigkeit ausgeschlossen ist. Die Vorstudienausbildung endet mit einer Schlußprüfung, deren Bestehen zum Hochschulstudium der gewählten Fachrichtung berechtigt.

Außerdem schließt jedes Semester der Vorstudienanstalt mit einer Zwischenprüfung, von deren Ergebnis die Zulassung zum weiteren Besuch der Anstalt abhängt.

Bedürftigen Hörern kann Gebührenerlaß und ein Stipendium gewährt werden.

Das Sommersemester der Vorstudienanstalt beginnt am 15. April, das Wintersemester am 15. Oktober. Jedes Semester dauert 5 Monate; unterrichtsfrei sind nur die gesetzlichen Feiertage.

Bewerbungen um Aufnahme in die Vorstudienanstalt zum Sommersemester werden bis 15. Februar, zum Wintersemester bis 15. August angenommen. Später eingehende Bewerbungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Über die Zulassung zum Vorstudium wird in einer Aufnahmeprüfung entschieden.

Die Bewerbungen sind zu richten an die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung, zu Händen des Leiters der Vorstudienanstalt, Berlin W 8, Wilhelmstr. 68. Das Sekretariat der Vorstudienanstalt ... gibt die Bewerbungsfragebogen aus und erteilt nähere Auskünfte über die Vorstudienausbildung.

Deutsche Zentralverwaltung
für Volksbildung
in der sowj. Besatzungszone
gez. Brock
Leiter der Vorstudienanstalt
Berliner Hochschulen

Quelle: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Verwaltungsarchiv, Nr. 2127/2

43. Grundsätzliche Orientierungen für die Durchführung von Aufnahmeprüfungen : Aus der Anweisung über die Durchführung der Prüfungen zur Aufnahme in die Vorstudienanstalt Berliner Hochschulen (3. September 1946)

I.

Es ist damit zu rechnen, daß sich Elemente um Aufnahme in die Vorstudienanstalt bewerben, deren Zulassung die Bestimmung der Vorstudienanstalt: die Erneuerung der Intelligenz auf dem Wege einer echten, sozialen Demokratisierung der Hochschule, illusorisch machen würde... Die Aufnahmeprüfungen sind deshalb mit großer Sorgfalt und Strenge durchzuführen, d. h., es ist festzustellen (nach Möglichkeit anhand von Dokumenten, die von den Bewerbern beizubringen sind), ob die Aufnahmebedingungen ausnahmslos und eindeutig erfüllt sind.

II.

Die Aufnahmebedingungen sind folgende...

- 1.) Die Bewerber müssen in Groß-Berlin oder in der Mark Brandenburg ihren Wohnsitz haben bzw. dort beheimatet sein.

Da auch in den anderen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone Vorstudienanstalten bestehen, sind Bewerber aus diesen Gebieten nur in besonders begründeten Fällen zuzulassen. Zulassung von Bewerbern aus den westlichen Zonen ist nur in Ausnahmefällen möglich, sofern die Bewerber in fachlicher und politischer Hinsicht einen Gewinn für die Hochschule bedeuten.

- 2.) Das Alter der Bewerber soll vorwiegend zwischen 18 und 30 Jahren liegen. Diese Altersgrenze soll nur in Fällen ausreichender geistiger Reife und Beweglichkeit über- bzw. unterschritten werden...
- 3.) Die Bewerber müssen aus politischen, rassischen oder sozialen Gründen bisher verhindert worden sein, eine zum Hochschulstudium befähigende Vorbildung zu erwerben. Die diesbezüglichen Angaben der Bewerber sind besonders gewissenhaft nachzuprüfen.

4.) Die Bewerber müssen mindestens die abgeschlossene Volksschulbildung und dürfen höchstens die Mittlere Reife besitzen. Nicht zuzulassen sind

a) Inhaber von Reifevermerk- oder Luftwaffenhelfer-Zeugnissen,

b) Schüler, die gegenwärtig eine Oberschule... besuchen.

Ausnahmen sollen nur in Fällen besonderer sozialer Härten gemacht werden...

5.) Die Bewerber müssen über eine gute allgemeine Begabung und spezielle Eignung für das von ihnen gewählte Studienfach verfügen.

Es ist festzustellen, ob der Bewerber über eine geistige und sittliche Reife und Entwicklungsfähigkeit sowie über die formale Intelligenz verfügt, die ihn befähigt, der schnellen und konzentrierten Vorstudienausbildung zu folgen, sein Studium erfolgreich durchzuführen, in seinem späteren Beruf in fachlicher Hinsicht Wertvolles zu leisten und im Bewußtsein seiner sozialen Verantwortung dem Fortschritt und dem Frieden zu dienen. Zur Durchführung der Eignungsprüfung wird empfohlen, an das vom Bewerber gewählte Studienfach anzuknüpfen und festzustellen, ob und inwiefern die hier vorgegebenen Interessen und Begabungen tatsächlich vorhanden sind und bereits bestätigt wurden und welche Vorstellung und Auffassung der Bewerber von seiner späteren beruflichen Tätigkeit hat.

6.) Die Bewerber müssen eine eindeutig demokratisch-antifaschistische Haltung aufweisen; auf den durch Zeugnisse bzw. Empfehlungsschreiben zu erbringenden Nachweis der Mitarbeit und Bewährung in demokratischen Organisationen (Parteien, FDGB, Kulturbund, FDJ usw.) ist besonders Wert zu legen.

Die einschlägigen Bedingungen der "Grundlegenden Hinweise über die Zulassung zum Studium an Universitäten und Hochschulen" müssen mindestens erfüllt sein; Bewerber, die über diese Bedingungen hinaus qualifiziert und bewährt sind, sind solchen Bewerbern unbedingt vorzuziehen, die lediglich den Mindestanforderungen genügen.

- 7.) Die Bewerber müssen sich für ein bestimmtes Studienfach bzw. Berufsziel entschieden haben.

Bei jedem Bewerber ist in der Aufnahmeprüfung festzustellen, ob er in die Abteilung V (Aufbau der Vorstudienausbildung auf der Volksschulbildung) oder in die Abteilung M (Aufbau der Vorstudienausbildung auf der Mittleren Reife) einzugliedern ist und ob er auf Grund seiner Studienwahl dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig (n) oder dem geisteswissenschaftlichen Zweig (g) angehört.

III.

- 1.) Das Ergebnis der Aufnahmeprüfung ist als kurzes und alles Wesentliche enthaltendes Gutachten über den Bewerber... niederzulegen und von allen Mitgliedern der Prüfungskommission zu unterzeichnen...

Quelle: Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Universitätsarchiv, ABF 47, Bl. 48 - 51

44. Vorschlag für eine einheitliche Gestaltung der Vorstudienausbildung : Aus dem von der Vorstudienanstalt Berliner Hochschulen erarbeiteten Entwurf einer Anweisung über die Errichtung und Gestaltung von Vorstudienanstalten in der sowjetischen Besatzungszone (29. Oktober 1946)
-

...

I.

In allen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone sind in ausreichender Anzahl... von den Volksbildungsämtern der Provinzial- und Landesverwaltungen Vorstudienanstalten zu errichten und so lange in Gang zu halten, wie der Bedarf es notwendig macht.

II.

1. Die Vorstudienanstalten sollen jungen Menschen vorwiegend zwischen 18 und 30 Jahren mit Wohnsitz innerhalb jeweils genau abzugrenzender Bezirke, die bisher trotz Eignung aus sozialen, politischen oder rassischen Gründen eine zum Hochschulstudium befähigende Vorbildung nicht erwerben konnten, durch eine abgekürzte Ausbildung die Hochschulreife vermitteln...

2. Die Bewerber haben im übrigen folgende Bedingungen zu erfüllen
 - a) mindestens abgeschlossene Volksschulbildung, höchstens Mittlere Reife,
 - b) überdurchschnittliche Begabung,
 - c) demokratisch-antifaschistische Haltung, Bewährung in demokratischen Organisationen,
 - d) Entscheidung für ein bestimmtes Studienfach bzw. Berufsziel.
3. In gewissenhaften Aufnahmeprüfungen ist in jedem einzelnen Fall festzustellen, ob der Bewerber diese Bedingungen erfüllt. Es wird empfohlen, zur Durchführung der Aufnahmeprüfung geeignete Kräfte der Hochschulen, Schulen, der Parteien, des FDGB, Vertreter der Abteilungen Justiz und Gesundheitswesen der Provinzial- und Landesverwaltungen und anderer im öffentlichen Dienst stehender Fachvertreter heranzuziehen. Im einzelnen ist nach der "Anweisung über die Durchführung der Prüfungen zur Aufnahme in die Vorstudienanstalten" der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone zu verfahren...

III.

Für die soziale Betreuung der Vorstudien Schüler sind ausreichende Mittel (Stipendien) bereitzustellen.

IV.

Unter allen Umständen zu meiden ist eine berufliche Tätigkeit der Schüler während der Vorstudienausbildung; vielmehr ist dafür zu sorgen, daß die Schüler in jeder Hinsicht ihre ganze Kraft dem Vorstudium widmen können. Unbedingt zu vermeiden ist künftig auch ein Hochschulstudium vor Erwerbung der Hochschulreife bei gleichzeitiger Teilnahme an Förderkursen. Die Vorstudienausbildung muß vor Beginn des Hochschulstudiums stattfinden.

V.

1. Jeder Vorstudienkurs ist in zwei Abteilungen zu gliedern, von denen die eine auf der Volksschulbildung, die andere auf der Mittleren Reife aufbaut.

2. Die Vorstudienausbildung ist an den besonderen Erfordernissen des Studienfaches zu orientieren, für das sich der einzelne Schüler entschieden hat. Die Abteilung der Volksschüler wie die Abteilung der Inhaber der Mittleren Reife ist deshalb in je einen geisteswissenschaftlichen und einen mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig zu teilen.
3. In allen Abteilungen und Zweigen ist in folgenden Fächern zu unterrichten (die eingeklammerten Zahlen bezeichnen die Anzahl der Wochenstunden in jedem Fach, und zwar gilt die erste Zahl für den geisteswissenschaftlichen, die zweite Zahl für den mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig):

Deutsch (8/6)

Geschichte (6/4)

Fremdsprache (6/4)

Mathematik (4/7)

Physik (2/5)

Chemie (2/4)

Biologie (3/2)

Geographie (3/2)

Demokratische Schulung (2/2)

Kulturelle Schulung (2/2)

Die Gesamtzahl von 38 Wochenstunden soll weder erhöht noch herabgesetzt werden. Der fremdsprachliche Unterricht erstreckt sich auf Russisch, Englisch, Französisch, Latein; von jedem Schüler ist eine dieser Sprachen zu wählen...

4. Als Lehrplan der Vorstudienausbildung ist der Lehrplan der Oberschule zu Grunde zu legen und nach Maßgabe der verschiedenen von den Schülern gewählten Studienfächern sowie in Anbetracht der abgekürzten Ausbildungsdauer auf das Wesentliche zu beschränken.
5. Das auf der Volksschulbildung aufbauende Vorstudium soll die Gesamtdauer von 3 Semestern, das auf der Mittleren Reife aufbauende die Dauer von 2 Semestern nach Möglichkeit nicht, keinesfalls aber mehr als ein Semester überschreiten. Eine Abkürzung der Dauer von 3 bzw. 2 Semestern Vorstudienausbildung ist auf Fälle besonders begabter Schüler zu beschränken. Die Dauer eines Vorstudiensemesters soll 5 Monate (= 20 Wochen) betragen. Das Vorstudiensemester soll zum gleichen Zeitpunkt wie das Hochschulsemester beginnen.

VI.

Jedes Semester der Vorstudienausbildung schließt mit einer Zwischenprüfung, von deren Ergebnis die Zulassung zum weiteren Besuch der Vorstudienanstalt abhängt. Die Gesamtvorstudienausbildung endet mit einer Schlußprüfung, deren Bestehen zum Hochschulstudium der gewählten Fachrichtung berechtigt.

VII.

Auf Antrag der Leiter der Vorstudienanstalten sind die erforderlichen Lehrkräfte von den Schulabteilungen bei den Provinzial- und Landesverwaltungen auf dem Wege langfristiger Beurlaubung zur Verfügung zu stellen. Bei der Auswahl der Lehrkräfte ist mit besonderer Sorgfalt zu verfahren. Empfohlen wird auch die Heranziehung fachlich und pädagogisch befähigter fortschrittlicher Kräfte aus den Reihen der Diplomingenieure, Industriechemiker, Hochschuldozenten und -assistenten, Volkshochschuldozenten und anderer wissenschaftlicher Fachkräfte.

VIII.

1. Die Errichtung und Gestaltung der Vorstudienanstalten ist Gegenstand engster Zusammenarbeit der Abteilungen "Hochschule", "Schule" und "Volkshochschule" der Volksbildungsämter...

Quelle: Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Universitätsarchiv, ABF 47, Bl. 42 bis 46

45. Vorbereitung zur Gründung der Vorstudien-schule der Universität Greifswald : Aus dem Bericht des Leiters der Vorstudien-schule, Prof. Dr. Otto Wegner, über die Vorbereitungs-arbeiten (11. November 1946)

Der Ruf, Arbeiter und Bauern in die Hochschule! ist der Ausdruck unserer Zeit, die es ernst nimmt mit der Demokratisierung des deutschen Volkes, vor allem in der sowjetischen Zone. Wenn aber die Kinder der Werktätigen und Bauern in die Hochschule sollen, sind bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen. Aus sozialen, rassischen und politischen Gründen haben viele junge Leute, darunter gerade die Kinder der genannten Volksschichten, die Ausbildung

zur Hochschulreife nicht gehabt, ohne die ein Studium an der Hochschule nicht nutzbringend gestaltet werden könnte. Um nun das nachzuholen, werden jetzt auch an der Universität Greifswald Vorstudienkurse eingerichtet, die die zum Hochschulstudium nötigen Kenntnisse in planmäßiger schulgerechter Arbeit vermitteln sollen.

Das erste Anzeichen der neuen Schule war eine Anzeige in der "Landeszeitung"..., die vom Präsidenten der Landesverwaltung ausging... Der Erfolg war, daß eine große Anzahl Bewerbungen einlief, die zwar nicht alle den Bedingungen entsprachen, und die darum z. T. abgewiesen werden mußten, die aber zum größten Teil einen Grundstock für die neue Schule abgeben konnte... Da die geldliche Sicherstellung der neuen Schule noch nicht klar war, konnte zunächst nichts weiter unternommen werden. Erst als ein bestimmter Termin für die Eröffnung, nämlich der 15. November, genannt wurde und über die Geldmittel einigermaßen Sicherheit geschaffen wurde, erließ ich in der "Landeszeitung", sowohl im Greifswalder als im Schweriner Bezirk eine längere Anzeige, die noch einmal die Aufnahmebedingungen bekannt gab und zur Teilnahme an der neuen Schularbeit aufforderte. Es konnte Gebührenfreiheit und mögliche Unterstützungen verheißen werden...

Für den 15. November, vormittags 9 Uhr, sind alle erreichbaren Bewerber und Dozenten, ferner eine große Zahl von hervorragenden Schulmännern und Behördenleitern zur Eröffnungsfeier der Vorstudien-schule in die Aula der Universität eingeladen...

Zum Plan für die Gestaltung der Vorstudien-schule habe ich folgendes zu sagen. Es werden die Bewerber nach ihrer Vorbildung in zwei Gruppen geteilt, in solche, die Volksschulvorbildung haben, und in solche, die mittlere Reife entweder auf einer Mittelschule oder auf einer Oberschule erworben haben. Jede dieser Gruppen wird nach der Studienrichtung der Bewerber eingeteilt in eine geisteswissenschaftliche und eine naturwissenschaftliche Abteilung, so daß vier Klassen entstehen, die einen nach Zweck und Vorbildung abgestuften Unterricht von wöchentlich 30 Stunden erhalten. In der geisteswissenschaftlichen Richtung werden vor allen Dingen Deutsch, Geschichte, Erdkunde und Sprachen gelehrt, in der naturwissenschaftlichen Mathematik, Physik, Chemie und Biologie. Die V-Abteilungen werden voraussichtlich in 4 Semestern in ihrer Fachgruppe die Hochschulreife erlangen, die M-Abteilungen in etwa

2 Semestern: danach werden die Lehrpläne auf Grund der amtlichen Oberschullehrpläne vom Kollegium der Schule aufgestellt werden. Am Mittwoch, dem 13. November, findet die erste Konferenz der Lehrkräfte statt, in der der Stundenplan aufgestellt werden soll, eine Arbeit, die wegen der anderweitigen Beschäftigung der Dozenten schwierig sein wird. Zwei jüngere Lehrkräfte werden hauptamtlich mit je 23 Stunden beschäftigt werden, alle übrigen Lehrkräfte nebenamtlich mit je 4 - 6 Stunden. Aller Voraussicht nach kann der Unterricht am Montag, dem 18. November, beginnen...

Quelle: Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Universitätsarchiv, ABF 47, Bl. 37 und 37b

46. Stellung der Vorstudien-schule in ihrem Verhältnis zur Universität : Schreiben des Hochschuldezernats der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern an die Rektoren der Universitäten Greifswald und Rostock (26. November 1946)

Es ist bisher die Auffassung noch allgemein verbreitet, nach der die Vorstudien-schule als eine Einrichtung anzusehen ist, die keine unmittelbare Verbindung zur Universität hat. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die neue Schule mehr und mehr als Teil der Universität zu gelten hat, was rein äußerlich in dem Namen "Vorstudien-schule an der Universität" zum Ausdruck kommt. Die Schule arbeitet unter voller verantwortlicher Leitung des Rektors der Universität, der mit seiner Stellvertretung einen hauptamtlichen Leiter betrauen kann. Der Lehrkörper der Universität ist weitgehend an dem Unterricht der Schule zu beteiligen. Die Schüler sind als Vorstudentenschaft in das Leben und die Veranstaltungen der Universität einzubeziehen. Auch Hörsäle und Institute sind - häufig nur als Ausweichstellen - der Schule zur Verfügung zu stellen. Durch den Herrn Kurator ist die Büroarbeit der Schule durch Bereitstellung von Büropersonal und Material zu sichern. Ich bitte, jede nur erdenkliche Unterstützung der Schule angedeihen zu lassen, damit sie nicht mehr als Fremdkörper im Rahmen der Universität erscheint.

Quelle: Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Universitätsarchiv, K 219

47. Wochenstundentafeln der Vorstudienausbildung 1946 (Auswahl)

Vorbereitungskurse im Lande Sachsen

1. Vorbereitungskurs

	<u>März-Juli</u>	<u>Juli/August</u>
Deutsch	8	11
eine Fremdsprache	6	6
Mathematik	6	10
Physik	2	4
Chemie	<u>2</u>	<u>4</u>
	24	35

2. Vorbereitungskurs (Okt. 1946 - Sept. 1947)

	<u>Naturwiss. Zug</u>	<u>Wirtschaftswiss. Zug</u>
Deutsch	8	8
Geschichte	4	4
Wirtschaftskunde	-	6
eine Fremdsprache	5	5
Mathematik	7	5
Physik	4	3
Chemie	4	3
Biologie	<u>2</u>	<u>-</u>
	34	34

Nach: Poeggel, Ch.: Die Rolle der Vorstudienanstalten und der Sozialen Studienhilfe im Kampf um die Durchsetzung und Entwicklung des Arbeiterstudiums in Sachsen 1945 - 1949. - 1965. - Leipzig, Karl-Marx-Universität, Philosophische Fakultät, Diss., S. 69/70

Vorsemester an der Martin-Luther-Universität Halle

Anfangsunterricht (6 Wochen)

Deutsch	6
Geschichte	3
Erdkunde	2
Russisch	5
Englisch	4
Mathematik	4
Naturlehre	<u>4</u>
	28

Vorsemesterausbildung⁺

	<u>Naturwissenschaftl. Zweig</u>	<u>Sprachlicher Zweig</u>
Deutsch	6	6
Geschichte	2	2
Gegenwartskunde	2	2
Erdkunde	2	2
Russisch	5	6
Latein	-	4
Mathematik	4	4
Physik	3	-
Chemie	3	-
Biologie	2	-
Naturlehre	-	3
Fremdsprache, fakultativ (Latein, Griechisch, Englisch, Französisch)	(2) <u>29/31</u>	(2) <u>29/31</u>

Nach: Geschichte des Vorsemesters in Halle / Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, ABF "Walter Ulbricht" - Institut zur Vorbereitung auf das Auslandsstudium. - ABF-Archiv, S. 62 - 68

⁺ Gliederung der Vorsemesterausbildung in Leistungsgruppen (Abschluß des Vorsemesters nach einem Semester, nach 2 bzw. nach 3 - 4 Semestern)

Vorstudienabteilung der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Vorstudium neben dem Fachstudium (bis zu vier Semestern mit Teilabschlußprüfungen in einzelnen Fächern)

Deutsch	6
Geschichte	3
Gegenwartskunde	1
eine Fremdsprache	6
Geographie	1
Mathematik)
Physik)
Chemie) 10
Biologie)
	<hr/>
	27

Nach: Mertens, A.: Die Vorgeschichte der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1945 - 1949. - 1956. - Jena, Friedrich-Schiller-Universität, Philosophische Fakultät, Staatsexamensarbeit. - S. 104

48. Einheitliche Vorstudienausbildung gewährleisten : Beschluß der Konferenz der Volksbildungsminister der Länder bzw. Provinzen der sowjetischen Besatzungszone (19. Dezember 1946)

...

Vorstudienanstalten

Beschluß: Zur Wahrung der Einheitlichkeit der Ausbildung von Nichtabiturienten in Vorstudienanstalten sind die Vorstudienanstalten den Hochschulabteilungen der Volksbildungsministerien zu unterstellen, wobei die Mitwirkung der Schulämter gewahrt wird.

Ob die Vorstudienanstalten Veranstaltungen der Hochschulen sind oder nicht, richtet sich je nach den regionalen Begebenheiten. Die Zentralverwaltung soll einen einheitlichen Lehrplan ausarbeiten, und zwar gemeinsam von der Schulabteilung und der Hochschulabteilung, wobei die Schulabteilung die Federführung haben soll.

Quelle: Zentrales Staatsarchiv Potsdam, R - 2, Nr. 51, Bl. 15

49. Finanzielle Sicherstellung der Vorstudienausbildung : Aus den Richtlinien für die Gewährung von Unterstützungen aus dem Fonds zur Förderung des Arbeiterstudiums... des Landes Sachsen (1947)

...

D. Sätze für Gewährung von Studienbeihilfen für ... Teilnehmer der Vorbereitungskurse ...

Förderungsbeiträge:

1. Ledige Antragsteller

a) Unterhaltsbeiträge:

Es kann ein monatlicher Beitrag von RM 90,- bis RM 105,- gewährt werden.

<u>Aufteilung:</u>	Unterhalt	RM	50,-
	Miete ⁺	"	30,-
	Taschengeld	"	10,-
	Fahrgeld (nur wenn nötig)	"	15,-

zus. RM 90,- bis RM 105,-

b) Halbjahreszuschläge an Sonderkosten:

Zuschläge für Kleidung	RM	30,-
für Studienbedarf	RM	30,-
zus.	RM	60,-

+ Erstattung hat nur in Höhe des tatsächlichen Mietbetrages bis zur Höchstgrenze von 30,- RM zu erfolgen.

...

2. Zuschläge für verheiratete Teilnehmer

Unterhaltszuschüsse, soweit die Ehefrau nicht arbeitsfähig ist.

monatlich:	Unterhalt	RM	40,-
	Miete bis zur Höchstgrenze von	"	45,-
	für Verheiratete, deren Familie		
	nicht am Studienort wohnt.		
	für 1 Kind	"	20,-
	(für jedes weitere Kind		
	RM 15,-)		

RM 105,-

...

3. Bei Gewährung von Förderungsbeiträgen ist voller Gebühren-
erlaß zu geben.
4. Liegen die häuslichen Einkommensverhältnisse über RM 300,-,
sind die angegebenen Unterstützungssätze entsprechend zu
kürzen.
5. In besonders dringenden Fällen können auch auf Antrag noch
besondere Zuschüsse gewährt werden, wie z. B. Übernahme der
Kosten für notwendige Sonderanschaffungen und Sonderleistun-
gen, Begleichung von Rechnungen für Heizung und Licht usw.
6. Die Unterstützungen werden semesterweise bewilligt...

Quelle: Technische Universität Karl-Marx-Stadt, Universitäts-
archiv, ABF I/1

50. Grundanliegen der Vorstudienausbildung konsequent verwirk-
lichen : Aus dem Schreiben des Leiters der Abt. Volksbildung
der SMA Mecklenburg an den Minister für Volksbildung des Lan-
des Mecklenburg zur Bestätigung der Hörer der Vorstudien-
schule
(3. Januar 1947)

Ich gebe Ihnen, Herr Minister, die Verzeichnisse der bestätig-
ten Kandidaten für die Vorbereitungskurse auf die Rostocker Uni-
versität zurück.

Die mit grünem Stift Ausgestrichenen sind nicht bestätigt.

Die Aufgabe der Kurse ist, wie bekannt, Kindern von Arbeitern,
Bauern und kleinen Angestellten, die nicht über eine ausreichende
Bildung verfügen, die Möglichkeit zu geben, sich in kurzer Zeit
auf die Universität vorzubereiten.

Auf diesen Kursen sollen diejenigen lernen, die aus politi-
schen oder rassischen Gründen während der Herrschaft der Nazis
nicht die Möglichkeit hatten, Bildung zu erhalten, doch erfüllen
nicht alle vorgeschlagenen Kandidaten die eben genannten Voraus-
setzungen...

Man muß den Direktor der Kurse auf die wenig gediegene Auswahl
bei der Zusammenstellung der Teilnehmer an diesen Kursen hinwei-
sen.

Quelle: Staatsarchiv Schwerin, Ministerium für Volksbildung,
Nr. 2619, Bl. 27

51. Zielstrebige Förderung des Studiums der Werktätigen : Aus der Vorlage der Abt. Hochschulen und Wissenschaft der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung für die Konferenz der Volksbildungsminister der Länder und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone am 18. und 19. März 1947 (10. März 1947)

A.

Betrifft: Kommissionen zur Förderung des Studiums der Arbeiter und Bauern

Damit soziales und politisches Unrecht der Vergangenheit an begabten jungen Menschen schneller ausgeglichen und eine schnellere demokratische Entwicklung auf unseren Hochschulen erreicht werde wolle die Ministerkonferenz beschließen, durch die Ministerien für Volksbildung in den Ländern und Provinzen die Bildung von

Kommissionen für die Förderung des Studiums der Arbeiter und Bauern

anzuregen...

II. Aufgaben:

Die Kommissionen werden unter Berücksichtigung bisheriger Erfahrungen Wege zu finden haben, wie

- a) durch Werbung für das Studium und
- b) durch soziale Förderung und
- c) durch fachliche Förderung der Studierenden aus werktätigen Schichten

eine wirksame Unterstützung der demokratischen Reform der Hochschulen erreicht werden kann...

B.

Betrifft: Verwendung staatlicher Geldmittel für Studierende

1. Allgemeiner Stipendienfonds
2. Fonds zur Unterstützung für das Studium derer, die in der Vergangenheit aus sozialen, politischen oder rassischen Gründen nicht studieren konnten.

Die Ministerkonferenz wolle beschließen, daß

- ...
2. Zur Förderung des Studiums von Personen, die in der Vergangenheit aus sozialen, politischen oder rassistischen Gründen nicht studieren konnten, sollen getrennt von allgemeinen Stipendienfonds ausreichende Etatmittel bereitgestellt werden, die zweckbestimmt zu beantragen und zu verwenden sind. Die Verwendung dieses so geschaffenen Fonds erfolgt unter Beteiligung der Universität unmittelbar durch Beauftragte der Ministerien für Volksbildung bzw. der Deutschen Verwaltung für Volksbildung. Die Betreuung hat unabhängig davon zu erfolgen, ob der Studierende in dem für die jeweilige Universität bzw. Hochschule zuständigen Lande bzw. Provinz beheimatet ist oder nicht.

C.

Betrifft: Zulassung zum Studium

Um einen gerechten Anteil der bisher benachteiligten Volksschichten am Studium zu sichern

wolle die Ministerkonferenz beschließen, daß Studienbewerber aus Kreisen der Arbeiter- und Bauernschaft bei fachlicher und charakterlicher Eignung solange bevorzugt zum Studium zugelassen werden, bis ein gerechter sozialer Ausgleich in der Zusammensetzung der Studentenschaft erfolgt ist.

Quelle: Pädagogische Hochschule "Karl Liebknecht" Potsdam, Hochschularchiv, ABF Nr. 1, Bl. 143 bis 145

Anmerkung: Im Kommuniqué über die Arbeitstagung der Volksbildungsminister der Länder und Provinzen vom 18. und 19. März 1947 heißt es u. a., die Volksbildungsminister "begrüßten insbesondere das Vorgehen zur Vergrößerung des Anteils der Studierenden aus Kreisen der Werktätigen und empfahlen dem Präsidenten der DVV die Fortsetzung der Arbeit in der eingeschlagenen Richtung."

In: Forum. - Berlin ; Leipzig 1(1947) = 3, S. 19 (99)

52. Vorstudienausbildung - eine hochschulpolitische Notwendigkeit :
Aus einer Stellungnahme der Abt. Hochschulen und Wissenschaft
der DZVV zu Angriffen gegen das Arbeiter- und Bauernstudium
(11. April 1947)

... Eine Verlautbarung von Schülern der Vorstudienanstalt (bei der Universität Berlin - H.-J. L.), in der die Auffassung vertreten wird, daß die Absolventen der Vorstudienanstalt "gegenüber anderen Studenten ein Prärogativ in der Zulassung zur Universität haben wollen", existiert unseres Wissens nicht. Im übrigen geht unsere Meinung tatsächlich dahin, daß den Absolventen der Vorstudienanstalt ein solches Prärogativ noch für geraume Zeit unbedingt zugestanden werden muß, wenn die Forderung nach einer wahrhaft sozialen Demokratisierung der Hochschule ernstlich verwirklicht werden soll...

Von einem "künstlich zwischen Schülerrecht und Studentenrecht eingebauten Zwischenbegriff", von einem "sogenannten revolutionären Vorstudentenrecht" kann deshalb keine Rede sein, weil die Vorstudienanstalt kein Kunstprodukt ist, sondern eine hochschulpolitische Notwendigkeit, weil ihre Schüler keine Revolutionsromantiker sind, sondern (im Hinblick auf Begabung, soziale und politische Herkunft sowie Alter) eine Auswahl junger Menschen, die auf einem ungewöhnlichen und sehr beschwerlichen Wege den Zugang zur Hochschule suchen, von der sie bisher ausgeschlossen waren, obwohl ihre Begabung sie objektiv zu diesem Zugang berechtigt. Mit dieser Feststellung erledigt sich von selbst der Vorwurf der "Anmaßung", der "Selbstüberschätzung dieser durch besonders reichliche Stipendienzuteilungen bevorzugten Gruppe"...

Quelle: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Verwaltungsarchiv, Nr. 2127/2

53. Dem werktätigen Volk und der heranwachsenden Generation den Zugang zu Bildung und Kultur erschließen : Aus der EntschlieÙung des 2. Kongresses des FDGB zu den kulturellen Aufgaben des FDGB (17. - 19. April 1947)

... Die unbedingt notwendige Bewältigung der vor uns stehenden großen Zukunftsaufgaben auferlegt den Gewerkschaften die zwingende Verpflichtung, der Jugend- und Nachwuchspflege besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden; ebenso aber auch der geistigen Umerziehung der Werktätigen durch Beseitigung der Überreste nationalistic-militaristischer Ideologie und systematische Förderung aller auf die Schaffung einer wirklichen Volkskultur in demokratisch-fortschrittlichem Sinne gerichteten Bestrebungen. "Wissen ist Macht" und "Brechung des Bildungsprivilegs der Besitzenden" dürfen für die Gewerkschaften keine billigen Schlagworte sein, sondern sie müssen die Grundlage und den Inhalt ihres zielbewußten Strebens bilden.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, werden die Gewerkschaften ihren ganzen Einfluß an allen maßgebenden Stellen geltend machen für

1. die höchstmögliche Steigerung des allgemeinen Bildungsniveaus, insbesondere der Angehörigen der werktätigen Bevölkerung. Jedem Begabten muß es ohne Rücksicht auf Herkunft oder Besitz möglich sein, nicht nur die Hochschulreife zu erlangen, sondern auch ein Hochschulstudium durchzuführen;
2. allerbeste berufliche Aus- und Weiterbildung der Hand- wie der Kopfarbeiter unter mitbestimmender Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Aufstellung und Durchführung der Lehr- und Studienpläne;
3. Schaffung und Erhaltung von Kunst- und Kultureinrichtungen, die insbesondere der werktätigen Bevölkerung zugute kommen.

Jedem produktiv Schaffenden in Stadt und Land muß zu seinen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragenden Bedingungen die Möglichkeit gegeben sein, an dem Kulturgut der gesamten Menschheit teilzuhaben...

Die kulturellen Aufgaben des FDGB. - In: Um die Erneuerung der deutschen Kultur : Dokumente zur Kulturpolitik 1945 - 1949 / Dietrich, G. - Berlin : Dietz Verlag, 1983. - S. 183, 184

54. Vorschlag zur Eingliederung der Vorstudenschulen in die Universitäten und Hochschulen : Aus dem Bericht und den Vorschlägen des Ministeriums für Volksbildung des Landes Thüringen für die Zentraltagung der Leiter der Vorstudienanstalten (23. Mai 1947)

1. Werbung

Die ersten Teilnehmer der damaligen Vorstudenschule Jena wurden zusammengestellt aus besonders geeigneten Angehörigen der 8 pädagogischen Fachschulen im Land Thüringen. Danach setzte am 15. 8. 46 eine Werbekampagne ein unter der Losung "Arbeiter- und Bauernkinder an die Universität"... Es gingen ca. 1 700 Anträge ein. Bei der Vorprüfung der Unterlagen fielen 900 Bewerber aus. Von den restlichen 800 wurden nach erfolgter Eignungsprüfung ca. 520 für das Studium an der Universität (Vorstudien-Abteilung) zugelassen. Die Aktion "Arbeiter- und Bauernkinder an die Universität" ist noch im Gange.

Da die Vorstudien-Abteilung in Jena den Zustrom der Bewerber nicht fassen konnte, wurden zu Beginn des Wintersemesters 1946/47 4 Vorstudienklassen als Vorstufen der Vorstudien-Abteilung Jena in Keilhau und Erfurt eingerichtet...

6. Verhältnis zur Universität

Die Vorstudien-Abteilung der Friedrich-Schiller-Universität Jena ist ein Teil der Universität... Wir legen besonderen Wert darauf, zu betonen, daß im Sinne der ministeriellen Richtlinien die Vorstudien-Abteilung ein Bestandteil der Landesuniversität ist, dadurch ist die Voraussetzung erst gegeben, Arbeitern und Bauern im engsten Kontakt mit den höchsten Bildungsstätten und den ersten Wissenschaftlern unseres Landes das Höchstmaß an Bildung zu bieten, das ihnen im Rahmen der Demokratisierung unseres Bildungswesens zukommt.

Da unsere Erfahrungen die Richtigkeit dieser Maßnahmen bestätigen, schlagen wir vor, überall dort diese Einheit zu schaffen, wo sich die Vorstudien-Schulen am Universitätsort befinden.

7. Verantwortlichkeit der Hochschulabteilung und Schulabteilung in der Frage der Vorstudien-Abteilung

Die Vorstudien-Abteilung als Teil der Universität Jena untersteht dem Rektor und damit der Hochschulabteilung des Thüringer

Volksbildungsministeriums. Die Schulabteilung unterstützt die Vorstudien-schulen durch Stellung und Besoldung der Lehrkräfte.

8. Stellung und Besoldung der Lehrkräfte

Die Lehrkräfte der Vorstudien-Abteilung sind mit geringen Ausnahmen Studienräte, die aus dem Dienst der höheren Schule übernommen wurden. Es erweist sich als notwendig, für diese Lehrkräfte eine Dienstbezeichnung zu finden, die ihrer Lehrtätigkeit an einer akademischen Abteilung entspricht. Es hat sich die Bezeichnung "Dozent" eingebürgert. Es wird vorgeschlagen, sie als "Dozenten der Vorstudien-Abteilung" zu bezeichnen. Die Besoldung regelt sich nach dem Befehl 220 der SMAD...

Quelle: Friedrich-Schiller-Universität Jena, Universitätsarchiv, R 2, Bl. 115 - 116b

55. Für einen neuen, fortschrittlichen Geist an den Hochschulen :
Aus dem Bericht des Zentralrates an das II. Parlament der FDJ
(23. Mai 1947)

... Zur Sicherung des demokratischen Rechts auf Bildung wurden in der Berichtsperiode wesentliche Voraussetzungen erfüllt. In der Ostzone Deutschlands ist das Bildungsprivileg gebrochen. Allen talentierten Söhnen und Töchtern unseres Volkes steht der Besuch der Hochschulen und Universitäten offen. Umfangreiche Mittel wurden durch den Staat, die Gewerkschaften, die Betriebe und unsere Organisation aufgebracht, um für Minderbemittelte durch Gewährung ausreichender Stipendien den Besuch dieser Bildungsstätten zu ermöglichen.

Auch für die Gewährung einer besonderen Beihilfe für Minderbemittelte wird Sorge getragen.

Seit einem Dreivierteljahr sind auch die Vorstudienkurse für Jugendliche im Gange, die bisher nicht in den Besitz der Hochschulreife gelangen konnten. Damit ist ein neues Tor für den Aufstieg der Jugend geöffnet. Nach einer Übersicht vom Wintersemester 1946/47 studierten an den Hochschulen der Ostzone 13 187 junge Menschen, davon 2 052, die aus Arbeiterkreisen, und 459, die aus Bauernkreisen kommen. Wir sehen, daß der Anteil der Studenten, die aus den schaffenden Schichten kommen, noch sehr gering ist und daß zu dem Recht auf Bildung auch der Drang nach Bildung gehört.

Ihn zu wecken, wird mit die Aufgabe unserer Organisation sein.

Eine besondere Bedeutung zur Vorbereitung zum Studium kommt daher den Vorstudienanstalten in der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin zu...

In Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone werden zur Zeit insgesamt über 2 800 Jugendliche in den Vorstudienanstalten zur Hochschulreife herangebildet. Wann wurde dies einmal unter besseren sozialen Verhältnissen unseres Volkes erreicht? Eine Verpflichtung mehr für uns, alles zu tun, daß die Universitäten eine neue, mit dem Volk verbundene Intelligenz heranentwickeln. Hierzu gehört aber nicht nur die Hinzuführung neuer Kräfte an die Geistesstätten, sondern auch die Garantie, daß ein neuer Geist diese Stätten beherrscht. Hieran mangelt es sehr und unsere Tätigkeit an den Universitäten und Hochschulen war leider sehr schwach. Lediglich in Sachsen-Anhalt an der Martin-Luther-Universität verstanden es unsere Freunde, eine starke Gruppe der Freien Deutschen Jugend aufzubauen.

Zur Verstärkung unserer Arbeit auf diesem Gebiet fanden zwei Konferenzen der FDJ-Studenten statt. Diese Konferenzen entwarfen u. a. das Hochschulprogramm der FDJ, das der Zentralrat dem Parlament zur Beschlußfassung unterbreitet hat, die Richtlinien zur Verwirklichung des Hochschulprogramms, einen Aktionsplan und den Semesterarbeitsplan für jede einzelne FDJ-Gruppe an den Universitäten.

Doch dieses Programm allein genügt nicht. Wir müssen an den Hochschulen einen intensiven Kampf führen, und es wird gut sein, wenn unsere verantwortlichen Freunde lernen, eine geistige Auseinandersetzung über die Probleme unserer Zeit an den Hoch- und Oberschulen zu führen, anstatt durch ungeschickte Formulierungen den Eindruck zu erwecken, als sähe die Freie Deutsche Jugend in den Studenten nur eine reaktionäre Schicht...

Baumann, E.: An der Schwelle eines neuen Lebens (Bericht des Zentralrates). - In: II. Parlament der Freien Deutschen Jugend, Meissen, 23. bis 26. Mai 1947. - Berlin : Verlag Junge Welt, 1952. - S. 47, 48

Im Kampf um eine demokratische Entwicklung Deutschlands spielen die Hochschulen eine entscheidende Rolle; die deutsche Jugend kann daher von Professoren, Studenten und den Hochschulbehörden erwarten, daß sie sich der besonderen Verantwortung, die sie gegenüber dem deutschen Volke zu tragen haben, bewußt sind.

Sie werden aber ihrer großen Aufgabe nur gerecht werden, wenn sie die Lehren der Vergangenheit beherzigen, den Weg einer demokratischen Reform der Hochschule gehen.

Wir, die Freie Deutsche Jugend, werden von uns aus alles fördern, was zu einem schnelleren Aufbau demokratischer Hochschulen beiträgt. Deshalb setzen wir uns dafür ein,

1. daß der Kampf um Wahrheit, Humanität und Fortschritt das Leben der Hochschule bestimme, daß sie zum Zentrum des geistigen Ringens um ein neues Deutschland werde. Wir erwarten von ihr, daß sie alle großen Fragen der Neugestaltung unseres nationalen Lebens aufgreift, sie zum Gegenstand der Lehre und Forschung macht und die gewonnenen Erkenntnisse der breiten Öffentlichkeit vermittelt;

2. daß die Jugend der Hochschulen gemeinsam mit der schaffenden und lernenden Jugend des gesamten Volkes die Probleme der jungen Generation löse;

3. daß die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft der des Volkes gerecht werde. Das wird nur durch eine großzügige Förderung des Studiums der Werktätigen zu erreichen sein;

4. daß das Studium einer demokratischen Studentenschaft wirtschaftlich sichergestellt werde;

5. daß die volle Gleichberechtigung der Frauen bei der Zulassung zum Studium und bei der Besetzung von Lehrstühlen verwirklicht werde;

6. daß ein freizügiger Wechsel der Hochschulen innerhalb Deutschlands für die demokratische Studenten- und Dozentenschaft möglich werde;

7. daß enge Beziehungen zu den Hochschulen des Auslandes auf wissenschaftlichem, kulturellem und gesellschaftspolitischem Gebiet zur Festigung der Freundschaft und des Friedens zwischen den Völkern aufgenommen und gepflegt werden.

In: Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend : Erster Band. - Berlin : Verlag Neues Leben, 1960. - S. 91, 92

57. Auf dem Wege zur einheitlichen Gestaltung der Vorstudienausbildung : Aus dem Programm für die Arbeitsbesprechung der für die Vorstudienanstalten verantwortlichen Regierungsvertreter und der Leiter der Vorstudienanstalten über die einheitliche Gestaltung der Vorstudienanstalten am 28. und 29. Mai 1947 in Berlin

...

Tagesordnung:

- a) Werbung für die Vorstudienanstalt
- b) Zulassungsbedingungen
- c) Studiendauer
- d) Lehrpläne
- e) Prüfungsordnung
- f) Verhältnis (der) Vorstudienanstalten zu den Universitäten
- g) Verantwortlichkeit der Hochschulabteilung und der Schulabteilung in der Frage der Vorstudienanstalten
- h) Stellung und Besoldung der Lehrkräfte
- i) Soziale Betreuung der Studierenden
- k) Sonderkursus für Mediziner und Wirtschaftswissenschaftler

Vertreter der Länder werden gebeten, zu den Punkten a - k schriftlich formulierte Vorschläge der Konferenz vorzulegen und bereits vorhandenes oder in Arbeit befindliches Werbematerial sowie Material über soziale Zusammensetzung der Hörer an den Vorstudienanstalten und sonstiges statistisches Material mitzubringen.

Quelle: Friedrich-Schiller-Universität Jena, Universitätsarchiv, R 2, Bl. 117

58. Anzahl der Vorstudienanstalten, ihr Verhältnis zur Universität und die finanzielle Sicherstellung ihrer Arbeit : Aus den Berichten der Vertreter der Landesregierungen auf der Konferenz der Leiter der Vorstudienanstalten und Vertreter der Landesregierungen am 28. und 29. Mai 1947 in Berlin

Landesregierung Brandenburg

Antrag auf Gründung einer Vorstudienanstalt für Brandenburg wurde von der SMA Karlshorst im Januar d. J. abgelehnt. Die Hörer sind z. T. in die Lehrerausbildung mit hineingenommen; zusammengefaßt in einer Förderklasse wurden sie der Schule übergeben.

Landesregierung Mecklenburg

Rostock und Greifswald Vorstudienanstalten, außerdem 15 kleine Abendschulen.

Da (ein gesonderter - H.-J. L.) Etat von der SMA gestrichen wurde, gibt die Universität die Gelder.

Landesregierung Sachsen

7 Vorbereitungskurse, u. zw. in: Chemnitz, Dresden, Freiberg, Görlitz, Leipzig, Plauen, Zwickau.

Der Universität nicht angegliedert; engere Bindung mit Volkshochschulen angestrebt.

Lehrbetrieb wird aus Mitteln des Staates bezahlt. Durch das zentral eingerichtete Stipendienwesen erhält jeder Schüler im Durchschnitt nach den neuen Richtlinien monatlich RM 150,-.

Landesregierung Thüringen

Vorstudienabteilung an der Universität Jena, außerdem 2 Vorbereitungsschulen in Keilhau und Erfurt (Schulen sind der Abteilung untergeordnet). Vorstudienabteilung in Jena ist ein Teil der Universität, der Pädagogischen Fakultät angegliedert, dem Rektor unterstellt.

Im Rahmen des Verhältnisses zur Universität ein eigener Etat.

Grundsätzlich werden gezahlt: RM 120,- für Unverheiratete

RM 150,- für Verheiratete

RM 10,- für jedes Kind zusätzlich.

Landesregierung Sachsen-Anhalt

Vorsemeranstaht Halle

Vorsemer gilt als Vorbereitung zum Abitur, Hörer sind aber ein Teil der Universität und unterstehen dem Studenten-Statut. Das Vorsemer ist im Etat der Universität enthalten.

Stipendienfonds wird gesondert geführt. Stipendien werden in folgenden Gruppen gezahlt:

Einkommen der Eltern bis 200,- RM

200 - 300,- RM

über 400,- RM

Stipendien staffeln sich von RM 135,- plus 30,- für Verheiratete bis abwärts auf RM 70,- plus 30,- für Verheiratete.

Berlin

Vorstudienanstalt Berlin ist eine Einrichtung der Zentralverwaltung, gleichzeitig zuständig für die Mark Brandenburg. Verhältnis

zur Universität: Vorstudienanstalt bei der Universität Berlin. Es handelt sich hier lediglich um eine Zuordnung. Eigener Etat im Rahmen des gesamten Etats der Universität.

Quelle: Staatsarchiv Dresden, Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Nr. 1371, Bl. 50 - 56

59. Anzahl und soziale Zusammensetzung der Studierenden an den Vorstudienanstalten : Nach einer die Berichte der Vertreter der Landesregierungen zusammenfassenden Statistik der Abt. Hochschulen und Wissenschaft der Zentralverwaltung für Volksbildung

	Land Mecklbg.	Sachsen	Thüringen	Sachsen- Anhalt	Berlin/ Brandbg.	insges.
Anzahl d. Schulen:	2	7	1 (+ 2 Vorb.- schulen)	1	1	12 (+ 2 Vorb.- schulen)
Studierende:	325	941	476 (+330)	767	572	3 411
davon Arbeiter und Bauern	77 %	65 %	80 %	85 %	67 %	74,8 %
Dozenten	26	70	37	44	25	202

Quelle: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Verwaltungsarchiv, Nr. 3683/1

60. Distanzierte Positionen zur Vereinheitlichung der Vorstudienausbildung : Aus dem Bericht des Referats Arbeiterstudium des Ministeriums für Volksbildung des Landes Sachsen zu den Ergebnissen der Beratung zur einheitlichen Gestaltung der Vorstudienanstalten (31. Mai 1947)

In der am 28. und 29. Mai in Berlin stattgefundenen Arbeitsbesprechung ... wurden die Fragen der einheitlichen Gestaltung der Vorstudienanstalten besprochen und Vorschläge ausgearbeitet, die der Ministerkonferenz zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollen...

Allgemeines:

Die Stellungnahme Sachsens zu den einzelnen Tagesordnungspunkten stimmte nicht überall überein mit der Stellungnahme der DZV und der Stellungnahme der Regierungsvertreter für die Vorstudienanstalten in den übrigen Ländern der Zone. Sachsen hat als einziges Land seine Vorstudienanstalten nicht als Abteilungen der Hochschulen aufgebaut, sondern sie über das ganze Land dezentralisiert. Durch diese Dezentralisation der Kurse ist es möglich, besser an die werktätigen Schichten des breiten Landes heranzukommen. Aus dieser Dezentralisation ergab sich auch die Unterstellung der Kurse unter die Abteilung Schulwesen. Die Unterstellung unter diese Abteilung gewährleistet erst die Organisation des Lehrbetriebes. Auch für die Zukunft ist die Durchführung des Lehrbetriebes durch die Schulabteilung sichergestellt. Damit ergaben sich aus den Punkten: Verhältnis der Vorstudienanstalten zu den Universitäten und Verantwortlichkeit der Hochschulabteilung oder der Schulabteilung in der Frage der Vorstudienanstalten für die Vereinheitlichung Schwierigkeiten.

Es ist nicht möglich, im Lande Sachsen die Vorstudienanstalten ohne weiteres als selbständige Abteilungen den jeweiligen Hochschulen anzugliedern. Eine Unterstellung der Vorstudienanstalten unter die Verantwortlichkeit der Hochschulabteilung würde zudem in der Gestaltung des Lehrbetriebes große Nachteile mit sich bringen. Deshalb ist in diesen beiden Punkten auf die sächsischen Verhältnisse besondere Rücksicht zu nehmen und sind entsprechende Formulierungen bei den Beschlüssen der Ministerkonferenz zu beachten. Bei den von der DZV der Ministerkonferenz vorgelegten Vorschlägen wird unter Abschnitt IV der Prüfungsordnung, Punkt 2, Zusammensetzung der

Prüfungskommission, bestimmt, daß zu den Mitgliedern der Kommission auch ein von der Behörde bestellter Professor der jeweiligen Universität gehört. Hierzu ist zu sagen, daß bei der Dezentralisation der sächsischen Vorstudienanstalten und dem Vorhandensein von 3 Hochschulen im Land Sachsen es unmöglich ist, die Zuständigkeit einer Hochschule festzulegen, abgesehen davon, daß die Abt. Schulwesen formal nicht zuständig ist für die Ernennung eines Professors als Prüfungsmitglied... Auch im Tagesordnungspunkt Studiendauer müssen die sächsischen Verhältnisse unbedingt berücksichtigt werden. In Sachsen läuft ein einjähriger Turnus, und es ist nicht ohne weiteres möglich, die Kurse bis auf 2 Jahre auszuweiten...

A. Zulassungsbedingungen:

Die ausgearbeiteten Vorschläge sind abgestimmt auf die sächsischen Vorschläge...

B. Studiendauer:

Für die Kursusdauer einigte man sich darauf, sie auf 1 - 2 Jahre festzulegen. Abgelehnt wurde vom Land Sachsen und Sachsen-Anhalt, eine Teilung der Vorstudienteilnehmer in Volks- und Mittelschüler vorzunehmen...

C. Lehrpläne:

Sachsen stimmte zu, die Lehrpläne für die gesamte Zone zu vereinheitlichen. Man einigte sich dabei auf die Formulierung, daß die von einer Kommission auszuarbeitenden Lehrpläne als Richtlinien gelten sollen...

D. Prüfungen:

Sachsen konnte sich der Meinung nicht ganz anschließen, daß für die Vorstudienanstalten, für welche die Schulabteilungen zuständig sind, ein Professor der Hochschule mit Sitz und Stimme in die Prüfungskommission zu berufen ist...

E. Verhältnis der Vorstudienanstalten zu den Universitäten:

Es wird der Vorschlag gemacht, die Vorstudienanstalten als selbständige Abteilungen den jeweiligen Hochschulen anzugliedern. Die Kursusteilnehmer sollen in den Rechten den übrigen Studierenden der Universitäten gleichgesetzt werden. Die sächsische Dezentralisation der Kurse muß bei diesem Vorschlag berücksichtigt werden...

Eine Zuständigkeit der Schulabteilung muß für Sachsen gewährleistet werden...

Quelle: Staatsarchiv Dresden, Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Nr. 1371, Bl. 44 - 46

61. Vorstudienausbildung - ein wichtiger Beitrag zur Demokratisierung des Hochschulwesens : Aus den Resolutionen des 1. Studentenkongresses der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 19. bis 22. Juni 1947 in Halle (22. Juni 1947)

...

12. Die anwesenden Delegierten des 1. Studentenkongresses der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands betrachten es als einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung, Angehörige aller Schichten unseres Volkes, denen in der Vergangenheit nicht die Möglichkeit zum Studium gegeben war, an die Hochschule heranzuführen. Sie fordern daher, den Befähigten aller Schichten in gleicher Weise einen gerechten Anteil am Studium zu sichern. Eine auf die Dauer gerichtete Verwirklichung dieses Zieles kann ihrer Ansicht nach nur durch eine organische Entwicklung erreicht werden. Dies wird zur Zeit in den Vorstudienkursen durchgeführt.

Sie sind der Meinung, daß nicht eine schnelle, sondern eine gründliche und hochwertige wissenschaftliche Ausbildung in den Vorstudienkursen im Interesse aller ihrer Studierenden dringend notwendig ist.

Um zu sichern, daß der gesamte akademische Nachwuchs der Universitäten und Hochschulen ihren hohen Anforderungen entspricht, und um eindeutig zu zeigen, daß sich die Universität die Förderung der in der Vergangenheit Benachteiligten in besonderem Maße angelegen sein läßt, sollen die Vorstudienanstalten eine Einrichtung der Universität werden. Daraus ergibt sich, daß bei der Aufnahme zu den Vorstudienkursen der Einfluß der Universität maßgebend gesichert sein muß.

In: Forum. - Berlin ; Leipzig 1(1947) = 6. - S. 29 (229)

62. Begabte Kräfte des Volkes in alle deutschen Hochschulen :
Erklärung der am 1. Studentenkongreß der sowjetischen Be-
satzungszone Deutschlands teilnehmenden Studentenvertreter
von Hochschulen in der amerikanischen, britischen und fran-
zösischen Besatzungszone (22. Juni 1947)

Meine Kommilitonen aus dem Westen haben mich beauftragt, die Er-
klärung hier vorzulesen. Sie verstehen, warum wir eine Erklärung
abgeben und keine Resolution.

"Die Delegierten der Westzonen verfolgen mit aufmerksamem Interes-
se Ihre Bestrebungen, den sozial schlechter gestellten Schichten
des Volkes mehr als bisher das Hochschulstudium zu ermöglichen.
Wir sind der Ansicht, daß ohne irgendwelche Rücksichten auf partei-
politische, rassische, wirtschaftliche oder soziale Voraussetzun-
gen jedem Angehörigen unseres Volkes seiner Begabung gemäß Gelegen-
heit zum Hochschulstudium gegeben werden muß."

In: Forum. - Berlin ; Leipzig 1(1947). = 6. - S. 28 (228)

63. Neue Auswahlgrundsätze für die Zulassung zum Studium : Aus
den Bestimmungen für die Aufnahme von Studenten in die Uni-
versitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone
für das Wintersemester 1947/48 (22. Juli 1947)

Zweck dieser Richtlinien ist die Sicherstellung der Ausbildung
wirklich demokratischer Fachkräfte, die auch imstande sind, die
Aufgaben der demokratischen Umgestaltung Deutschlands zu bewälti-
gen.

I.

Es sind daher folgende Grundsätze bei der Aufnahme der Studenten
an die Universitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungs-
zone anzuwenden:

1. An die Universitäten und Hochschulen werden Bewerber aufge-
nommen, die die erforderliche Vorbereitung zum akademischen
Studium durch entsprechende Zeugnisse nachweisen oder eine
Aufnahmeprüfung bestehen. An die Bewerber zum Studium an
Spezialhochschulen (Musikhochschulen, Kunsthochschulen o. ä.)
können zusätzliche fachliche Anforderungen gestellt werden.

2. Bei der Aufnahme von Studenten gilt nachstehende Reihenfolge:
 - a) Bewerber aus Arbeiter- und Bauernkreisen, sofern sie nicht Mitglieder der NSDAP waren, Absolventen der Vorstudienanstalten und Bewerber, die aus sozialen, politischen oder rassischen Gründen unter dem Naziregime benachteiligt wurden;
 - b) Personen, die nicht Mitglieder oder Anwärter der NSDAP oder ihrer Gliederungen waren;
 - c) Personen, die nur Mitglieder der Hitlerjugend oder des BDM waren.
3. Nominelle Mitglieder oder Anwärter der NSDAP oder ihrer Gliederungen sowie Offiziere der ehemaligen deutschen Streitkräfte können nur nach einer sorgfältigen individuellen Prüfung als Studenten aufgenommen werden. (Dabei ist zu beachten, daß lt. Kontrollratsbeschluß die Zahl der ehemaligen Mitglieder und Anwärter der NSDAP 10 % der aufzunehmenden Studenten der einzelnen Fachrichtungen nicht überschreiten darf.) Die Zahl der ehemaligen Offiziere kann bis zu 5 % der aufzunehmenden Studenten der einzelnen Fachrichtung betragen...

Quelle: Staatsarchiv Schwerin, Ministerium für Volksbildung,
Nr. 2192, Bl. 175 a/b

64. Vorschläge für die Vereinheitlichung der Vorstudienausbildung : Aus den Vorschlägen der Abt. Hochschulen und Wissenschaft der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung für die einheitliche Regelung in der Frage der Vorstudienanstalten (bzw. Vorsemester) (25. Juli 1947)
-

Anlässlich der Konferenz der zuständigen Referenten der Volksbildungsministerien und der Leiter der Vorstudienanstalten wurden beiliegende Vorschläge für die einheitliche Regelung in der Frage der Vorstudienanstalten angenommen, deren endgültige Beschlußfassung der nächsten Ministerkonferenz vorbehalten bleibt. Wir bitten die Schulabteilung um Stellungnahme.

...

V. Zuständigkeit für die Vorstudienanstalten.

1. Die Vorstudienanstalten sind selbständige Abteilungen der jeweiligen Hochschulen. Die Hörer der Vorstudienanstalten

haben die Rechte und Pflichten der voll immatrikulierten Studenten, soweit sie nicht das Fach betreffen. Die sächsische Dezentralisation in der Frage der Vorstudienanstalten ist hierbei zu berücksichtigen.

2. Die Vorstudienanstalten unterstehen verwaltungsmäßig den Hochschulabteilungen der jeweiligen Ministerien bzw. in Berlin der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, soweit keine besonderen Referate für Arbeiterstudium (Land Sachsen) geschaffen sind. Die Zusammenarbeit mit den Schulabteilungen ist zu gewährleisten. In den Fragen der Werbung, der Zulassung, der sozialen Betreuung und wissenschaftlichen Förderung wirken die "Kommissionen zur Förderung des Studiums der Werktätigen" verantwortlich mit.

VI. Lehrkörper.

Die Vorstudienanstalten können ihre Aufgaben nur erfüllen mit einer ausreichenden Anzahl politisch und fachlich qualifizierter fortschrittlicher Lehrer. Im Augenblick reichen die an den Vorstudienanstalten vorhandenen Lehrkräfte ihrer Zahl nach in keiner Weise aus. Dieser unerträgliche Zustand wird nur durch Schaffung besonders günstiger Bedingungen für den Lehrkörper der Vorstudienanstalten behoben werden können. Dazu gehört insbesondere die Anerkennung der Lehrkräfte der Vorstudienanstalt als eine Gruppe innerhalb der Hochschuldozentenschaft...

Quelle: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Verwaltungsarchiv, Nr. 2127/1

65. Arbeiterstudenten werben für das Arbeiterstudium : Hinweise der Vorstudienabteilung der Universität Jena für ihre Studenten, die während der Ferien in Betrieben ihres Heimatortes für das Studium werben (1947)
-

Grundsätzliches

1. Halte kein politisches Referat, wenn Du dazu nicht besondere Eignung oder Neigung hast.
2. Vergiß aber nicht, Dir die wesentlichsten politischen Züge unserer Arbeit einzuprägen.
 - a) Es gibt kein besonderes Anrecht mehr der Besitzenden auf die Bildung.

- b) In den Ländern der Ostzone hat ein jeder, der unter dem Nazismus aus politischen, rassischen oder sozialen Gründen nicht studieren konnte, die Möglichkeit, die Universität zu besuchen, sofern er den eigenen Wissensdrang und die erforderliche Begabung besitzt.
 - c) Wir ziehen keinen Strich zwischen der wissenschaftlichen und politischen Arbeit. Der Student von heute muß wissen, daß er sich im Kampf für die Demokratisierung Deutschlands auf die Seite der fortschrittlichen Kräfte stellen muß.
 - d) Begabung, Fleiß und eigener Wissensdrang sind die unerläßlichen Voraussetzungen für das Studium; ohne sie kann es in der Wissenschaft kein Vorwärtkommen geben.
3. Erzähle aus Deiner Familie, Deiner Volksschulzeit, Deiner Lehrzeit. Erzähle, wodurch Dein Wissensdrang und die Absicht zu studieren entfacht wurden. Erzähle von Deiner Arbeit in Jena und davon, wie wir die Schwierigkeiten der Nazikatastrophe überwunden haben. (Raumnot; Winternot; Ausweichen in Gasthäuser; Büchernot; Studiengemeinschaften).
 4. Aber bleibe auf dem Boden stehen!
Nichts ist gefährlicher als Übertreibung und Schönfärberei!
 5. Halte klar die Aufgabe im Auge:
Wir wollen begabte Söhne und Töchter aus Arbeiterfamilien mit eigenem Wissensdrang und Bildungstrieb und mit erwiesener demokratischer Gesinnung für die Universität werben.
 6. Darum müssen wir alle Studentenromantik "Alt Heidelberg" und die Illusion, sich mit billigen Mitteln lediglich einen gehobenen Beruf zu verschaffen, entschieden abweisen.

Disposition

1. Wie kam ich auf den Gedanken zu studieren?
 - a) Mein Elternhaus
 - b) Erinnerungen an meine Volksschulzeit
 - c) Die Lehrzeit
 - d) Die Universität
2. Wie verläuft mein Arbeitstag in Jena?
 - a) Schilderung einer Unterrichtsstunde
 - b) Die politische Zeitungsschau
 - c) Die Mensa

- d) Die Arbeitsgruppe
 - e) Die Arbeit in der Betriebsgruppe
3. Wie baut sich die Vorstudienabteilung auf?
- a) Einteilung nach Vorbildung in Klassengruppen
 - b) Wie wird an der Vorstudienabteilung gelehrt?
 - c) Wie ich mein Abitur ablegte (bzw. vorbereite)
 - d) Vorstudienabteilung und Universität
(Wir können schon Vorlesungen hören, da wir immatrikuliert sind. Jedoch hat es sich herausgestellt, daß es richtiger ist, zuerst die Reifeprüfung zu machen. Daher wird ab 1. 10. 47 erst nach vollem Abschluß immatrikuliert).
 - e) Wie lange dauert das Studium, und was kann man werden?
4. Was hat sich im Leben der Universität geändert?
- a) Wie war es früher? Wer studierte?
 - b) Warum Arbeiter und Bauern an die Universität?
(60 % Arbeiter und Bauern im Lande Thüringen, aber 1945 nur 5 % Arbeiter- und Bauernkinder, 1947 30 % Arbeiter- und Bauernkinder)
 - c) Zwei Voraussetzungen für das Studium: Begabung, ernster Wissensdrang
 - d) Aus der Arbeit der Vertrauensleute und Studentenausschüsse erzählen. (Beispiel: Die Klasse A3 u. ä.)
5. Was wird für uns Arbeiterstudenten getan?
- a) Freies Studium, keine Gebühren
 - b) Die Krankenkasse
 - c) Stipendium
 - d) Die Mensa
 - e) Andere Zuwendungen
 - f) Feiern und Vergnügungen (Geselliges Leben)...

Nach: Mertens, A.: Die Vorgeschichte der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1945 - 1949. - 1956. - S. 99, 100. - Jena, Friedrich-Schiller-Universität, Staatsexamensarbeit

66. Vollständigen Ausbau der Vorbereitungskurse sicherstellen :
Aus einem Schreiben des Chefs der Verwaltung der SMA, Land
Sachsen, Generalmajor Dubrovskij, an den Ministerpräsidenten
des Landes Sachsen, Max Seydewitz (16. September 1947)

Unter der Leitung der Finanzabteilung der SMA des Landes Sachsen hat das Finanzministerium eine Überprüfung der Verausgabung der Haushaltsmittel in denjenigen Anstalten des Ministeriums für Volksbildung durchgeführt, die von dem Landeshaushalt finanziert werden...

Das Ministerium für Volksbildung untergräbt dem Wesen nach die Durchführung der wichtigsten Maßnahmen zur Demokratisierung der Hochschulen. Die Vorbereitungskurse für Arbeiter zwecks Eintritt in die höheren Lehranstalten sind nicht voll entwickelt worden. Es sind nur 40 % des Lehrkörpers für diese Kurse vorhanden. Die Rechtfertigung, daß ein Mangel an qualifizierten Lehrern bestehe, ist offensichtlich haltlos. Es kann nur einen Grund geben: mangelnder Wunsch, sich mit dieser Arbeit zu befassen...

Zur Beseitigung der oben erwähnten Mängel und einer grundlegenden Besserung der Planungsarbeit und der Durchführung der Haushaltspläne ist es notwendig, folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Das Ministerium für Volksbildung hat:

...

- c) ab 1. Oktober d. J. die Kurse zur Vorbereitung der Arbeiter für das Hochschulstudium vollständig zu entwickeln und sie mit dem entsprechenden qualifizierten Lehrpersonal zu versehen...

Quelle: Technische Universität Karl-Marx-Stadt, Universitätsarchiv, ABF I/1., Bl. 91 - 95

67. Wissenschaftlicher Nachwuchs aus den Reihen des werktätigen Volkes : Aus dem Referat Walter Ulbrichts auf dem II. Parteitag der SED (23. September 1947)

... Gestattet in diesem Zusammenhang ein Wort zur Nachwuchsfrage. Früher kamen die leitenden Staatsangestellten von der Universität. Auch heute brauchen wir einen akademischen Nachwuchs. Er soll jedoch vor allem aus den arbeitenden Schichten hervorgehen. Von diesem Gesichtspunkt aus halten wir die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft an den Universitäten für unbefriedigend. An der Universität Halle zum Beispiel studieren nur 8,7 Prozent Arbeiter, 16,7 Prozent Angestellte, 33 Prozent Söhne und Töchter früherer Beamter und 28,9 Prozent Söhne und Töchter der Intelligenz. An der Universität Jena studieren 21,9 Prozent Arbeiterstudenten, an der Universität Leipzig 27,3 Prozent.

Mir scheint, es ist notwendig, eine größere Anzahl Jugendlicher aus Arbeiterkreisen für das Universitätsstudium vorzubereiten. Viele Studenten glauben, daß es genügt, wenn sie sich ihrem Fachstudium widmen. Das bedeutet jedoch, die Aufgaben der Universität zu eng sehen. Aus der Universität sollen nicht Studenten hervorgehen, die die demokratische Ordnung hinnehmen, ohne innerlich überzeugt zu sein. Heute hat die studierende Jugend alle Möglichkeiten zur freien Entwicklung ihrer Fähigkeiten. Dazu gehört aber nicht nur die Erwerbung von Fachkenntnissen, sondern auch eine demokratische Überzeugung...

In: Protokoll der Verhandlungen des II. Parteitages der SED, 20. - 24. September 1947. - Berlin : Dietz Verlag, 1947. - S. 483

68. Schritte zur Verwirklichung der Rechte der jungen Generation : Aus der Resolution des II. Parteitages der SED zur Jugendfrage (24. September 1947)

I.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands als Partei des werktätigen Volkes vertritt und verteidigt die Rechte der jungen Generation. Sie setzte sich daher immer für die jungen Menschen ein und erzielte eine Reihe bedeutender Erfolge in ihrem Interesse.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands scheute keine

Mühen und Anstrengungen, um die deutsche Jugend aus der Tiefe ihres Unglücks, in das sie der Nazismus hinabstieß, wieder bergan zu einem neuen Leben zu führen.

Im Gegensatz zu den Vertretern des Monopolkapitals, die erneut versuchen, die Jugend für ihre volksfeindlichen Ziele zu mißbrauchen und sie dadurch wiederum zu einer "verlorenen Generation" machen, wollen wir Sozialisten der Jugend einen breiten Weg ins Leben öffnen. Wir wollen ihren Glauben an eine bessere Zukunft, an ein einheitliches demokratisches Deutschland stärken. Wir wollen ihr das Gefühl wahrer Freundschaft und Kameradschaft im Geiste des Sozialismus geben. Wir wollen ihr die gemeinsamen Interessen des Volkes zum Bewußtsein bringen und ihr mit Rechten und Pflichten die Mitbestimmung an den Geschicken unseres Volkes einräumen. Die deutsche Jugend soll mit zum Schöpfer neuer, demokratischer und friedlicher Verhältnisse in Deutschland werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, tritt die Sozialistische Einheitspartei unermüdlich für die Interessen der Jugend ein. Sie hat in der sowjetischen Besatzungszone die demokratische Schulreform eingeleitet und ist ihre entschiedenste Verfechterin. Damit öffnete unsere Partei der Jugend viele Möglichkeiten einer besseren Bildung und Berufsausbildung. Unsere Partei anerkannte und unterstützte die Grundrechte der jungen Generation. Viele Anträge zur Förderung der Jugend wurden durch unsere Partei in den Volksvertretungen durchgesetzt. Die Neuregelung des Jugendrechtes und Jugendschutzes sowie der Berufsausbildung verdankt die Jugend unserer Partei. Vorstudienanstalten, Hochschulen und Universitäten, die Stätten der Wissenschaft und Kultur, stehen der arbeitenden Jugend offen.

Der Parteitag fordert vor allem die werktätige Jugend auf, alle Möglichkeiten zum Studium zu nutzen...

In: Dokumente der SED, Bd. I. - Berlin : Dietz Verlag, 1952. - S. 233, 234

69. Vorbereitungskurse im Land Sachsen konstituieren sich als Vorstudienanstalten : Rundschreiben Nr. 8 des Referats Arbeiterstudium an die Vorsitzenden der Kreiskommissionen zur Förderung des Arbeiterstudiums (7. Oktober 1947)

Es wird Ihnen mitgeteilt, daß laut Beschluß der Arbeitstagung der Leiter und Dozenten der sächsischen Vorstudienanstalten beschlossen wurde, die bisherigen Vorbereitungskurse im Lande Sachsen als Vorstudien - Anstalten zu bezeichnen.

Quelle: Staatsarchiv Dresden, Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Nr. 1367, Bl. 79

70. Umgestaltung des Ausbildungsganges an der Vorstudien-Abteilung Jena : Verfügung des Ministers für Volksbildung des Landes Thüringen (9. Oktober 1947)

Allen in diesem Jahre neu eintretenden Hörern Ihrer Anstalt ist das Folgende zu eröffnen:

- 1.) Die Hörer der Vorstudien-schule haben die Rechte der immatrikulierten Studenten, mit einer Ausnahme: sie dürfen im Lehrbetrieb der Universität noch keine Vorlesungen hören und an keinen Übungen teilnehmen.
- 2.) Antrag auf Immatrikulation kann erst dann gestellt werden, wenn die Abschlußprüfung in allen erforderlichen Fächern bestanden wurde.
- 3.) Die Abschlußprüfung wird nicht in Etappen abgelegt, sondern am Ende der Ausbildung.
- 4.) Die Studiendauer richtet sich nach der Vorbildung der Hörer. Leistungsgruppe I führt nach 1 Jahr, Leistungsgruppe II nach 1 1/2 Jahr zum Abschlußexamen. Wer trotz grundsätzlicher Eignung sein Studienziel nicht erreicht, erhält die Gelegenheit zur Weiterarbeit an der Vorstudien-schule. Das Gesamtstudium an der Vorstudien-schule darf jedoch 2 Jahre nicht überschreiten. Das Unterrichtsziel der Vorstudien-schule ist für beide Leistungsgruppen dasselbe.

- 5.) Über die Zulassung zur Universität entscheidet der Zulassungsausschuß nach besonderen Richtlinien, die besagen, daß die Hörer der Vorstudien­schule bevorzugt zum Studium zuzulassen sind, wenn sie allen Anforderungen entsprechen.

Quelle: Friedrich-Schiller-Universität Jena, Universitätsarchiv,
R 1

71. Abschlußprüfung an der Vorstudien­schule Erfurt : Aus einem Bericht des Leiters der Vorstudien­schule (24. November 1947)

Die Reifeprüfung an der Vorstudien­schule Erfurt fand Ende August bis Anfang September 1947 statt...

zu c) Den Schülern war die Möglichkeit gegeben, die Reifeprüfung in einzelnen Fächern nach ihrer Wahl abzulegen. Mit einem Teilreifezeugnis versehen, wurden die meisten von ihnen der Vorstudien­abteilung der Friedrich-Schiller-Universität in Jena überwiesen, wo sie im Laufe der nächsten Semester die Reifeprüfung in den noch fehlenden Fächern zu leisten haben. Zur Erlangung des Vollreifezeugnisses ist erforderlich die Ablegung der Reifeprüfung in 5 Fächern, wobei in jedem dieser Fächer eine schriftliche Arbeit anzufertigen ist und als verbindliche Fächer gelten: Deutsch, Mathematik und eine moderne Fremdsprache.

Unter Zugrundelegung dieser Bestimmungen haben die dies­jährige Reifeprüfung bestanden: 12 Schüler...

zu d) Sämtliche Schüler, die die Vollreifeprüfung bestanden haben, sind in Jena immatrikuliert worden und gehören der dortigen Vorstudien­abteilung nicht mehr an...

zu e) Die Anforderungen, die bei der Prüfung gestellt wurden, entsprachen im allgemeinen denjenigen an Oberschulen und können, wie die Protokolle der mündlichen Prüfungen ausweisen, durchaus einen Vergleich mit den dortigen Ergebnissen aus­halten. Die Gewähr hierfür ist darin geboten, daß die meisten Prüfungskommissionsmitglieder erprobte Lehrer an Ober­schulen mit langjähriger Erfahrung in den Oberklassen waren.

Lediglich in Latein und Englisch sind die Anforderungen in der schriftlichen Prüfung auf das Maß dessen abgestellt

worden, was ein fleißiger Volksschüler während der verhältnismäßig kurzen Dauer des Lehrgangs zu erfassen vermochte. Gleichwohl sind auch hier in der mündlichen Prüfung mitunter erstaunlich gute Ergebnisse hervorgetreten.

Quelle: Staatsarchiv Weimar, Land Thüringen, Ministerium für Volksbildung, Nr. 3438

72. Richtlinien für die Vorstudenschulen der Universitäten und Hochschulen : Aus dem von der Abteilung Hochschulen und Wissenschaft der Deutschen Verwaltung für Volksbildung der Konferenz der Volksbildungsminister zur Beschlußfassung unterbreiteten Richtlinienentwurf (November 1947)

I. Die Vorstudenschule ist eine Einrichtung der Universität, die den Zweck verfolgt, solchen jungen Menschen, die in der Vergangenheit aus sozialen, rassistischen und politischen Gründen vom Besuch der Mittel- und Oberschule ausgeschlossen waren, aber den Wunsch haben, die Universität zu absolvieren, behilflich zu sein, die Hochschulreife zu erlangen. Darum werden vorzugsweise Arbeiter- und Bauernkinder mit Volksschulbildung aufgenommen und durch besondere pädagogische und methodische Maßnahmen in kürzester Frist gefördert. Oberschüler, die ihr Abitur nachholen möchten, sind an die ordentlichen Oberschulen oder, falls sie älter als 21 Jahre sind, an besondere Abendkurse der Oberschulen zu verweisen.

Die Vorstudenschule ist einer Fakultät gleichgestellt, ihre Hörer genießen die gleichen Rechte und Pflichten wie die ordentlich immatrikulierten Studenten...

Quelle: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Verwaltungsarchiv, Nr. 2127/1

73. Einheitliche Grundsätze für die Vorstudienausbildung an den Universitäten und Hochschulen : Aus der von der Konferenz der Volksbildungsminister beschlossenen Fassung der Richtlinien für die Vorstudienabteilungen der Universitäten und Hochschulen (2. Dezember 1947)

I. Die Vorstudienabteilung ist eine Einrichtung der Universität, die den Zweck verfolgt, jungen Menschen, die in der Vergangenheit aus sozialen, rassistischen und politischen Gründen vom Besuch der Mittel- und Oberschule ausgeschlossen waren, aber den Wunsch haben, die Universität zu absolvieren, behilflich zu sein, die Hochschulreife zu erlangen. Darum werden vorzugsweise Arbeiter- und Bauernkinder mit Volksschulbildung aufgenommen und durch besondere pädagogische und methodische Maßnahmen in kürzester Frist gefördert. Bewerber, die über die mittlere Reife hinaus eine Oberschule besucht haben und ihr Abitur nachholen möchten, sind an die ordentlichen Oberschulen oder, falls sie älter als 21 Jahre sind, an besondere Abendkurse der Oberschulen zu verweisen.

Die Vorstudienabteilung ist eine vorbereitende Fakultät. Ihre Hörer genießen die gleichen Rechte und Pflichten wie die ordentlich immatrikulierten Studenten.

Die Hörer der Vorstudienabteilung dürfen nur mit Genehmigung des Leiters der Vorstudienabteilung Vorlesungen der anderen Fakultäten besuchen.

Der Leiter der Vorstudienabteilung hat Sitz und Stimme im Senat, wenn Fragen der Vorstudienabteilung oder Fragen behandelt werden, die das Studium der Werktätigen betreffen.

Soweit Vorstudienabteilungen, die den in den Richtlinien festgelegten Bestimmungen entsprechen, außerhalb des betreffenden Hochschulortes liegen, sind sie als Außeneinrichtung der Hochschule zu betrachten...

Quelle: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Verwaltungsarchiv, Nr. 2127/1

74. Richtlinien für die Vorstudienabteilungen der Universitäten
und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands
(16. Dezember 1947)

W 1048

I. Die Vorstudienabteilung ist eine Einrichtung der Universität, die den Zweck verfolgt, jungen Menschen, die in der Vergangenheit aus sozialen, rassischen und politischen Gründen vom Besuch der Mittel- und Oberschule ausgeschlossen waren, aber den Wunsch haben, die Universität zu absolvieren, behilflich zu sein, die Hochschulreife zu erlangen. Darum werden vorzugsweise Arbeiter- und Bauernkinder mit Volksschulbildung aufgenommen und durch besondere pädagogische und methodische Maßnahmen in kürzester Frist gefördert.

Bewerber, die über die mittlere Reife hinaus eine Oberschule besucht haben und ihr Abitur nachholen möchten, sind an die ordentlichen Oberschulen oder, falls sie älter als 21 Jahre sind, an besondere Abendkurse der Oberschulen zu verweisen.

Die Hörer der Vorstudienabteilung genießen die gleichen Rechte und Pflichten wie die ordentlich immatrikulierten Studenten.

Die Hörer der Vorstudienabteilung dürfen nur mit Genehmigung des Leiters der Vorstudienabteilung Vorlesungen der anderen Fakultäten besuchen.

Der Leiter der Vorstudienabteilung hat Sitz und Stimme im Senat, wenn Fragen der Vorstudienabteilung oder Fragen behandelt werden, die das Studium der Werktätigen betreffen.

Soweit Vorstudienabteilungen, die den in den Richtlinien festgelegten Bestimmungen entsprechen, außerhalb des betreffenden Hochschulortes liegen, sind sie als Außeneinrichtung der Hochschule zu betrachten.

II. Zulassungsbedingung.

- 1.) Die Zulassung erfolgt nach einer Eignungsprüfung durch eine gemischte Zulassungskommission, bestehend aus:
 - einem Vertreter des FDGB (Vorsitzender) als
 - Vertreter des Ausschusses zur Förderung des
 - Studiums der Arbeiter und Bauern

einem Vertreter der Regierung
einem Leiter der Vorstudienabteilung
einem Vertreter der Studenten der Vorstudienabteilung
einem Fachlehrer der Vorstudienabteilung (variabel).

- 2.) Aufgenommen werden in der Regel Personen beiderlei Geschlechts im Alter von 18 bis 30 Jahren. Ehemalige Offiziere und Berufssoldaten mit einem Dienstrang vom Feldwebel aufwärts werden nicht aufgenommen. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn es sich um Sonderfälle handelt, bei denen nachgewiesen wird, daß die betreffenden Personen während des Krieges und nach dem Zusammenbruch sich eindeutig antifaschistisch betätigt haben. Bei Bewerbungen ehemaliger Mitglieder der NSDAP ist nach dem Befehl Nr. 201 der SMA zu verfahren.

III. Studiendauer.

1. Die Studiendauer hängt von der Vorbildung der einzelnen Hörer ab. Die Studenten werden in entsprechende Leistungsgruppen eingeteilt mit dem Ziel, nach 1 - 2 Jahren die Hochschulreife zu erreichen.
2. Hörern, bei denen es sich nach einem Jahr erkennen läßt, daß sie die Hochschulreife nicht erreichen werden, kann, wenn es keine andere Möglichkeit der Förderung gibt, das Aufgeben des Weiterstudiums nahegelegt werden.
3. Der Unterricht an den Vorstudienabteilungen ist kostenlos. Mittellose Vorstudenschüler, deren Eltern die Unterhaltskosten nicht aufbringen können, erhalten Stipendien nach Richtlinien und Anweisungen des Ausschusses zur Förderung des Studiums von Arbeitern und Bauern.

IV. Lehrplan.

1. Ziel des Unterrichts ist, raschestens die Hochschulreife für einen Studienzweig zu erreichen. Darum ist eine Spezialisierung des Unterrichts in den Fächern des späteren Studienzweiges notwendig. Daneben ist jedoch ein Kernunterricht in allen anderen Fächern für alle Hörer verbindlich.

2. Der Unterricht umfaßt 34 Wochenstunden. Er wird in zwei Zügen durchgeführt; im geisteswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Zug. Dabei ist folgende Wochenstundenzahl für die einzelnen Fächer zu berücksichtigen:

<u>a) Geisteswissenschaftl. Zug:</u>		<u>b) Naturwissenschaftl. Zug:</u>		
Deutsch	9 Std.	Mathematik	}	18 Std.
Geschichte	5 "	Physik		
eine Fremdsprache	7 "	Biologie		
Volkswirtschaft	3 "	Chemie		
Geographie	2 "	Deutsch		7 "
demokratisches bzw. kulturelles Forum		eine Fremdsprache		4 "
(Gegenwartskunde)	2 "	demokratisches bzw. kulturelles Forum		
allg. Einführung in die Grundfragen der Mathematik u. Naturwissensch.	6 "	(Gegenwartskunde)		2 "
		Einführung in Geschichte und Volkswirtschaft		3 "

Für den naturwissenschaftlichen Zug ist in Mathematik, Physik, Chemie und Biologie die Stundenzahl so aufzuschlüsseln, daß den besonderen Belangen der Mathematik, Physik, Chemie, Biologie und Medizin Rechnung getragen wird.

3. Die Angabe über die Stundenzahl für die einzelnen Fächer ist als Richtlinie aufzufassen. Die Durchführung des Unterrichts nach der zu Punkt 2 angegebenen Stundenzahl ist jedoch unbedingt anzustreben.

V. Abschlußprüfung und Immatrikulation.

1. Die Prüfung soll den Nachweis erbringen, daß der Prüfling die für das Hochschulstudium bestimmter Wissenschaften erforderliche Reife erworben hat und die für ein Hochschulstudium notwendige allgemeine politische Reife besitzt.

2. Zusammensetzung des Prüfungsausschusses.

a) stimmberechtigte Mitglieder:

den Vorsitz hat ein Regierungsvertreter bzw. Vertreter der Deutschen Verwaltung für Volksbildung.

Weitere Mitglieder der Kommission sind:

der Rektor der Universität bzw. der Technischen Hochschule oder deren Vertreter bzw. Dekan der

Fakultät, welche der Student wählt,

der Vorsitzende des "Ausschusses zur Förderung des Studiums der Arbeiter und Bauern",

der Leiter der Vorstudienabteilung,

die Lehrer, die in der zu prüfenden Klasse unterrichten.

b) Mit beratender Stimme, aber nicht stimmberechtigt, nehmen die gewählten Vertreter einer jeden Klasse an der Prüfung teil.

3. Durchführung der Prüfung:

a) Die schriftliche Prüfung muß in vier Fächern durchgeführt werden. Eines der schriftlich zu prüfenden Fächer ist Deutsch.

b) Mündliche Prüfung. Der Prüfungsausschuß bestimmt, in welchen Fächern der Prüfling zu prüfen ist. Die Zahl der Prüfungsfächer ist möglichst zu beschränken. Eine vollkommene Befreiung von der mündlichen Prüfung findet nicht statt.

4. Die Prüfung gilt als nicht bestanden, wenn ein Prüfling in einem wesentlichen Fach seiner besonderen Studienrichtung oder in Deutsch eine ungenügende Leistung hat. Eine ungenügende Leistung in Deutsch kann nur durch eine sehr gute Leistung in einem Fach der Studienrichtung des betreffenden Hörers ausgeglichen werden.

5. Hat der Student der Vorstudienabteilung die Abschlußprüfung bestanden, so ist er sofort und vorzugsweise für das ordentliche Studium zu immatrikulieren.

Quelle: Karl-Marx-Universität Leipzig, Universitätsarchiv,
ABF Nr. 1

75. Vorschläge zur Umsetzung der Richtlinien für die Vorstudienabteilungen im Lande Sachsen : Aus der Niederschrift über eine Besprechung in der Abt. Hochschulen und Wissenschaft des Ministeriums für Volksbildung in Dresden⁺ (18. Dezember 1947)

- 1.) Die bisher bestehenden Vorstudienanstalten werden mit sofortiger Wirkung in ... Abteilungen zusammengefaßt und als solche in die Universität Leipzig, die Technische Hochschule Dresden und in die Bergakademie Freiberg eingegliedert und der Verwaltung der Abt. Hochschulen und Wissenschaft unterstellt.
- 2.) Die Vorstudienabteilungen mit den zugehörigen Vorstudienanstalten sind besondere Einrichtungen der Hochschulen, für die zusätzliche Bestimmungen zu erlassen sind...
- 4.) Die Dienstbezeichnung der Lehrer an den Vorstudienanstalten ist "Dozent an der Vorstudienabteilung der Universität Leipzig, der Technischen Hochschule Dresden, der Bergakademie Freiberg"...
- 7.) Um das Leistungsniveau, Lehrbetrieb usw. in den einzelnen Vorstudienanstalten zu koordinieren, ist beabsichtigt, eine sogenannte Koordinierungs-Kommission für die sächsischen Vorstudienanstalten ins Leben zu rufen. In dieser soll auch ein Vertreter der Hochschulen Sitz und Stimme haben, um den fördernden Einfluß der Hochschulen auf die Gestaltung der Lehrprogramme und die Ausgestaltung der Vorstudienanstalten frühzeitig zur Geltung zu bringen...
- 10.) Durchgesprochen wurde dann das neue Statut (der Hörselbstverwaltung - H.-J. L.) für die Vorstudienanstalten des Landes Sachsen.

Herr ORRt Häntzsche wird beauftragt, die in dieser Niederschrift als Bestimmungen niedergelegten Teile, sowie die weiterzuerlassenden Bestimmungen in das Statut der Vorstudienabteilungen der Hochschulen des Landes Sachsen einzuarbeiten und dem Unterzeichneten bis zum 5. Januar 1948 vorzulegen.

+ An der Besprechung nahmen teil: Prof. Dr. Straub, Rektor der Technischen Hochschule Dresden, Prof. Dr. Hauser, Deutsche Verwaltung für Volksbildung, Prof. Dr. Simon, Leiter der Abt. Hochschulen und Wissenschaft, Oberregierungsrat Häntzsche, Leiter des Referats Arbeiterstudium (H.-J. L.)

Bei den Ausführungsbestimmungen sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

- 1.) Einstellung der Lehrkräfte. Die Lehrkräfte werden auf Vorschlag der Dozenten der jeweiligen Vorstudienanstalt über deren Direktor, den zuständigen Leiter der Vorstudienabteilung und den Rektor der betreffenden Hochschule durch die Landesregierung eingestellt.
- 2.) Der gesamte Dienstverkehr geht über die Abteilungsleiter und den Rektor der betr. Hochschule an die Landesregierung Sachsen.

Begründung: Die Vorstudienanstalten sind ein Teil der Hochschulen. Für die gesamten Hochschulen sind die Rektoren verantwortlich...

Quelle: Technische Universität Dresden, Universitätsarchiv, Rektorat I/44

76. Anordnung des Ministers für Volksbildung über den Anschluß der sächsischen Vorstudienanstalten an die Hochschulen des Landes Sachsen (6. Januar 1948)

In Vollzug des auf der Ministerkonferenz vom 2. - 4. Dezember 47 gefaßten Beschlusses wird hiermit angeordnet, daß die Vorstudienanstalten mit sofortiger Wirkung in die Verwaltung der Abteilung Hochschulen und Wissenschaft überführt werden und als Teile der Hochschulen gelten.

1. Die bisherigen Vorstudienanstalten werden in folgende Abteilungen zusammengefaßt.
 - a) Vorstudienabteilung der Universität Leipzig, bestehend aus:
 - 1.) der Vorstudienanstalt Leipzig
 - 2.) der Vorstudienanstalt Plauen
 - 3.) der Vorstudienanstalt Zwickau
 - b) Vorstudienabteilung der Technischen Hochschule Dresden, bestehend aus:
 - 1.) Vorstudienanstalt Dresden
 - 2.) " " Chemnitz
 - 3.) " " Görlitz

c) Vorstudienabteilung der Bergakademie Freiberg, bestehend aus:

1.) der Vorstudienanstalt Freiberg

2. Die Vorstudienabteilungen mit den dazugehörigen Vorstudienanstalten sind besondere Einrichtungen der Hochschulen.

Abteilungsvorstände sind:

für die Vorstudienabteilung der Technischen Hochschule Dresden:

Herr Oberstudiendirektor Dr. M a r t i n

für die Vorstudienabteilung der Universität Leipzig:

Herr Oberstudiendirektor Dr. S c h a l l e r

für die Vorstudienabteilung Freiberg:

Herr Studiendirektor S c h ü t z e l.

In allen Fragen der Vorstudienabteilung, die im Senat behandelt werden, ist der Leiter der Vorstudienabteilung mit Sitz und Stimme hinzuzuziehen.

3. Verantwortlich für den Lehrbetrieb sind die Leiter der Vorstudienabteilungen und im Sinne der Gesamtverantwortung für die Hochschule der betreffende Hochschul-Rektor sowie das bei der Abteilung Hochschulen und Wissenschaft bestehende Referat Arbeiterstudium.

Der Dienstverkehr mit der Landesregierung geht über den Rektor und die Abteilungsleiter.

Bei Anordnungen für den Lehrbetrieb kann das Referat Arbeiterstudium bei der Abteilung Hochschulen und Wissenschaft auch in direkten Dienstverkehr mit den Leitern der Vorstudienabteilungen und der Vorstudienanstalten treten.

4. Die Dienstbezeichnung der Leiter der Vorstudienabteilung ist Oberstudiendirektor oder Studiendirektor der Vorstudienabteilung der Universität Leipzig, der Technischen Hochschule Dresden, der Bergakademie Freiberg.

In ihrer Eigenschaft als Direktoren der Vorstudienanstalten sind alle Leiter der Vorstudienanstalten gleichgestellt.

5. Die Einstellung der Lehrkräfte erfolgt auf Vorschlag der Dozenten der jeweiligen Vorstudienanstalten über deren Direktor, den Rektor und den Leiter der Vorstudienabteilung der zuständigen Hochschule durch die Abteilung Hochschulen und Wissenschaft.

6. Für die Zulassung der Hörer zu den Vorstudienanstalten und die Zusammenarbeit mit der Landeskommission und den Kreiskommissionen zur Förderung des Arbeiterstudiums gelten die bisher geübte Verfahrensweise und die erlassenen Bestimmungen.

Quelle: Karl-Marx-Universität Leipzig, Universitätsarchiv,
ABF Nr. 18

77. Vereinheitlichung der Vorstudienausbildung in Berlin : Aus einem Schreiben der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung an die Deutsche Zentralverwaltung des Verkehrs (29. Januar 1948)
-

Von dem Bestehen einer gesonderten Vorstudienanstalt für bewährte und politisch aufgeschlossene Verkehrsbedienstete war uns bisher nichts bekannt. Wir haben bis zur Stunde irgendwelche Lehrpläne einer solchen Vorstudienanstalt nicht erhalten und können uns über den Studiengang an dieser Anstalt kein Bild machen.

Für die Erlangung des Abiturs begabter Arbeiter- und Bauernkinder ist die Vorstudienabteilung an der Berliner Universität zuständig. Der Abschluß an der Berliner Vorstudienabteilung berechtigt zur Aufnahme des Studiums an der Universität. Ein Teil der Absolventen der Vorstudienabteilung studiert auch heute schon entsprechend der Fachrichtung an der Technischen Universität Berlin bzw. im Land Sachsen an der Technischen Hochschule Dresden...

Quelle: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Verwaltungsarchiv, Nr. 2127/1

78. Übernahme der Hörer der Vorstudien Schulen Keilhau und Erfurt durch die Vorstudienabteilung Jena : Aus dem Bericht über eine Besprechung von Vertretern des Ministeriums für Volksbildung des Landes Thüringen mit dem Direktor der Vorstudienabteilung der Friedrich-Schiller-Universität Jena (4. Februar 1948)
-

Folgende Punkte wurden festgelegt:

1. Die Vorstudien Schulen Keilhau und Erfurt werden am 13. Februar 1948 aufgelöst.
2. Die notwendigen Maßnahmen zur Übernahme der Studierenden der

beiden Vorstudenschulen werden durch den Direktor der Vorstudien-Abteilung Jena im Auftrage des Ministeriums durchgeführt.

3. Der letzte Schultag in Keilhau und Erfurt ist der 13. Februar 1948. - Meldung in Jena am 5. und 6. 4. 1948...
7. In der Frage der anrechnungsfähigen Semester für Absolventen der Vorstudien-Abteilung wird dem Ministerium unverzüglich ein Vorschlag zur Prüfung und alsbaldigen Genehmigung vorgelegt...
9. Es ist damit zu rechnen, daß die Vorstudien-Abteilung Dauer-einrichtung bleibt.

Quelle: Staatsarchiv Weimar, Land Thüringen, Ministerium für Volksbildung, Nr. 3438

79. Bildung und Erziehung der neuen Intelligenz auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus : Aus der EntschlieÙung der 7. Tagung des Parteivorstandes der SED "Intellektuelle und Partei"
(11. Februar 1948)

Der Parteivorstand stellt mit Befriedigung fest, daß sich eine ganze Reihe namhafter Gelehrter, Künstler, Schriftsteller und viele sonstige Geistesschaffende der Bewegung für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden angeschlossen hat und in der sowjetischen Besatzungszone aktiv am Aufbau einer neuen demokratischen Ordnung mitarbeitet. Die aktive Teilnahme der volksverbundenen Intelligenz an dieser Bewegung und am demokratischen Aufbau bildet eine wichtige Voraussetzung für ihr Gelingen.

Diese Tatsache zeigt, daß auch in den Kreisen der Intelligenz die Lehren aus der Vergangenheit gezogen werden. Jedoch ist ihre Teilnahme an der gesamt-nationalen demokratischen Bewegung und der Einfluß der wirklich konsequent demokratischen Kräfte auf die Intelligenz noch ungenügend, und die Partei muß alle Anstrengungen machen, in dieser entscheidenden Frage einen Umschwung herbeizuführen, ein enges Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz zu schaffen und die fortschrittlichsten Kräfte für die Partei zu gewinnen...

Neben diesem Prozeß vollzog sich aber auch seit 1945 eine Sammlung der besten und entschiedensten demokratischen Kräfte der Intelligenz und in der sowjetischen Besatzungszone eine bedeutsame

Heranbildung einer neuen, aus Arbeiter- und Bauernkreisen kommenden Intelligenz.

Neben den aufgezeigten äußeren Umständen, die einen entscheidenden Einfluß auf die Haltung der Intelligenz ausüben, wurde der Erfolg unserer auf die Gewinnung breiterer Schichten der Intelligenz gerichteten Arbeit jedoch durch eine Reihe sehr ernster Mängel, Fehler und Nachlässigkeiten in der Arbeit der Partei selbst nachteilig beeinflußt...

4. Die Auswahl und Heranbildung der neuen demokratischen Intelligenz erfolgt sehr oft ohne Teilnahme der Parteiorganisationen; die ideologische Arbeit mit dieser neuen Intelligenz ist, auch soweit sie Sache der Partei ist, außerordentlich mangelhaft...

Der Parteivorstand lenkt die Aufmerksamkeit der ganzen Parteiorganisation auf die Bedeutung der Arbeit zur Gewinnung der Intelligenz und der Förderung der Kunst, Wissenschaft und Literatur. Er bringt die Entschliebung des II. Parteitages in Erinnerung, in der es heißt:

"Für den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Neuaufbau Deutschlands ist die aktive Mitarbeit der Wissenschaftler, Juristen, Ärzte, Ingenieure, Lehrer und Künstler von lebenswichtiger Bedeutung. Die Arbeiterklasse muß daher ein festes Bündnis mit allen demokratisch gesinnten Geistesschaffenden herstellen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands strebt danach, eine enge Verbindung der geistig Schaffenden mit den übrigen Schichten der Werktätigen herzustellen, aus deren Mitte der Nachwuchs der Geistesarbeiter in wachsendem Maße heranzubilden ist. Rückständige Stimmungen eines Gegensatzes zwischen den Arbeitern und den Intellektuellen müssen entschieden bekämpft werden. Innerhalb der Partei müssen diese Schichten den Platz und die Anerkennung finden, die ihnen gebühren."

Die Landesleitungen werden verpflichtet, eine ernste Überprüfung der Kulturarbeit und der Arbeit unter den Intellektuellen durchzuführen und sich dabei von folgenden Gesichtspunkten über die vordringlichen Aufgaben auf diesem Gebiet leiten zu lassen.

...

7. Um der gesamten Arbeit in der Partei eine fühlbare Wende zu geben, wird eine große allgemeine Kulturtagung der Partei vorbereitet, auf der ein Kulturprogramm der Partei verkündet und die

gesamte Tätigkeit auf dem Gebiet der Kultur einer ernsten Prüfung und Klärung unterworfen wird.

8. Besondere Aufmerksamkeit erfordert die Tätigkeit der Parteior-
ganisationen an den Hochschulen. Die Landesorganisationen wer-
den verpflichtet, die in diesem Zusammenhang gefaßten Beschlüsse
des Zentralsekretariats entschlossen durchzuführen.

Neben diesen aufgeführten Arbeiten bleibt als zentrale Aufgabe
die Herstellung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der fort-
schrittlichen Intelligenz. In der sowjetischen Besatzungszone ist
die entschlossene Durchführung aller eingeleiteten Maßnahmen zur
Heranbildung einer neuen demokratischen Intelligenz aus den Krei-
sen der Arbeiter und Bauern und ihre geistige Festigung auf der
Grundlage der Ideen des Marxismus sicherzustellen.

In: Dokumente der SED, Bd. I. - Berlin : Dietz Verlag, 1952. -
S. 275 - 279

80. Eingliederung der Vorstudienanstalt der Hochschule für Bau-
kunst und bildende Künste in die Vorstudienabteilung Jena :
Aus dem Protokoll der Dozentensitzung der Hochschule für Bau-
kunst und bildende Künste Weimar⁺ (26. Februar 1948)

...

Vorstudienanstalt

Die Revision durch Dr. Schwarzbeck (Ministerium für Volksbildung
des Landes Thüringen - H.-J. L.) verlief zufriedenstellend. Herr
Dr. Schwarzbeck hat angeordnet, daß die Vorstudienanstalt bis
September arbeitet, mit einer einmonatigen Arbeitspause im Juni.
Dr. Schwarzbeck wünscht, daß die Vorstudienanstalten in Jena zu-
sammengefaßt werden.

Prof. Henselmann vertrat die Ansicht, daß begabte Architekten, die
das Abitur noch machen müssen, bevor sie zum Studium zugelassen
werden, in der Vorstudienanstalt der Hochschule besser auf ihren
zukünftigen Beruf vorbereitet werden, als das in der Jenaer Vor-
studienabteilung der Fall wäre.

+ Die Vorstudienanstalt der Hochschule wurde im Oktober 1948 in
die Vorstudienabteilung der Friedrich-Schiller-Universität
Jena eingegliedert. - H.-J. L.

Es wäre zu überlegen, sich mit Dresden zusammen zu tun, um eine gemeinsame Vorstudienanstalt für technische Berufe einzurichten...

Quelle: Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, Hochschularchiv, Nr. I/01/920

81. Konferenz der Volksbildungsminister beschließt Novellierung der Richtlinien für die Vorstudienabteilungen (12. April 1948)

W 1120/48

Richtlinien

für die Vorstudienabteilungen der Universitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands - - - - -

I. Die Vorstudienabteilung ist eine Einrichtung der Universität bzw. Hochschule. Sie hat die Aufgabe, akademischen Nachwuchs aus jenen Volksschichten heranzubilden, die aus sozialen oder politischen Gründen (Arbeiter, Bauern, Odf und OdN) vom Besuch der Oberschule ausgeschlossen waren.

Die Hörer der Vorstudienabteilung gehören nach der Verpflichtung durch den Rektor zur Studentenschaft; sie werden zusammen mit den immatrikulierten Studenten durch einen gemeinsamen Studentenrat vertreten. Nach bestandener Abschlußprüfung werden die Hörer der Vorstudienabteilung in derjenigen Fakultät der Universität bzw. Hochschule immatrikuliert, für die sie vorbereitet wurden.

Die Stellung des Leiters und des Lehrkörpers wird durch das Hochschulstatut geregelt.

Soweit Vorstudienanstalten, die den in den Richtlinien festgelegten Bestimmungen entsprechen, außerhalb des betreffenden Hochschulortes liegen, sind sie als Außeneinrichtung einer Vorstudienabteilung der Universität bzw. Hochschule einzugliedern.

II. Zulassungsbedingungen.

1. Vorschläge zur Zulassung erfolgen durch die "Kommission zur Förderung des Studiums der Arbeiter und Bauern" bzw. durch die Organisationen der VVN.

Die Zulassung erfolgt nach einer Prüfung durch die Vorstudienabteilung. Zur Prüfung ist der Vorsitzende der "Kommission zur Förderung des Studiums der Arbeiter und Bauern" mit Sitz und Stimme hinzuzuziehen.

2. Es können Personen beiderlei Geschlechts in der Regel im Alter von 18 - 30 Jahren aufgenommen werden. Bevorzugt zuzulassen sind Bewerber mit Volks- und Berufsschulbildung. Über die Aufnahme von Bewerbern mit anderer oder mit weitergehender Vorbildung entscheidet im Einzelfalle die Aufnahmekommission. Grundsätzlich können Bewerber, die bereits mehr als 6 Klassen einer Oberschule besucht haben, nicht berücksichtigt werden. Ehemalige Feldwebel, Offiziere und Berufssoldaten werden nur in ganz begründeten Ausnahmefällen aufgenommen, wenn eindeutig eine antifaschistische Tätigkeit nachgewiesen werden kann.

III. Studiendauer.

1. Die Studiendauer beträgt in der Regel 2 Jahre.
2. Drei Monate nach Aufnahme erfolgt eine nochmalige Eignungsprüfung, von deren Ergebnis der weitere Verbleib in der Vorstudienabteilung abhängig ist.
3. Am Ende des zweiten und dritten Semesters sind Zwischenprüfungen durchzuführen. Auf Grund des Ergebnisses der Prüfung beschließt die Prüfungskommission über das weitere Studium des Hörers oder über sein Ausscheiden.

Bei den unter 2) und 3) genannten Prüfungen soll nicht nur eine fachliche, sondern eine Gesamtbeurteilung des Hörers erfolgen.

IV. Lehrplan.

1. Ziel des Unterrichts ist die Abschlußprüfung, die zum Übergang in die verschiedenen Fakultäten qualifiziert.
2. Der Unterricht umfaßt 34 Wochenstunden. Er wird in zwei Zügen durchgeführt; im geisteswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Zug. Dabei ist folgende Wochenstundenzahl für die einzelnen Fächer zu berücksichtigen:

a) <u>Geisteswissenschaftl. Zug</u>		b) <u>Naturwissenschaftl. Zug</u>	
Deutsch	9 Std.	Mathematik	} 18 Std.
Geschichte	5 "	Physik	
eine Fremdspr.	7 "	Biologie	
Volkswirtsch.	3 "	Chemie	
Geographie	2 "	Deutsch	7 "
demokr. bzw.		eine Fremdspr.	4 "
kulturelles Forum	2 "	demokr. bzw.	
(Gegenwartskunde)		kulturelles	
allg. Einführung		Forum	2 "
in die Grundfragen		(Gegenwartskunde)	
der Mathematik		Einführung in	
u. Naturwissensch.	6 "	Geschichte u.	
		Volkswirtsch.	3 "

3. Die Angabe über die Stundenzahl für die einzelnen Fächer ist als Richtlinie aufzufassen. Die Durchführung des Unterrichts nach der zu Punkt 2) angegebenen Stundenzahl ist jedoch anzustreben.

V. Abschlußprüfung.

Die Abschlußprüfung regelt die Prüfungsordnung.

VI. Studienkosten.

Der Unterricht an den Vorstudienabteilungen ist kostenlos. Mittellose Hörer d. Abteilungen, deren Eltern die Unterhaltskosten nicht aufbringen können, erhalten Stipendien nach Richtlinien des "Ausschusses zur Förderung des Studiums von Arbeiter- und Bauernkindern".

VII. Immatrikulation.

Die Immatrikulation erfolgt auf Grund und gemäß der an den Vorstudienabteilungen bestandenen Schlußprüfung.

Quelle: Humboldt-Universität zu Berlin, Universitätsarchiv, Rektorat, Nr. 474, Bl. 17 u. 17b

82. Erweiterte und erläuterte Bestimmungen für die Zulassung zum Studium : Aus den Bestimmungen für die Aufnahme von Studenten in die Universitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (12. April 1948)

Zweck dieser Richtlinien ist die Sicherstellung der Ausbildung bester Fachkräfte, die imstande sind, die Aufgaben der demokratischen Umgestaltung Deutschlands zu bewältigen.

I.

Es sind folgende Grundsätze bei der Aufnahme von Studenten in die Universitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone anzuwenden:

1. An die Universitäten und Hochschulen werden Bewerber aufgenommen, die die erforderliche Vorbereitung zum akademischen Studium an einer bestimmten Fakultät durch entsprechende Zeugnisse nachweisen oder eine Aufnahmeprüfung bei der Fakultät bestehen...

Zeugnisse, die zu einer Bewerbung für ein Studium berechtigen, sind:

- a) Zeugnis über das Bestehen der Abgangsprüfung an der Oberschule,
- b) Zeugnis über das Bestehen der Abgangsprüfung an der Vorstudienabteilung einer Universität (Hochschule),
- c) Zeugnis über das Bestehen der Abgangsprüfung an einer staatlich anerkannten Fachschule.

Weitere Voraussetzung für die Zulassung zum Studium ist:

- a) Universitäten: Für Landwirte und Gärtner Nachweis der notwendigen landwirtschaftlichen Praxis durch ein Gehilfenzeugnis...
- b) Technische Hochschulen: Dresden: Für Architekten, Bauingenieure, Maschinenbauingenieure, Elektroingenieure und Faserstofftechniker 6-monatige Praxis.
Bauhochschule Weimar: Einjährige Praxis
Bergakademie Freiberg: Einjährige Praxis (naturwissenschaftliches Studium dreimonatige Praxis)
- c) ... Für Absolventen der Fachschulen eine mindestens 5-jährige praktische Tätigkeit (einschl. Lehrzeit) in Handwerk, Industrie oder Wirtschaft.

2. Bei einer Aufnahme von Studenten in eine Fakultät sind die Bewerber in folgende Gruppen aufzuteilen und in entsprechender Reihenfolge zum Studium zuzulassen:

- a) Bewerber aus Arbeiter- und Bauernkreisen, Absolventen der Vorstudienabteilungen der Universitäten (Hochschulen) und Bewerber, die aus politischen oder rassistischen Gründen unter dem Naziregime benachteiligt wurden (anerkannte OdF und OdN).
- b) Bewerber, die neben fachlicher und charakterlicher Eignung aktive Teilnahme an der demokratischen Entwicklung in Deutschland aufzuweisen haben.
- c) Alle übrigen Bewerber nach dem Maße ihrer fachlichen und charakterlichen Eignung.
- d) Anträge von nichtdeutschen Staatsangehörigen...

Erläuterungen zu 2 a - d:

- Zu a) ... Die Bevorzugung als Bauer oder als Bauernkind genießt derjenige, dessen elterliches bzw. eigenes Anwesen in Anlehnung an die in der Ostzone durchgeführte Bodenreform nicht mehr als 10 ha bei durchschnittlicher Bodengüte umfaßt.
Für die Bevorzugung als Arbeiter bzw. als Arbeiterkind gelten bis auf weiteres folgende Einschränkungen:
Die Bevorzugung als Arbeiter genießt derjenige, der Betriebs- oder Facharbeiter ist, nicht in dem Betrieb von Verwandten beschäftigt ist und dessen Eltern bereits vor 1945 Betriebs- oder Facharbeiter waren. Bevorzugung als Arbeiterkind genießt derjenige, dessen Eltern bereits vor 1945 Betriebs- oder Facharbeiter waren...
- Zu b) Die im Hinblick auf eine besondere Tätigkeit im Sinne demokratischer Erneuerung Deutschlands im Fragebogen gemachten Angaben sind dokumentarisch zu belegen...
- Zu c) Lt. Kontrollratsbeschluß darf die Zahl der ehemaligen Mitglieder und Anwärter der NSDAP 10 % der aufzunehmenden Studenten der einzelnen Fachrichtungen nicht überschreiten; im übrigen ist entsprechend dem Befehl Nr. 35 der SMAD zu verfahren. Die Zahl der ehemaligen Offiziere darf nicht mehr als bis zu 5 % der aufzunehmenden Studenten der einzelnen Fachrichtungen betragen.

Zu d) Den Anträgen sind Befürwortungen der in der sowjetischen Besatzungszone zugelassenen offiziellen ausländischen Vertreter beizufügen.

Zu a - d) Eine Benachteiligung von Bewerbern auf Grund ihres Geschlechts und ihrer Jugend ist nicht zulässig...

Quelle: Zentrales Staatsarchiv Potsdam, R-2, Nr. 78, Bl. 42 - 43Rs

83. Öffnung der Hochschulen für das werktätige Volk : Aus der Rede Otto Grotewohls auf dem Ersten Kulturtag der SED in Berlin (5. Mai 1948)

... Wenn uns die grandiose Entwicklung des Kulturlebens in der Sowjetunion auch leuchtendes Vorbild ist, so wären wir doch keine Marxisten, wenn wir die dort gemachten Erfahrungen einfach auf unsere Arbeit übertragen würden. Wir arbeiten unter anderen Bedingungen und in einer anderen Zeit. Der Marxismus lehrt uns vor allem, stets die gegebenen konkreten Bedingungen zur Grundlage unseres Handelns zu machen. Von diesen Bedingungen ausgehend wissen wir, daß wir uns heute noch nicht die Aufgabe stellen können, in Deutschland eine sozialistische Kultur zu schaffen, weil die nötigen Voraussetzungen dazu noch fehlen. Wir sind in der sowjetischen Besatzungszone schon dabei, auf breitester Grundlage die Möglichkeit eines neuen kulturellen Aufstiegs zu entwickeln, einer neuen Blüte unserer Kultur, die eine wahre Volkskultur sein soll. Dazu gehören neben den früher geschilderten wirtschaftlichen Neugestaltungen auch die Maßnahmen, die wir zur Hebung des Bildungsniveaus der Volksmassen eingeleitet haben. Das Bildungsprivileg muß gebrochen werden. An erster Stelle ist hier die demokratische Schulreform in der sowjetischen Besatzungszone zu nennen. Durch diese Maßnahme, die schon vor zwei Jahren begonnen wurde und mit großem Erfolg durchgeführt wird, haben wir das Bildungsprivileg der begüterten Schichten gebrochen. In unserer demokratischen Einheitschule haben alle begabten Kinder die gleiche Möglichkeit zum Aufstieg...

Dazu gehört auch, daß wir für die Kinder der Werkstätigen die Tore zu den Hochschulen weit aufstoßen. Wir haben der Einbeziehung von Arbeiter- und Bauernkindern in das Universitätsstudium die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Wir haben bereits erreicht, daß in der

sowjetischen Besatzungszone etwa ein Viertel der Studierenden aus Arbeiter- und Bauernkreisen stammen. So beachtlich dieser Erfolg ist, er kann uns doch in keiner Weise befriedigen. Wir müssen alle Anstrengungen machen, um zu erreichen, daß entsprechend dem Anteil und der zukünftigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung der Werktätigen in Deutschland auch die Mehrzahl der Studierenden Arbeiter- und Bauernkinder sind. Und wir werden das erreichen! Je näher wir der Lösung dieses Problems kommen, um so breiter wird auch das Fundament für den Aufbau eines neuen kulturellen Lebens auch von dieser Seite aus gelegt. Gerade in der Förderung der Arbeiter- und Bauernstudenten sehen wir eines der wichtigsten Mittel, um eine enge Verbindung der Kulturschaffenden mit den breiten Volksmassen herzustellen. Damit wird aber auch die kulturelle Entwicklung in Bahnen gelenkt, auf denen sie zu einer wahrhaften Blüte führt...

In: Protokoll der Verhandlungen des Ersten Kulturtages der SED, 5. bis 7. Mai 1948 in der Deutschen Staatsoper zu Berlin. - Berlin : Dietz Verlag, 1948. - S. 58 - 60

84. Reform des Hochschulwesens : Aus der Rede Anton Ackermanns auf dem Ersten Kulturtag der SED in Berlin (7. Mai 1948)

... Der zweite Eckpfeiler der demokratischen Erneuerung der Volksbildung ist die Reform des Hochschulwesens, die auf der Schaffung der Einheitsschule basiert. Hier in der sowjetischen Besatzungszone und auch für die Berliner Universität sind alle juristischen und formalen Voraussetzungen zum allgemeinen Recht auf Hochschulbildung bereits geschaffen. Tatsächlich aber ist das Ziel nur zu einem Teil erreicht. Der Anteil der wirklichen Arbeiter- und Bauernkinder ist noch viel zu gering! Die Reaktion kann es uns nicht verzeihen, daß wir das reaktionäre Bildungsprivileg der Oberschicht aufgehoben und Arbeiter- und Bauernkinder auf die Universitäten geschickt haben. Dies und kein anderer ist der wirkliche Grund ihrer Hetze gegen die Hochschulpolitik in der sowjetischen Besatzungszone. Aber sie können beruhigt sein: Wir meinen, daß im Arbeiter- und Bauernstudium erst ein Anfang gemacht ist und noch viel mehr geschehen muß!

Den Kindern der Arbeiter und Bauern in der sowjetischen Besatzungszone stehen die Universitäten und Hochschulen wie die fachlichen Oberschulen offen. Noch aber wird von diesem neuen Recht viel zu wenig Gebrauch gemacht. Es ist nicht selten ein Minderwertigkeitsgefühl, das die Arbeiter- und Bauerneltern daran hindert, ihre Kinder auf diese Lehranstalten zu schicken. Ich rufe daher Rundfunk und Presse und die gesamte Parteimitgliedschaft auf, zu helfen, um dieses große Hindernis für das Volksstudium zu beseitigen!

Die Arbeiter- und Bauernstudenten haben sich in ihrer überwiegenden Zahl durchaus bewährt. Sie sind unbestritten die aufgeschlossensten und fleißigsten Schüler. Bildungslücken aber sind kein Unglück, denn sie können durch Fleiß geschlossen werden. Darum, Arbeiter, Bauern und Handwerker, macht von allen Möglichkeiten Gebrauch, die die demokratische Schulreform in der sowjetischen Besatzungszone Euch bietet!

Besonders Ihr gewerkschaftlich organisierten klassenbewußten Arbeiter, schickt Eure begabten Söhne und Töchter auf die Vorstudienanstalten und Hochschulen! Erkämpft Euch den Zutritt zu den Universitäten und Hochschulen dort, wo sie Euch noch verschlossen sind. Nur die Heranbildung eines neuen, demokratisch orientierten wissenschaftlichen Nachwuchses wird die neue demokratische Ordnung fest verankern helfen!

Was die materielle Fürsorge für die Arbeiter- und Bauernstudenten in der sowjetischen Besatzungszone betrifft, so ist bereits viel geleistet. Noch mehr wird getan werden müssen. Wir wissen, daß das Recht zum Universitätsbesuch ein formales bleibt, solange der Arbeiter- oder Bauernstudent nicht der notwendigen materiellen Fürsorge sicher ist. Es werden bereits ganz enorme Summen für diese Zwecke ausgeworfen...

Die Unterstützung der Arbeiter- und Bauernstudenten durch die Massenorganisationen, Betriebe und Verlage, Belegschaften der großen Verwaltungsbehörden muß zu der öffentlichen hinzutreten. Es muß für die sowjetische Besatzungszone allgemeiner Brauch werden, daß die Großbetriebe und die größeren Mittelbetriebe die begabtesten jungen Arbeiter und Arbeiterinnen auf eine Hochschule, besonders auf die technischen und volkswirtschaftlichen Institute entsenden und dann auch die Patenschaft zur Betreuung ihrer Arbeiterstudenten

übernehmen. Betriebsräte! Sorgt Ihr in erster Reihe für die Heranbildung einer neuen Intelligenz, einer Intelligenz des schaffenden Volkes! ...

In: Protokoll der Verhandlungen des Ersten Kulturtages der SED, 5. - 7. Mai 1948 in der Deutschen Staatsoper zu Berlin. - Berlin : Dietz Verlag, 1948. - S. 206, 207

85. Entschiedene Förderung des Arbeiter- und Bauernstudiums : Aus der Diskussionsrede Paul Wandels auf dem Ersten Kulturtag der SED in Berlin (7. Mai 1948)

... Wir wollen, daß die Universitäten zu wirklichen Volksuniversitäten werden, und zwar in dem auf dieser Tagung oft gebrauchten Sinne, daß sie ihre Exklusivität aufgeben und eine schöpferische Verbindung mit dem Volke herstellen und seinen Bedürfnissen Rechnung tragen.

Wir wollen, daß die Universitäten dazu beitragen, eine neue demokratische Intelligenz in Deutschland zu formen.

Sie müssen aus konservativen Stützpunkten der Vergangenheit zu einer Stütze einer neuen demokratischen Entwicklung in Deutschland werden.

Die Universitäten müssen aufgeschlossen sein für die brennenden Nöte der Zeit. Sie müssen erkennen, daß die Ausbildung des Volkes, die Heranbildung von Menschen, die unsere wirtschaftlichen, staatlichen und kulturellen Einrichtungen leiten, auf neue Art unterstützt werden muß.

Wir wollen, was schon oft ausgesprochen wurde, daß die Universitäten den Massen des werktätigen Volkes nicht verschlossen sind. Wir fordern das aus sozialer und demokratischer Gerechtigkeit. Wir fordern das - ob das gefällt oder nicht -, weil wir den festen Willen haben, daß in Zukunft in den führenden Stellen des Staates, der Wirtschaft und des kulturellen Lebens in Deutschland Männer und Frauen stehen werden, die in ihrer großen Masse aus dem werktätigen Volke hervorgegangen sind. Wir fordern das auch im Interesse der Wissenschaft, weil wir der Meinung sind, daß durch die alte Politik der herrschenden Klasse Tausende und aber Tausende talentierter Menschen des Volkes in den Millionenmassen

der Arbeiter und Bauern vergraben blieben, die der wissenschaftlichen Entwicklung hätten unvorstellbare Impulse geben können.

Man ist beunruhigt über unsere Politik. In Berlin studieren 85 Prozent bürgerlicher Studenten. Ich frage jeden ehrlichen Menschen: wer hat Grund zur Beunruhigung, die Arbeiter und Bauern oder die Vertreter des Großbürgertums? Wir können zum Ausdruck bringen, daß wir mit aller Entschiedenheit die Politik weiterführen, für die wir auch durch die Ministerkonferenz gebunden sind, in der ein klarer Beschluß aller Minister der sowjetischen Besatzungszone besagt, daß, solange nicht ein Ausgleich in der sozialen Zusammensetzung der Universität da ist, zum Universitätsbetrieb die befähigsten Arbeiter und Bauern bevorzugt aufgenommen werden...

In: Protokoll der Verhandlungen des Ersten Kulturtages der SED, 5. bis 7. Mai 1948 in der Deutschen Staatsoper zu Berlin. - Berlin : Dietz Verlag, 1948. - S. 214, 215

86. Befähigte demokratische Kräfte an die Vorstudienabteilungen der Hochschulen : Aus der Diskussionsrede Wilhelm Hausers auf dem Ersten Kulturtag der SED in Berlin (7. Mai 1948)

Gestatten Sie mir in Ergänzung zu den Ausführungen des Genossen Wandel einige Bemerkungen über das, was auf dem Gebiet der Erziehung von Arbeiter- und Bauernkindern für die Universität bereits getan worden ist.

Daß es unsere Aufgabe ist, eine Intelligenz aus der werktätigen Bevölkerung heranzuziehen, darüber dürfen wir wohl nicht mehr im Zweifel sein ... Wir wissen, daß in früheren Zeiten, in der Weimarer Republik und unter Hitler kaum 2 - 3 Prozent Arbeiter- und Bauernkinder an den Universitäten studieren konnten. Als wir daher im Jahre 1946 die Universitäten eröffneten, waren wir darauf angewiesen, die Kreise zu den Universitäten zuzulassen, die auch früher zu den Universitäten Zugang hatten, natürlich soweit sie nicht faschistisch verseucht waren. Wir hatten nur ganz wenige Arbeiter- und Bauernkinder, die das Abitur hatten, und wir ließen nur einige wenige ohne Abitur zu. Sofort gingen wir aber an die Arbeit und errichteten die sogenannten Vorstudienabteilungen. Diese Vorstudienabteilungen sind eine Neuschaffung der Deutschen

Verwaltung für Volksbildung hier im Osten einschließlich Berlin. Ich hatte vor kurzem Gelegenheit, auch im Westen über diese Frage zu sprechen und da war man erstaunt, was hier auf diesem Gebiet schon geleistet worden ist.

Trotz dieser Arbeit ist aber vielfach in unseren Kreisen noch nicht bekannt, was zu tun ist, um die Förderung des Studiums der Werktätigen so zu gestalten, daß wir in absehbarer Zeit so viele Studenten aus den Kreisen der Arbeiter und Bauern haben, wie wir benötigen, um die Universitäten und Hochschulen in unserem Sinne umgestalten zu können...

Wir wissen, die Einheitsschule hat wohl das Ziel, die begabten und fähigen Kinder, die für die Hochschulen bestimmt sind, auszuwählen, aber es wird noch Jahre dauern, ehe wir die Erfolge der Einheitsschule auswerten können. Aus diesem Grunde müssen die Vorstudienabteilungen an den Universitäten weiter ausgebaut und ergänzt werden. An den Vorstudienabteilungen werden junge Menschen im Alter von 18 bis 30 Jahren für das Studium in Kursen von 3 - 4 Semestern Dauer vorbereitet. Wir haben an den Universitäten bereits etwa 2 000 Studenten, die an den Vorstudienabteilungen ihre Abschlußprüfung bestanden haben. Zur Zeit lernen an den Vorstudienabteilungen 5 163 Hörer⁺, davon etwas über 4 000 männliche und 1 100 weibliche. Unter diesen sind etwa 51 Prozent Arbeiter- und nur 5 Prozent Bauernkinder. Wir ersehen daraus, daß das kleinbürgerliche Element noch verhältnismäßig groß ist, aus dem einfachen Grunde, weil weder die Partei noch die Gewerkschaften, noch

+ Diese Zahlenangabe beruht auf einer fehlerhaften Statistik des Studentenreferats der Deutschen Verwaltung für Volksbildung vom Februar 1948 (Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Verwaltungsarchiv, Nr. 3683/1).

Für Sachsen war als Gesamtzahl der Studierenden die Zahl der Hörer des 1. bis 3. Vorbereitungskurses gemeldet worden. Obwohl in der Zahlenangabe für die Vorstudienabteilung Jena die Zahlen der Hörer an den Vorstudienabteilungen Keilhau und Erfurt enthalten waren, wurden letztere nochmals gesondert in die Statistik aufgenommen. Im Februar 1948 studierten an den Vorstudienabteilungen insgesamt etwa 3 200 Werktätige, davon etwa 63 Prozent Arbeiter- und 5 Prozent Bauernkinder. Der Anteil der weiblichen Studierenden erreichte etwa 22 Prozent. - H.-J. L.

die VdGB, noch die FDJ bis jetzt die Arbeit geleistet haben, die sie leisten müßten, um die fähigen und begabten Kinder an die Vorstudienabteilungen zu entsenden. Darum richte ich an Sie alle den Appell, mitzuhelfen, daß die fähigen und begabten Kinder dahin geschickt werden, wo sie dem Gesamtwohl am besten dienen können. Wir brauchen fähige und begabte Menschen in allen Berufen, nicht nur in den akademischen Berufen. Aber es gibt auch genügend Arbeiter- und Bauernkinder, die gerade für ein wissenschaftliches Studium geeignet sind. Diese müssen wir aussuchen und sie herausfinden, dazu sind wir auf Ihre Mithilfe angewiesen... Helfen Sie uns dabei - ich richte diesen Appell an Sie -, daß wir genügend junge politisch zuverlässige Menschen an die Vorstudienabteilungen bekommen, damit die Universitäten das erhalten, was sie brauchen: junge Menschen, die eines Tages Ärzte, Juristen, Lehrer, Wissenschaftler werden. Denn nur mit ihrer Hilfe können wir ein neues sozialistisches Deutschland aufbauen.

In: Protokoll der Verhandlungen des Ersten Kulturtages der SED, 5. bis 7. Mai 1948 in der Deutschen Staatsoper zu Berlin. - Berlin : Dietz Verlag, 1948. - S. 228, 229

87. Demokratische Reform des Bildungswesens - Ausgangspunkt der Entfaltung des kulturellen Lebens : Aus der Entschliebung des Ersten Kulturtages der SED in Berlin (7. Mai 1948)

... Unser Ziel einer demokratischen Erneuerung der deutschen Kultur bedeutet den Kampf für die Hebung des Menschengeschlechtes.

Der schaffende Mensch mit allen seinen Nöten, seinen Bedürfnissen und Rechten, aber auch mit all seinen unerschöpflichen Fähigkeiten soll im Mittelpunkt der kulturellen Gestaltung stehen.

Das Volk mit der Kultur und die Kultur mit dem Volke zu vereinigen, das ist das Ziel!

Zur Verwirklichung dieses Zieles ruft die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands das ganze schaffende deutsche Volk auf, sich mit seiner ganzen Kraft für folgende Forderungen einzusetzen:

...

3. Die Erneuerung der deutschen Kultur muß in erster Linie eine Erneuerung ihrer inhaltlichen Substanz sein. Der Geist eines kämpferischen realen Humanismus, das Streben nach Freiheit und Fort-

schritt, nach Frieden und Freundschaft unter den Völkern muß der Geist der neuen deutschen Kultur sein. Ein wahrheitsgetreues Geschichtsbild anstelle der früher üblichen Verherrlichung der reaktionären Tendenzen unserer Entwicklung bedeutet zugleich, ein richtiges demokratisches Bewußtsein in unserem Volke zu schaffen...

8. Die deutsche Zukunft beruht auf der demokratischen Erziehung unserer Jugend. Die demokratische Reform unseres gesamten Bildungswesens muß zum Ausgangspunkt der Entwicklung eines demokratischen Kulturlebens werden. Reaktionäre Bildungsprivilegien müssen beseitigt, in ganz Deutschland muß eine demokratische Schul- und Hochschulreform durchgeführt werden.

Seit hundert Jahren ist das Ziel der fortschrittlichen deutschen Pädagogik die organisch aufgebaute Einheitsschule, die alle Bildungsstätten von der Grundschule bis zur Hochschule umfaßt und in der wirklich volksverbundene Lehrer wirken. Heute ist die Stunde der Verwirklichung gekommen. Jedes Kind und jeder Jugendliche muß die Möglichkeit einer seiner Anlage, Fähigkeit und Neigung angemessenen und den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechenden Ausbildung haben durch unentgeltlichen Unterricht, unentgeltliche Lehrmittel und Beihilfen besonders für die Kinder aus den werktätigen Schichten des Volkes. Die Söhne und Töchter unserer Arbeiter und Bauern müssen in den Oberschulen, an den Fachschulen, Hochschulen und Universitäten so zahlreich vertreten sein, wie es ihrer Bedeutung im Rahmen der Nation entspricht. Nur so wird die Zusammensetzung unserer Schüler- und Studentenschaft einen wirklich demokratischen Charakter erhalten und unsere Hochschule jene geistige Spannweite bekommen, die sie allein zur Lösung ihrer Aufgaben in der neuen Gesellschaft befähigt. Arbeiter, Bauern und Handwerker! Macht von allen Möglichkeiten Gebrauch, die die demokratische Schulreform in der Ostzone euch bieten! Erkämpft euch in ganz Deutschland den Zutritt zu den Universitäten und Hochschulen!...

Die erfolgreiche Lösung dieser aktuellen kulturpolitischen Aufgaben wird für das ganze Volk Aufstieg und Fortschritt, für die Künstler und Gelehrten Bereicherung ihres Wirkens und feste Verankerung ihres Schaffens im Volke sein. Für die Arbeiterklasse

ist der Kampf um die Erneuerung der deutschen Kultur ein Schritt voran auf dem Wege zu ihrem großen Ziel: dem Sozialismus...

In: Protokoll der Verhandlungen des Ersten Kulturtages der SED, 5. bis 7. Mai 1948 in der Deutschen Staatsoper zu Berlin. - Berlin : Dietz Verlag, 1948. - S. 267 - 270

88. Fachliche Reife - eine Voraussetzung für bevorzugte Zulassung zum Hochschulstudium : Schreiben der Deutschen Verwaltung für Volksbildung an die Direktoren der Vorstudienabteilungen der Universitäten und Hochschulen (17. Juni 1948)

W 1710 48

Wir machen die Leiter der Vorstudienabteilungen erneut auf Abschnitt II, 2 der Richtlinien für die Vorstudienabteilungen vom 12. April 1948 aufmerksam und ersuchen, darauf zu achten, daß Bewerber, die eine Oberschule bereits länger als 6 Jahre besucht haben, grundsätzlich abzulehnen sind und nicht etwa durch falsche Angaben trotzdem den Zugang zur Vorstudienabteilung erhalten.

In Anbetracht der Bevorzugung der Abiturienten der Vorstudienabteilungen bei der Immatrikulation an der Universität ist erneut darauf hinzuweisen, daß Prüfungskandidaten, die in einem Fach eine mangelhafte Leistung aufweisen, nur in besonderen Fällen, d. h., wenn sie diese mangelhaften Leistungen durch sehr gute Leistungen in anderen Fächern ausgleichen können, das Reifezeugnis zu erteilen ist.

Quelle: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Verwaltungsarchiv, Nr. 2127/1

89. Gegen reaktionäre Widerstände - für konsequente Förderung des Studiums der Arbeiter und Bauern : Memorandum der Vollversammlung der Vorstudienabteilung der Universität Rostock
(18. Juni 1948)

Die von der Zentralverwaltung für Volksbildung erlassenen Zulassungsbestimmungen für Studenten der Hochschulen waren am 1. 6. Gegenstand einer Beschlußfassung des Studentenrates der Universität Rostock. Gleichzeitig wurde von der LDP-Betriebsgruppe der Universität Rostock an den Landtag des Landes Mecklenburg eine Eingabe gesandt, die unter Bezugnahme auf die Landesverfassung die oben genannten Zulassungsbestimmungen wegen der darin enthaltenen Bevorzugung der Arbeiter- und Bauernstudenten ablehnt. Ebenfalls hat der Senat der Universität Rostock, wie bekannt geworden, zur Ablehnung der Zulassungsbestimmungen aus denselben Gründen in einem Rundschreiben alle Universitäten aufgefordert.

Da unsere Interessen durch den Studentenrat nicht voll vertreten werden, nehmen wir hierzu wie folgt Stellung:

Die Zulassungsbestimmungen der ZV enthalten in der Tat eine Bevorzugung der Arbeiter- und Bauernstudenten, Vorstudenschüler und OdF. Wir sind aber der Meinung, daß die Einstufung dieser Studenten in die erste Gruppe durchaus berechtigt ist, weil

1. die bisher gehandhabte Auslese in ihrem sozialen und politischen Wert höchst fraglich war, was die Geschichte in ausreichendem Maße beweist. Die nach dem objektiven Leistungsprinzip ausgewählten, unpolitischen Wissenschaftler waren nicht fähig, das deutsche Volk vor der geschichtlichen Katastrophe zu bewahren.
2. die bevorzugte Behandlung der Arbeiter- und Bauernstudenten, Vorstudenschüler und OdF durchaus keine Verletzung des Gleichheitsprinzips darstellt, sondern nur bereits vorhandene soziale Ungleichheiten beseitigt und sich somit auf dem Boden der demokratischen Verfassung bewegt.
3. die subjektive Leistung der bevorzugten Gruppe durchschnittlich größer ist als die der Absolventen der Oberschulen. Der Oberschüler kommt in den meisten

Fällen aus einem gehobenen Milieu, hat von Hause aus keinerlei Not und Bedrängnis kennengelernt, erfuhr von Anfang an jegliche geistige und materielle Förderung und ist evtl. sogar im Hinblick auf die soziale Stellung des Elternhauses durch die Schule - bewußt oder unbewußt - wohlwollend behandelt und beurteilt worden. Bei gleicher objektiver Leistung wird hier die subjektive, d. h. die eigentliche Begabung des Vorstudenschülers, unbedingt höher zu bewerten sein. Überdies ist der Vorstudenschüler im Verlaufe seiner Ausbildung einer wiederholten Prüfung sowohl wissenschaftlicher als auch charakterlicher Art unterzogen worden, so daß die Gewähr gegeben ist, daß er den Anforderungen einer Universitätsausbildung Genüge leisten wird.

Die Beschlüsse des Senats und des Studentenrats der Universität Rostock zeigen uns, daß man in diesen Institutionen die geschichtliche Notwendigkeit der demokratischen Hochschulpolitik noch nicht erkannt hat. Diese Beschlüsse widersprechen sowohl den Interessen des deutschen Volkes wie auch denjenigen der Arbeiter- und Bauernstudenten. In dieser Erkenntnis sehen wir uns genötigt, durch dieses Memorandum der ZV für Volksbildung kund zu tun, daß die Vorstudienabteilung der Universität Rostock sich von dem Beschluß des Studentenrates distanziert.

Wir, Lehrerkollegium und Schülerschaft der Vorstudienabteilung, begrüßen die Bestimmungen der Zentralverwaltung über die Aufnahme zur Universität und die Vorstudienabteilung und bitten vertrauensvoll, für ihre unbedingte, sinngemäße Durchführung Sorge zu tragen.

Quelle: Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Universitätsarchiv, Bestand Vorstudienabteilung/ABF

90. Kollegen von den Betrieben! Sendet uns Arbeiterstudenten!
Werbeblatt der Hörervertretung der Vorstudienanstalt Leipzig
(Juni 1948)

Werte Kollegen vom Betriebsrat und von der Betriebsgewerkschaftsleitung der Firma ...

Wir wissen, daß Ihr mit wichtigen Arbeiten überhäuft seid. Dennoch bitten wir Euch, uns in den nächsten Wochen behilflich zu sein, die begabtesten, politisch klarsten und energischsten jungen Kollegen und Kolleginnen in Eurem Betrieb herauszufinden und sie für das Arbeiterstudium zu gewinnen. Praktisch stellen wir uns das so vor, daß Ihr

1. Tag und Stunde festlegt, da unser zu Euch entsandter Arbeiterstudent mit Euch bzw. mit einem von Euch Beauftragten Eure Kartei der Betriebsmitglieder durchgeht, damit wir die geeignetsten Kollegen und Kolleginnen herausziehen und persönlich ansprechen können,
2. unserem Arbeiterstudenten eine Vollversammlung der Belegschaftsmitglieder in der Zeit vom 12. 7. bis 9. 8. 1948 nennt, auf der er 20 bis 30 Minuten über das Arbeiterstudium sprechen kann.

Die Notwendigkeit des Zustroms klassenbewußter und befähigter Arbeiter zur Hochschule ist offensichtlich. In den Auseinandersetzungen, die gegenwärtig an der Universität Leipzig stattfinden, können wirklich befähigte Arbeiterstudenten eine entscheidende Rolle spielen. Darüber hinaus werden in der Zukunft Tausende von tüchtigen Fachleuten aus dem Proletariat gebraucht, um unsere Wirtschaft und Gesellschaft aufzubauen.

Kollegen von den Betrieben! Treibt Politik auf
lange Sicht! Sendet uns Arbeiterstudenten!

Angenommen werden:

Jungen und Mädel (es fehlt stark an weiblichen Bewerberinnen!), Arbeiter- und Bauernkinder (Aktivisten können auch anderer Herkunft sein), die mindestens 20, höchstens 30 Jahre alt sind (bei Sonderfällen ist Ausnahme möglich), die Volks-, Mittel- oder Fachschule (keine Oberschule) besucht haben, die sehr begabt sind (sehr gute Zensuren mindestens in einigen Fächern),

die offen und klar ihrer positiven Einstellung zum neuen Deutschland Ausdruck gegeben haben,
die durch wirkliche nützliche Mitarbeit in einer antifaschistischen Organisation ihre Gesinnung auch durch die Tat bewiesen haben (Bescheinigungen über Mitarbeit nur durch FDGB, VdGB und VVN).

Nicht brauchen können wir:

Streber, die nur an ihren individuellen Aufstieg denken,
Konjunkturritter, die um persönlicher Vorteile willen eine Gesinnung vortäuschen, die sie nicht haben,
Pessimisten, die sich in unfruchtbarer Kritik alles Bestehenden erschöpfen,
charakterlose Menschen, die vergessen, woher sie gekommen sind, wenn sie ihr Ziel erreicht haben.

Ermöglicht wird das Arbeiterstudium von Minderbemittelten dadurch, daß der Besuch der Vorstudienanstalt (2 Jahre) kostenlos ist und an der Universität Gebührenerlaß gewährt wird, daß Stipendien je nach der sozialen Lage, dem Familienstand, der gesellschaftlichen Aktivität gegeben werden (Ledige durchschnittlich 115,- RM monatlich, Verheiratete 200,- RM),

daß für Auswärtige zwei Wohnheime in Leipzig zur Verfügung stehen, daß nahrhaftes und preiswertes Mittagessen ausgegeben wird.

Alle Bewerbungen (Delegierungsschein, Fragebogen, Lichtbild, Zeugnisabschriften, Befürwortungen und Bescheinigungen, Lebenslauf) sind zu richten an

Frau Gertrud Frank, Leipzig C 1, Ritterstr. 14, III

Dort werden auch alle Fragen beantwortet.

Wir hoffen, werte Kollegen, daß Ihr uns entsprechend der politischen Wichtigkeit des Arbeiterstudiums mit allen Kräften unterstützt.

Mit kollegialem Gruß!

Die Arbeiterstudenten Leipzig

Quelle: Karl-Marx-Universität Leipzig, Universitätsarchiv, ABF

91. Ablehnende Positionen einzelner Hochschullehrer zur Eingliederung der Vorstudienabteilung in die Universität : Aus dem Entwurf für eine Stellungnahme des Senats der Martin-Luther-Universität Halle zu den Richtlinien für die Vorstudienabteilungen⁺ (Juli 1948)

Der Senat hat die Richtlinien für die Vorstudienabteilung der Martin-Luther-Universität vom 8. 6. 1948 zur Kenntnis genommen und möchte dazu folgendes bemerken:

Die Vorstudienanstalt entspricht ihrem Zweck, ihrem Lehrkörper und ihrem Unterrichtsstoff und Unterrichtsverfahren nach den letzten Klassen einer Oberschule. Der Senat kann daher den Absatz I der Richtlinien, nach dem die Vorstudienabteilung Teil der Universität ist, ihre Besucher mit den immatrikulierten Studenten gleichgestellt werden und ihr Leiter und Lehrkörper durch ein neues Hochschulstatut dem Universitätslehrkörper eingegliedert wird, nicht anerkennen. Eine solche Eingliederung ist auch deswegen nicht zweckmäßig, weil die Vorstudienabteilung nur eine vorübergehende Einrichtung darstellt.

Der Senat hält es für ungerechtfertigt, daß die Absolventen der Vorstudienabteilung immatrikuliert werden, ohne wie alle anderen Absolventen von Oberschulen dem regulären Zulassungsverfahren unterworfen zu sein...

Quelle: Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Universitätsarchiv, Rep. 4, Nr. 1156

+ Das Ministerium für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft der Landesregierung Sachsen-Anhalt hatte unter dem 8. Juni 1948 Richtlinien für die Vorstudienabteilung der Martin-Luther-Universität Halle auf der Grundlage der Richtlinien der DZVV vom 12. April 1948 erlassen, die am 21. Juni 1948 den Mitgliedern des Senats zur Kenntnis gegeben wurden. Der Entwurf dieser Stellungnahme wurde in der Folge im Senat weder beraten noch beschlossen. H.-J. L.

92. Für die Einheit der Berliner Universität : Resolution der Vertreter der SED, des FDGB, der FDJ und der Gruppe katholischer Schüler im Hörerrat der Vorstudienabteilung der Universität Berlin (5. Juli 1948)

Wir als Vertreter der demokratischen Organisationen der Vorstudienabteilung sind auch weiterhin gegen die Errichtung einer westlichen Universität. Wenn nach dem "Telegraf" Herr Oberst Howley erklärte, die Frage der praktischen Verwirklichung hänge lediglich vom Willen der Berliner Studenten ab, so erklären wir als Hörer der Vorstudienabteilung, daß wir mit den Beschlüssen der Stadtverordneten in dieser Frage nicht einverstanden sind und die Initiatoren dieser Bestrebungen schärfstens verurteilen. Die Errichtung einer Westuniversität bedeutet nichts weiter als einen erneuten Ausschluß der Arbeiter vom Studium. Wir Arbeiterstudenten kämpfen auch gegen den Willen verantwortungsloser deutscher Politiker für eine einheitliche Universität und mit dieser für ein einheitliches Berlin als Hauptstadt eines einheitlichen Deutschlands.

Quelle: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Verwaltungsarchiv, Nr. 2127/2

93. Heranbildung einer neuen Intelligenz aus den Reihen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes : Aus dem Referat Walter Ulbrichts auf der ersten Staatspolitischen Konferenz der SED in Werder a. d. Havel (23. Juli 1948)

... Es kommt darauf an, die Kräfte zu entwickeln, die in der Lage sind, die volkseigene Wirtschaft zu leiten. Diese Kräfte sind aus der Arbeiterklasse zu entwickeln; sie sollen die neue technische Intelligenz bilden. Das heißt, jüngere Parteifunktionäre, Aktivisten, die überzeugte Mitglieder der SED sind, müssen auf Hochschulen geschickt werden, damit die Partei ihre technische Intelligenz bekommt, um zuverlässig und fähig die Planung durchzuführen und die Wirtschaft zu leiten. Diese Aufgabe steht in dieser Periode vor uns.

Die Massenorganisationen als Träger der neuen Ordnung müssen Schulen der Demokratie und des Sozialismus werden. Die Gewerk-

schaften haben damit begonnen. Aus ihren Reihen sind schon einige Wirtschaftler hervorgegangen. Aber das darf erst der Anfang sein. Jetzt müssen die Gewerkschaften zu wirklichen Schulen der Demokratie und des Sozialismus werden. Die VdgB müssen neue Kräfte, Söhne und Töchter der Neubauern, auswählen, sie fördern und auf Schulen schicken, damit sie in den landwirtschaftlichen Genossenschaften und anderen Organen arbeiten und dort die alten Gutsverwalter ersetzen. Das gilt auch für die Söhne und die Töchter von Kleinbauern...

Wir müssen eine neue Intelligenz aus den Kreisen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes entwickeln. Wir werden trotz aller anderen Meinungen aus gegnerischen Kreisen in noch stärkerem Maße antifaschistische Arbeiter und Werktätige auf die Hochschulen und Universitäten schicken. Diese wichtige Aufgabe müssen wir in dieser Periode lösen...

Ulbricht, W.: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung : Aus Reden und Aufsätzen, Bd. III: 1946 - 1950. - Berlin : Dietz Verlag, 1953. - S. 280, 281

94. Leistungssteigerung im Studium - ein Beitrag zur Erfüllung des Zweijahrplanes : Beschluß der Vollversammlung der Vorstudienabteilung der Friedrich-Schiller-Universität Jena
(10. November 1948)

Oberzeugt von der großen wirtschaftlichen und politischen Bedeutung des Zweijahrplanes für die Zukunft des deutschen Volkes und die Sicherung des Friedens, haben sich der Lehrkörper und die Studentenschaft der Vorstudienabteilung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena entschlossen, auch ihrerseits zu seiner Realisierung beizutragen. Es wurde beschlossen, folgende Maßnahmen durchzuführen, um eine Leistungssteigerung zu erreichen:

1.) Einführung einer neuen Ferienordnung:

Die V.-A. beginnt im Sommer- wie im Wintersemester ihre großen Ferien je 14 Tage später als die Universität. Auch werden die mündlichen Prüfungen der Abschlußklassen in die erste Ferienwoche gelegt, um den geregelten Unterricht während des Semesters nicht zu unterbrechen.

2.) Generelle Erhöhung der Stundenzahl für die Studenten auf wöchentlich 34 Stunden.

- 3.) Scharfe Trennung der Studenten im Unterricht nach ihrer Vorbildung, um eine bessere Förderung insbesondere der Volksschüler zu erzielen.
- 4.) Überprüfung und Verbesserung der Arbeitspläne und Lehrprogramme.
- 5.) Aktivierung der Ferienarbeit durch Zuweisung bestimmter Ferienaufgaben an die Studenten.
Diese Aufgaben werden im folgenden Semester überprüft und verarbeitet.
- 6.) Ergreifung der notwendigen Maßnahmen durch Lehrkörper und Fakultätsrat, um durch einen geeigneten Wettbewerb Leistungen und Unterrichtsbesuch in den Klassen und Kursen zu steigern. Die unter Punkt 2.) und 3.) aufgestellten Forderungen wurden bereits verwirklicht; die Realisierung der übrigen wird beschleunigt in Angriff genommen.

Quelle: Friedrich-Schiller-Universität Jena, Universitätsarchiv,
R 1

95. Heranbildung von Fachkräften für den sozialistischen Aufbau :
Aus dem Referat Walter Ulbrichts auf der 1. Parteikonferenz
der SED (25. Januar 1949)

... Diese ungeheure Aufgabe der Ausbildung von Fachkräften kann nur gelingen, wenn der Bürokratismus auf dem Gebiete der Berufsausbildung überwunden wird. Es ist notwendig, systematisch die Aktivisten fachlich zu schulen und aus dem Kreis dieser Kurssteilnehmer die Hörer für die höheren Fachschulen, für die Ingenieurschulen auszuwählen.

Es ist notwendig, daß allen Körperschaften, die sich mit Fragen der Berufsausbildung beschäftigen, Vertreter der Freien Deutschen Jugend angehören, um zu erreichen, daß eine möglichst große Zahl von Mitgliedern der FDJ, die Lust und Liebe zum Fachstudium haben, zu hochqualifizierten Fachleuten ausgebildet wird. Die staatlichen Verwaltungen wie die Direktoren der Fachschulen müssen sich bewußt werden, daß die Jugendlichen von heute die Ingenieure, Chemiker, Dozenten an Hochschulen, Betriebsdirektoren und Leiter der volkseigenen Güter von morgen sein werden. Deshalb ist es notwendig, der Jugend alle Möglichkeiten zu geben, am Aufbau

teilzunehmen, Aktivisten zu werden, zu lernen, zu studieren.

Nun hat man behauptet, daß die Zulassungsbedingungen zu den Universitäten und Hochschulen eine einseitige Bevorzugung der werktätigen Bevölkerung bedeuten. Im Landtag von Sachsen-Anhalt hat sich ein Vertreter der Liberal-Demokratischen Partei auf die Rektoratsverfassung vom Jahre 1368 berufen. Ich kann leider nicht darauf antworten, da ich diese Verfassung nicht bekommen konnte. Der betreffende Abgeordnete behauptet, diese Universitätsverfassung von 1368 sei in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands "objektives Recht". Ich muß diesen Vertreter des Liberalismus darauf aufmerksam machen, daß wir bereits im 20. Jahrhundert leben. In den vergangenen Jahrhunderten waren die Universitäten Erziehungsanstalten für den Nachwuchs der Bourgeoisie. Nur diejenigen konnten Universitäten besuchen, deren Eltern über die notwendigen Mittel verfügten. Nachdem jahrhundertlang die herrschende Klasse ihren Nachwuchs auf den Universitäten erzogen hat, entspricht es doch nur der ausgleichenden Gerechtigkeit, wenn die Jugendlichen aus den Reihen des werktätigen Volkes jetzt endlich zu den Universitäten und Hochschulen bevorzugt zugelassen werden.

Wir wollen nun aber nicht etwa, daß man in das andere Extrem verfällt. Zwei führende Chemiker in Mitteldeutschland stellten mir die Frage, ob ihre Söhne die Universität besuchen dürfen. Ich habe das bejaht. Es ist nicht richtig, daß in einigen Fällen bei der Auswahl der Hörer für die Universität Söhne und Töchter der Intelligenz ausgeschaltet wurden. Wir billigen das nicht und sind überzeugt, daß diese Fehler korrigiert werden. Wir können uns aber nicht mit den Auffassungen eines Mitarbeiters der "Neuen Zeit" einverstanden erklären, der behauptet, daß nur 3 Prozent der Bewerbungen von Handarbeitern und Bauern kämen, und der erklärte, man könne nicht aus Arbeitern Professoren machen. Ich bin davon überzeugt, daß manche der Arbeiterjungen und -mädels aus der Freien Deutschen Jugend noch den Beweis erbringen werden, wie tüchtige Professoren aus ihnen werden. Im übrigen haben wir heute schon in den Leitungen der Organe der Wirtschaft und des Staates ausgezeichnete Kräfte, denen man mehr die Möglichkeit geben sollte, auch Vorlesungen an Universitäten und Hochschulen zu halten...

Ulbricht, W.: Unsere Wirtschaftspolitik. - In: Protokoll der 1. Parteikonferenz der SED. - Berlin : Dietz Verlag, 1949. - S. 234 - 236

96. Förderung von Wissenschaft und Forschung - Entwicklung einer neuen demokratischen Intelligenz : Aus der EntschlieÙung der 1. Parteikonferenz der SED zur Durchführung der kulturellen Aufgaben im Rahmen des Zweijahrplanes (28. Januar 1949)

Der Zweijahrplan dient der Entwicklung einer vom Imperialismus unabhängigen deutschen Friedenswirtschaft und zugleich der Entwicklung und Förderung eines demokratischen kulturellen Lebens. Durch die Festigung und Erweiterung der materiellen Grundlagen, auf denen sich das Leben der Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone aufbaut, wird die Entwicklung aller kulturellen Einrichtungen gesichert und die Grundlage für eine Steigerung des Bildungs- und Kulturniveaus unseres Volkes, für das Aufblühen einer neuen humanistischen Kultur erweitert...

Die zentralen kulturellen Aufgaben im Rahmen des Zweijahrplans sind:

1. Steigerung und Entwicklung des allgemeinen Bildungs- und Kulturniveaus unseres Volkes; Entfaltung der künstlerischen Selbstbetätigung der Werktätigen.

2. Förderung und Entwicklung der Wissenschaft, Forschung und Kunst mit dem Volk und für das Volk.

3. Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse und Werktätigen mit der fortschrittlichen Intelligenz und die Entwicklung einer neuen demokratischen Intelligenz.

Zur Erfüllung dieser kulturellen Aufgaben müssen alle Kräfte des Volkes ebenso mobilisiert werden wie zur Erfüllung der wirtschaftlichen Aufgaben des Zweijahrplans...

I. Die einzelnen kulturellen Maßnahmen im Rahmen des Zweijahrplans

A) Volksbildung und Erziehung

... Die Volkshochschulen müssen neben ihren bisherigen Aufgaben besondere Kurse und Lehrgänge einrichten, um erwachsene Werktätige auf das Studium an einer Universität oder Technischen Hochschule vorzubereiten. In der Arbeit aller Erziehungseinrichtungen stehen die Probleme des Zweijahrplans und seiner Erfüllung im Vordergrund. Aufgabe aller Erzieher ist die Vorbereitung der

Jugend für ihre spätere Tätigkeit in einem demokratischen Staatswesen und einer dem Frieden und Wohlstand dienenden planmäßig geleiteten Produktion...

B) Wissenschaft und Forschung

... Zur Verbesserung der Studien- und Arbeitsbedingungen an den Universitäten und Hochschulen ist für den Ausbau der Institute, für die Versorgung mit wissenschaftlichem Gerät, die Beschaffung wissenschaftlicher Literatur, die Entwicklung wissenschaftlicher Fachzeitschriften und den Ausbau des Bibliothekswesens zu sorgen. Die DWK, die DVV und die Länderregierungen, Kreis- und Stadtverwaltungen müssen die Verpflichtung fühlen, alle erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der materiellen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Gelehrten und Forscher sowie der studierenden Jugend zu treffen. Als vordringlichste Maßnahmen werden besonders die Versorgung dieser Kreise mit Wohnraum und Heizung, die Einrichtung von Studentenheimen und die Schaffung einer Alters- und Witwenversorgung für Gelehrte angesehen. Entscheidend für die Sicherung der Aufgaben des Zweijahrplanes ist die Entwicklung eines wissenschaftlichen Nachwuchses, in erster Linie aus den Reihen der Arbeiter, der Bauern und der Kinder der um den Aufbau verdienten Intelligenz.

Die DVV wird verpflichtet, Maßnahmen zu treffen, um den Kindern der Arbeiter, Bauern und fortschrittlichen Intelligenz den Zugang zu den Universitäten und Hochschulen zu sichern und eine Neuregelung der Stipendienverteilung in die Wege zu leiten.

Die neue Intelligenz wird ihre verantwortlichen Aufgaben nur lösen, wenn sie aufs engste mit den fortschrittlichen Kräften der alten Intelligenz zusammenarbeitet, sich die großen Erfahrungen dieser Wissenschaftler und Forscher zu eigen macht und durch dieses enge Bündnis die Voraussetzungen zu einer neuen Aufwärtsentwicklung der Wissenschaft herstellt.

In: Dokumente der SED, Bd. II. - Berlin : Dietz Verlag, 1952. - S. 200 - 206

97. Arbeiter, Bauern und Aktivisten des demokratischen Aufbaus an die Hochschulen : Aus den Bestimmungen für die Aufnahme von Studenten in die Universitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands für das Jahr 1949
(26. April 1949)

Zweck dieser Richtlinien ist die Sicherstellung der Ausbildung bester Fachkräfte, die imstande sind, die Aufgaben der demokratischen Umgestaltung Deutschlands zu bewältigen.

I.

Es sind folgende Grundsätze bei der Aufnahme von Studenten in die Universitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone anzuwenden:

An die Universitäten und Hochschulen werden Bewerber aufgenommen, die die erforderliche Vorbereitung zum akademischen Studium an einer bestimmten Fakultät durch entsprechende Zeugnisse nachweisen oder eine Aufnahmeprüfung bei der Fakultät bestehen...

Zeugnisse, die zu einer Bewerbung für ein Studium berechtigen, sind

- a) Zeugnis über das Bestehen der Abgangsprüfung an der Oberschule;
- b) Zeugnis über das Bestehen der Abgangsprüfung an der Vorstudienabteilung einer Universität (Hochschule);
- c) Zeugnis über das Bestehen der Abgangsprüfung an einer staatlich anerkannten Fachschule.

II.

Abiturienten der Vorstudienabteilungen der Universitäten (Hochschulen) gelten nach dem Bestehen der Abschlußprüfung als zur Universität (Hochschule) zugelassen.

III.

Bewerber zur Aufnahme in eine Fakultät sind in folgende Gruppen aufzuteilen und in entsprechender Reihenfolge zum Studium zuzulassen:

- a) Bewerber aus Arbeiter- und Bauernkreisen, anerkannte Opfer des Faschismus, Kinder von kleinen und mittleren Angestellten, Kinder der demokratischen, am Aufbau verdienten Intelligenz;

b) alle übrigen Bewerber.

Bewerber, die am demokratischen Aufbau aktiv teilgenommen haben und Kinder von Personen, die sich um den demokratischen Aufbau verdient gemacht haben (Aktivisten, Kinder von Aktivisten, Kinder von Nationalpreisträgern und von Persönlichkeiten, die auf Grund Artikel 15 der Kulturverordnung der DWK vom 31. 3. 1949 eine Ehrenbezeichnung erhalten haben), werden besonders berücksichtigt.

Erläuterungen zu a) und b):

Der Nachweis der fachlichen Reife gilt für **a l l e** Bewerber als erbracht, wenn sie ihre Abschlußprüfung entsprechend den Zeugnissen, die zum Studium berechtigen, oder eine Aufnahmeprüfung bei der Fakultät in den Fächern ihres Studienzweiges bestanden haben und ihre Persönlichkeit die Gewähr für eine erfolgreiche Studientätigkeit gibt.

Zu a)

Als Arbeiter gelten Bewerber, die selbst vor 1942 berufsmäßig als Arbeiter (gelernte, angelernte, ungelernete) tätig waren.

Als Arbeiterkinder gelten Bewerber, deren Eltern vor 1942 berufsmäßig als Arbeiter (gelernte, angelernte, ungelernete) tätig waren.

Als Bauer oder Bauernkinder gelten Bewerber, deren Grundeigentum (ihr eigenes oder das ihrer Eltern) nach der in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführten Bodenreform 15 ha durchschnittlicher Bodengüte nicht überschreitet...

V.

1. Zulassungen erfolgen nur zum jeweiligen Wintersemester. Bewerbungen um Zulassung sind bis spätestens 1. Juli 1949 an den Rektor der betreffenden Universität (Hochschule) zu senden...

2. Die Zulassungsarbeiten erfolgen bei den Dekanaten, unter Hinzuziehung einer Kommission...

Die Listen der Absolventen der Vorstudienabteilungen werden, nach Fakultäten gesondert, durch den Leiter der Vorstudienabteilung bei der Universität (Hochschule) unmittelbar dem Rektor zum Zwecke der Immatrikulation zugeleitet...

Quelle: Zentrales Staatsarchiv Potsdam, R - 2, Nr. 1142, Bl. 188 - 189

98. Vorstudieneinrichtungen : Übersicht und Eröffnungsdaten⁺

Vorstudieneinrichtungen im Verantwortungsbereich der Deutschen
Zentralverwaltung für Volksbildung

Vorstudienschule der Friedrich-Schiller-Universität Jena	28. November	1945
Vorbereitungskursus Görlitz	2. März	1946
Vorbereitungskursus Zwickau	4. März	1946
Vorbereitungskursus Chemnitz	5. März	1946
Vorbereitungskursus Plauen	9. März	1946
Vorbereitungskursus Leipzig	21. März	1946
Vorbereitungskursus Dresden	22. März	1946
Vorbereitungskursus Freiberg	15. April	1946
Vorsemester an der Martin- Luther-Universität Halle	3. Mai	1946
Vorstudienanstalt Berliner Hochschulen	20. Mai	1946
Umwandlung der Vorstudienschule in die Vorstudienabteilung der Friedrich-Schiller-Universität Jena (von Oktober 1946 bis Februar 1948 mit Vorstudienschulen in Erfurt und Keilhau (Krs. Rudolstadt))	13. Juli	1946
Vorstudienschule an der Universität Greifswald	15. November	1946
Vorstudienschule an der Universität Rostock	2. Dezember	1946
Vorstudienanstalt an der Hochschule für Baukunst und bildende Künste Weimar (bis September 1948)	1. Oktober	1947
Vorstudienabteilung der Brandenburgischen Landeshochschule Potsdam	5. Januar	1949

Vorstudieneinrichtung im Verantwortungsbereich der Deutschen
Zentralverwaltung für Verkehrswesen

Vorstudienanstalt des Verkehrswesens
Kleinmachnow b. Berlin / Berlin W 35 (1946 - 1948)

+ Die Daten der Eröffnung der Vorstudieneinrichtungen sind archi-
valischen Quellen bzw. Presseartikeln entnommen, die dem Heraus-
geber von den Archiven und Bibliotheken der Universitäten und
Hochschulen bzw. von den Stadtarchiven in Görlitz, Karl-Marx-
Stadt, Plauen und Zwickau zur Verfügung gestellt wurden.

99. Hörer von Vorstudieneinrichtungen im Spiegel der Statistik⁺

Vorstudienabteilung der Martin-Luther-Universität Halle

	<u>01. 05. 1948</u>	<u>01. 06. 1949</u>
Hörer insges.	481	620
dav. weibl.	62	83
<u>Vorbildung</u>		
Volksschule	303	354
Mittelschule	131	232
Oberschule	47	34
<u>Altersgruppen</u>		
bis 20 Jahre	210	220
21 - 25 Jahre	227	335
26 - 30 Jahre	42	62
31 u. älter	2	3
<u>Tätigkeit vor dem Studium</u>		
Arbeiter und Handwerker	256	346
Bauern	10	26
Beamte	5	-
Angestellte	163	206
soziale Berufe	11	8
freie Berufe	4	6
ohne Beruf	32	28
<u>Soziale Herkunft</u>		
Arbeiter und Handwerker	315	424
Bauern	22	38
Beamte	13	5
Angestellte	83	89
selbst. Handw. u. Gewerbetreibende	22	42
freie Berufe	13	18
ohne Beruf	13	4
<u>Vom Faschismus verfolgt</u>		
VdN	10	9
OdF	40	12
<u>Kriegsteilnehmer</u>		
Soldaten	226	198
Unteroffiziere	36	27
Feldwebel	7	11
Offiziere	-	-
weibl.	3	3
Schwerkriegsbeschädigte	24	30

+ Diese Übersicht erhebt keinen Anspruch auf eine alle Hörer der Vorstudieneinrichtungen in den Jahren 1946 - 1949 umfassende Aussage. Sie soll an ausgewählten Beispielen unterrichten über Herkunft, schulische Vor- und berufliche Ausbildung, persönliche Entwicklung der Hörer während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren sowie ihre beruflichen Interessengebiete. H.-J. L.

Zugehörigkeit zu Parteien
und gesellschaftlichen Organisationen

SED	304	415
LDP	7	13
CDU	9	15
FDGB	403	552
FDJ	329	437
DSF	152	271

Stipendien erhielten
aus Haushaltsmitteln
von Betrieben

457	617
15	2

Quelle: Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Universitätsarchiv, Rep. 36 Nr. 197

Vorstudienabteilung der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Von den bereits immatrikulierten Hörern der Vorstudienabteilung
gewählte Studienrichtungen (nach Fakultäten):

	<u>November 1947</u>	<u>November 1948</u>
Gesellschaftswiss. Fakultät	-	7
Phil. Fakultät	49	36
Rechts- u. Wirtsch.-wiss. Fakultät	144	114
Pädagogische Fakultät	144	69
Math.-Nat. Fakultät	135	121
Medizinische Fakultät	34	40
Theol. Fakultät	1	-

Quelle: Friedrich-Schiller-Universität Jena, Universitätsarchiv,
AR 1072/21, 1072/95 (alte Sign.)

Vorstudienanstalt bei der Universität Berlin

Vorbereitung der Hörer auf das Hochschulstudium (nach Studienfächern):

	<u>Juni 1946</u>	<u>Mai 1947</u>
Philologie/Philosophie	47	38
Rechts- u. Staatswiss.	52	189
Pädagogik	-	94
Math./Naturwiss.	40	70
Medizin (hum., dent., vet.)	40	73
Land- u. Forstwirtschaft.	9	28
Techn. Wiss.	54	78
Sport	1	-
Theologie	-	2

Quelle: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Verwaltungsarchiv, Nr. 2127/2

100. Leiter von Vorstudienabteilungen der Universitäten und Hochschulen, die sich beim Aufbau und bei der Entwicklung der Vorstudienausbildung für Arbeiter, Bauern und andere Werktätige Verdienste erwarben⁺

Vorstudienabteilung der

Humboldt-Universität zu Berlin	Rudolf Brock Dr. Karl Rademacher	1946 - 1948 1949
Technischen Hochschule Dresden	Dr. Walther Martin	1946 - 1949
Bergakademie Freiberg	Leo Gottschalk	1948 - 1949
Universität Greifswald	Helene Wrede	1947 - 1949
Martin-Luther-Universität Halle	Maria Burstein	1947 - 1949
Friedrich-Schiller- Universität Jena	Arno Mertens	1946 - 1949
Universität Leipzig	Dr. Herbert Schaller Rosemarie Sacke-Gaudig	1946 - 1948 1949
Brandenburgischen Landes- hochschule Potsdam	Friedrich Eckharth	1949

+ Die Angaben beruhen auf persönlichen Kenntnissen des Herausgebers.

101. Studierende an Vorstudieneinrichtungen

	<u>Studierende insgesamt</u>	<u>davon Arbeiter und Bauern/soz. Herkunft</u>
Sommersemester 1946	ca. 1 790	.
Wintersemester 1946/47	ca. 2 800	.
Sommersemester 1947	3 411	2 414
Wintersemester 1947/48	ca. 3 200	ca. 2 200
Wintersemester 1948/49	3 356	2 294

Quelle: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Verwaltungsarchiv, Nr. 3683/1

Im Wintersemester 1949/50 studierten an den Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen der DDR

23 561 Studenten,

unter ihnen 4 563 Absolventen der Vorstudienanstalten.

Quelle: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, IV 2/904/464

Neuerscheinungen des ZHB (Auswahl)⁺

Prof. Dr. Heinz Mohrmann

Zur Bildungspolitik und Bildungsarbeit der deutschen Sozialdemokratie

Teil V/1: Bundesrepublik Deutschland : Auf dem Weg zum Godesberger Programm (1959). - Berlin, 1984. - 154 S.

Teil V/2: Bundesrepublik Deutschland : Leitsätze, Koalitionen und Opposition (1960 - 1983). - Berlin, 1984. - 154 S.

Autorenkollektiv, Ltg. Prof. Dr. R. Köhler

Beiträge zur Geschichte des Hochschulwesens der DDR, Teil III. - Berlin, 1986. - 77 S.

Prof. Dr. Werner Wolter

Neue Ansätze der Planung der Hochschulbildung unter sozialistischen Verhältnissen. - Berlin, 1985. - 67 S.

Die Gründung des Zentralinstituts für Hochschulbildung - Beginn eines neuen Abschnitts der Forschungen über das Hoch- und Fachschulwesen / 2., unveränderte Auflage. - Berlin, 1986. - 49 S.

Entwicklung von Selbständigkeit in der wissenschaftlichen Arbeit, von bewußter Aktivität und wachsender Eigenverantwortung der Studenten im Studium (XI. Internationales Symposium zur Kommunistischen Erziehung)

Teil 1: Berlin, 1986. - 103 S.

Teil 2: Berlin, 1986. - 380 S.

Autorenkollektiv, Ltg. Prof. Dr. B. Wilms

Interdisziplinäre Hochschulforschung - Probleme, Erfahrungen und Tendenzen. - Berlin, 1986. - 142 S.

⁺ Interessenten wenden sich bitte an die nächstgelegene Hochschulbibliothek.